Montag, 28. Januar 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 23 - 5.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rentenversicherung: Die Beiträge werden möglicherweise erneut – und damit bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr – angehoben. Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich entgegen bisherigen Erwartungen weiter verschlechtert. (S. 8)

Kirche: Angesichts der politischen Agitation einiger linksorientierter Pastoren in der evangelisch-lutherischen Kirche könnte das durch Staatsvertrag geregelte Verhältnis von Kirche und Staat in Frage gestellt werden, erklärt die CDU-Abgeordnete Roitzsch. (S. 8)

Extremismus: Eine Verschärfung der Gesetze gegen die „Auschwitzlüge" fordert Bundesjustizminister Engelhard. Jedes Aufflackern von Neonazismus müsse auch durch gesetzgeberische Maßnahmen „an der Wurzel bekämpft" werden. (S. 5)

Kehrtwendung: Die Abgeordneten der Grünen können bei einem Einzug in den NRW-Landtag nach den Wahlen im Mai ihr Mandat über die volle Legislaturperiode ausüben, beschloß die Landesdelegiertenkonferenz in Abkehr *vom Rotationsprinzip.* (S. 2 und 4)

Hilfe für Irak: Die USA haben nach kuwaitischen Presseberichten Irak die Lieferung von 45 Kampfflugzeugen sowie anderer Militärgüter zugesagt. Das Verhältnis zwischen Irak und der UdSSR ist angespannt. Bagdad ist verärgert darüber, daß Moskau Waffen an Syrien liefert, die an Iran weitergeleitet werden.

Weltkongreß: Überschattet von der Affäre um den freigelassenen Kriegsverbrecher Reder hat in Wien die Tagung des Jüdischen Weltkongresses begonnen. Kongreß-Präsident Bronfman sagte, der „Helden-Empfang" für Reder in Österreich habe „Schock und Verärgerung" ausgelöst. (S. 4)

Warschauer Pakt: Das Militär-Bündnis des Ostblocks soll im Mai erneuert werden. Unklar ist bisher, ob ein neuer Vertrag ausgehandelt oder der seit 1955 geltende Pakt in der bisherigen Form verlängert wird.

Lehrer: Im Angestelltenverhältnis tätige Lehrer haben keinen Rechtsanspruch auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof (AZ: I OE 34/82 sowie 70/82).

Der 8. Mai und das Ausland

Die Begehung des vierzigsten Jahrestags der Kapitulation entwickelt sich zu einem immer heftiger umstrittenen Thema. Politiker und Publizisten jeder Couleur beschäftigen sich mit der Frage: Feiern, Gedenken – in welcher Weise? Wie sieht man in anderen Ländern diesen Tag? Auslandskorrespondenten der WELT berichten. Seite 6

WIRTSCHAFT

Wohnungsbau: Die Bundesregierung wird die für Anfang 1987 geplante steuerliche Neuordnung beim selbstgenutzten Wohnungseigentum möglicherweise um ein Jahr vorziehen und damit dringenden Wünschen der Bauwirtschaft nachkommen, teilte Minister Schneider auf der Baufachmesse in Essen mit. (S. 9)

Ölmarkt: Über die Gestaltung der Ölpreise berät ab heute in Genf der Opec-Ministerrat. Der Marktbeobachtungsausschuß des Kartells will die Beibehaltung des Richtpreises von 29 Dollar pro Barrel empfehlen. (S. 9)

Soll nicht erfüllt: Entgegen dem Planziel einer Erhöhung um 7,6 Prozent hat die Agrarproduktion in der UdSSR 1984 stagniert. Das Bruttosozialprodukt wuchs um 2,6 Prozent.

US-Aktien: Nach einem schwachen Start in der ersten Januarwoche geht es an den US-Aktienmärkten steil nach oben. Der Rückgang der Zinsen lockt private Investoren. (S. 9)

ZITAT DES TAGES



„Wer seinen Körper gegen Entgelt vermietet, gibt ihn einer Art Prostitution hin."

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in einem WELT-Gespräch, in dem er sich für ein Gesetz gegen kommerzielle Leihmütter aussprach FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Verdunklung: Nicht recht begeistern mochte die deutsche Erstaufführung eines neuen „Phädra"-Stücks in Darmstadt. „Verdunklung" von Per Olov Enquist hinterließ bei den Zuschauern eher Verwirrung. (S. 15)

Chamisso-Preis: Der Türke Aras Ören wurde erster Träger dieser Auszeichnung. Sie wird künftig an Autoren verliehen, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, deren Werke aber der deutschen Literatur zuzurechnen sind. (S. 15)

SPORT

Handball: Der Turnverein Großwallstadt ist im Europapokal ausgeschieden. Die Wallstädter verloren bei Dukla Prag mit 15:24. (S. 14)

Ski: Der Schwede Gunde Svan gewann in Seefeld den Weltmeister-Titel im 50-km-Langlauf. Er hatte schon über 30 km gewonnen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Neuer Lebensstil: Im Zuge der Reformen, die fast alle Bereiche des Lebens in China erfassen, ist erstmals auch ein Schönheitswettbewerb gestartet worden. Beurteilt werden Aussehen und Talente. Damit soll, so ein Funktionär, der „neue Lebensstil" bei der Jugend gefördert werden.

Verschollen: Einer der letzten großen Abenteurer dieses Jahrhunderts, der französische „Surf-Baron" Arnaud de Rosnay, ist offiziell für verschollen erklärt worden. (S. 16)

Wetter: Bewölkt, gelegentlich Niederschlag. Bis plus 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Engelhard: Verträge mit Leihmüttern sittenwidrig

Gesetzesinitiative angekündigt / Verabredungen sind nicht einklagbar

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) hat angesichts der Diskussion über Leihmütter klargestellt, daß in der Bundesrepublik „Kindesadoptionen aufgrund sittenwidriger kommerzieller Absprachen schon heute rechtlich nicht durchsetzbar sind". In einem Gespräch mit der WELT sagte Engelhard, auch bei einer „Leihmutter-Adoption hat immer noch das Vormundschaftsgericht das letzte Wort. Es wird sich bei seiner Entscheidung, die Adoption zu bewilligen, ausschließlich am Wohle des Kindes ausrichten und sich nicht an die kommerziellen Absprachen zwischen den Adoptionswilligen und der Leihmutter halten." Zugleich vertrat der Bundesjustizminister die Auffassung: „Derartige vertragliche Absprachen unter den Beteiligten werden als sittenwidrig und damit als rechtlich unbeachtlich einzustufen sein."

Zu Berichten, wonach im Ausland sogenannte Leihmütter-Vereinigungen gegründet worden seien, sagte Engelhard, derartiges könne man nicht als „bloße Geschmacklosigkeit" abtun. Engelhard: „Wer seinen Körper gegen Entgelt vermietet, gibt ihn einer Art Prostitution hin." Dies gelte auch für die „entgeltliche Leihmutterschaft".

Der Minister sprach sich in diesem Zusammenhang erneut für eine „klare und eindeutige gesetzliche Regelung gegen kommerzielle Leihmütter aus". In seinem Ressort liefen die Arbeiten für eine entsprechende Gesetzesvorlage „auf Hochdruck".

Engelhard warnte nachdrücklich „alle Interessierten – kommerzielle Agenturen, Leihmütter wie adoptionswillige kinderlose Ehepaare – davor, sich auf einen Leihmütterhandel einzulassen". Engelhard zur WELT: „Wenn auch das geltende Recht auf das Problem der Leihmütter nicht vorbereitet ist und hier eine Reihe von Grauzonen enthält, so kann doch nach der derzeitigen Rechtslage niemand sicher sein, daß eine kommerzielle Transaktion zwischen der Leihmutter und adoptionswilligen Eltern auch tatsächlich den angestrebten Erfolg haben wird und das Kind später auch dahin kommt, wo es nach dem Plan der Beteiligten hinkommen sollte. Auch bei einer Leihmutter-Adoption hat immer noch das Vormundschaftsgericht das letzte Wort. Es wird sich bei seiner Entscheidung, die Adoption zu bewilligen, ausschließlich am *Wohle des* Kindes ausrichten und sich nicht an die kommerziellen Absprachen zwischen den Adoptionswilligen und der Leihmutter halten. Derartige vertragliche Absprachen unter den Beteiligten werden als sittenwidrig und damit als rechtlich unbeachtlich einzustufen sein. Etwaige Geldforderungen der Leihmutter können deshalb ebensowenig eingeklagt werden wie ein Herausgabe des Kindes, das die Leihmutter – aus welchen Gründen auch immer – nicht an die Adoptionswilligen herausgeben will."

Darüber hinaus, so stellte der Bundesjustizminister klar, „ist auch die gewerbliche Vermittlung von Leihmütter-Adoptionen durch das Adoptionsvermittlungsgesetz verboten. Wer also glaubt, sich bis zu einer gesetzlichen Regelung des Leihmütter-Problems etwaige Lücken im Gesetz zunutze machen zu können, der irrt sich."

Kohl will vor den Schlesiern reden

Vertriebenenpolitiker attackieren Genscher / Ausgewogene Erklärung Dreggers

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hält an seiner Absicht fest, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni in Hannover zu sprechen. Dies wurde gestern der WELT in der Umgebung des Kanzlers erklärt. Kohl mache seine Überlegungen nicht von dem auf einhellige und scharfe Verurteilung gestoßenen Beitrag eines 20jährigen in der Verbandszeitschrift der Schlesier abhängig. In Hannover werde Kohl dann das notwendige dazu sagen und auch zu den Diskussionen über das Motto für das Schlesiertreffen Stellung nehmen.

Der Autor des Artikels, Thomas Finke, ist inzwischen aus der CDU und aus der schlesischen Jugend ausgeschlossen worden. Belastend für die Koalition wird im Kanzleramt die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Bundesaußenminister Genscher und den Vertriebenenpolitikern und CDU-Bundestagsabgeordneten Hupka und Czaja angesehen. Beide haben sich mit scharfen Worten gegen die Aussage Genschers gewandt, eine Handvoll Vertriebenenfunktionäre treibe Schindluder mit der Friedenspolitik Bonns. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger nahm gestern gegenüber der WELT zu den Vorgängen Stellung: „Die schlesische Jugend hat Herrn Finke durch sofortigen Ausschluß als das gekennzeichnet, was er ist, als einen jungen Mann, der nicht weiß, was er sagt. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass kennzeichnet seinen Erguß als ‚Fieberwahn' eines ‚Verrückten'. Diese Übereinstimmung ist bemerkenswert. Wer unter diesen Umständen den Versuch macht, diesen Artikel als Schlagetot gegen ‚die' Vertriebenen einzusetzen, handelt unredlich.

Ich stelle mich in dieser Situation vor die Vertriebenen und ihre Sprecher. Es bleibt ihr großes Verdienst, eine der größten und grausamsten Massenvertreibungen der Weltgeschichte (14 Millionen Menschen, von denen zwei Millionen umkamen) nicht zur Quelle von Haß und Vergeltung werden zu lassen. Dafür gibt es in der Weltgeschichte kein Beispiel. Mein Respekt gilt auch dem Vorsitzenden der Landsmannschaft, Herrn Hupka. Ob alle seine Meinungsäußerungen klug waren, darüber mag man streiten. An der Lauterkeit seiner Gesinnung und an der Ehrlichkeit seiner demokratischen Haltung sind Zweifel nicht möglich. ‚Vaterlandsliebe ist sittliche Pflicht', so sagte der Kölner Kardinal bei seinem Neujahrsempfang. Für uns Deutsche verkörpert sich das Vaterland vor allem in der Heimat. Und für Schlesier ist und bleibt Schlesien Heimat. Ich würde nicht anders denken, wenn ich mit meiner Familie und meinen Landsleuten aus Westfalen oder Hessen vertrieben worden wäre.

Trotzdem: Nationalitätenkampf im Stile der Vergangenheit öffnet uns nicht die Zukunft. Heute ist die Freiheitsfrage für beide Völker wichtiger als die Grenzfrage. Polen gilt nach seinem Selbstverständnis als Teil des Abendlandes. Unsere gemeinsame Zukunft kann daher nur ein einiges und freies Europa sein, dessen Grenzen an Bedeutung verlieren, so wie es in Westeuropa der Fall ist".

Zimmermann bedrängt Fiat

ms. Bonn

An geheimgehaltenem Ort will sich in dieser Woche Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann mit dem Präsidenten des Fiat-Konzerns, Giovanni Agnelli, treffen. Die Begegnung soll in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Ort und Zeit werden allerdings aus Sicherheitsgründen nicht mitgeteilt. Vor allem Agnelli wird seit Jahren von terroristischen Gewalttätern bedroht. Bei dem Treffen, das Zimmermann angeregt hat, geht es vor allem um die Frage, ob und wieweit der Fiat-Konzern zur Produktion umweltfreundlicher Autos bereit ist. Fiat, mit einem beträchtlichen Export in die Bundesrepublik Deutschland, sperrt sich bislang vor allem dagegen, Fahrzeuge mit kleinerem Hubraum mit Katalysatoren auszurüsten. Dabei werden hauptsächlich die dadurch entstehenden Mehrkosten ins Feld geführt. Fiat, so heißt es, möchte deshalb eine „reduzierte Lösung".

Moskau bietet erste Garde auf

DW. Washington

Die Sowjetunion hat für die bevorstehenden Genfer Verhandlungen mit den USA die erste Garde ihrer Abrüstungsexperten aufgeboten. Der vom Außenministerium in Moskau als Delegationschef und Unterhändler für den Komplex strategischer Waffen vorgestellte Viktor Karpow gilt als der erfahrenste Fachmann seines Landes für Fragen der Atomrüstung. Die Teams für Weltraumwaffen und Mittelstrecken-Systeme sollen von Julij Kwizinski und Alexej Obuchow geleitet werden.

Washington und Moskau hatten am Samstag gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Anfang Januar vereinbarten Verhandlungen am 12. März in Genf beginnen sollen. Die Amerikaner werden es dabei mit einem Mann zu tun haben, der ihnen an gleicher Stelle schon bei den Verhandlungen über Abrüstung Strategischer Waffen (START) gegenübersaß.

Seite 8: Neues Konzept

Bonn begrüßt Reagans Besuch

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat den von US-Präsident Ronald Reagan angekündigten Besuch der Bundesrepublik Deutschland im Mai begrüßt. Regierungssprecher Peter Boenisch sagte, dieser Besuch sei Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung wünschten sich Freundschaft mit den USA und sähen in den Amerikanern den wichtigsten Partner.

Reagan hatte am Samstag in einem Rundfunkinterview den Staatsbesuch nach Abschluß des für den 2. bis 4. Mai geplanten Weltwirtschaftsgipfels in Bonn angekündigt. Reagans Sprecher Larry Speakes sagte später, der Präsident werde wahrscheinlich „einige Tage" in der Bundesrepublik bleiben. Einzelheiten nannte Speakes nicht, auch sei noch nicht entschieden, ob Reagan am 8. Mai noch in Europa sein werde.

Streit um Privatfernsehen an der Loipe

DW. Seefeld

Bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld (Österreich) wurden die Fernsehkameras des privaten Fernsehens SAT 1 von der Polizei an den Langlauf-Loipen entfernt. Die geplante Berichterstattung konnte somit nicht stattfinden. Nach Aussage des Seefelder Organisationskomitees habe man sich aus folgenden Gründen richtig verhalten:

Zum einen sei das Österreichische Fernsehen (ORF) mit seinen Eurovisions-Verträgen exklusiv für die Berichterstattung verantwortlich gewesen. Die privaten Anstalten hätten ebenso wie die öffentlich-rechtlichen in Westeuropa via Eurovision Beiträge kaufen können.

Zum zweiten sei das private Fernsehen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht als TV-Gesellschaft, sondern als Print-Medium – also als schreibende Presse-Organisation – akkreditiert gewesen.

Zum dritten habe man darauf aufmerksam gemacht, daß im jeweiligen Zielbereich durchaus kurze Interviews mit Kamera und Mikrophon hätten durchgeführt werden können. Dies hätte nicht gegen die bestehenden Verträge zwischen der Eurovision und dem ORF verstoßen. Verstoßen hingegen habe die geplante und nicht vertraglich abgesicherte Berichterstattung draußen im Wettkampfbereich an den Loipen.

Was sich in Seefeld zutrug, hat nun zu einer rechtlichen Auseinandersetzung und zu einer Prüfung durch die Rechtsabteilungen der beteiligten Anstalten geführt. Die Angelegenheit ist noch nicht ausgestanden, zumal es zuvor beim Sechstagerennen in Bremen einen ähnlich gelagerten Vorfall zwischen den Kameraleuten des privaten Fernsehens und dem Veranstalter in Bremen gegeben hat.

Weil sich die meisten Veranstalter und vor allem ihre übergeordneten Organisationen, die internationalen Sportverbände, seit Jahren auch für internationale Großveranstaltungen per Vertrag abgesichert haben, besteht die Möglichkeit, daß sich ähnliches bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Bormio (Italien) von Mitte dieser Woche an wiederholen könne. Denn auch für diese Meisterschaften ist ebenso wie für die Veranstaltung in Seefeld letztlich der Internationale Skiverband (FIS) zuständig. Über den Internationalen Skiverband und dessen Weltcup-Komitee werden auch die Fernseh-Übertragungen für die einzelnen Weltcup-Rennen abgewickelt.

Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) und gleichzeitig der erste westeuropäische Vize-Präsident des internationalen Verbandes, hat vor einiger Zeit schon davon gesprochen, private Fernsehanstalten einzurichten, die sich ausschließlich mit der Übertragung von Sportveranstaltungen beschäftigen. Notfalls sollten diese Anstalten und die Verbände so eng gekoppelt sein, daß Berichterstattung und Austragung in einer Organisation ablaufen können.

DER KOMMENTAR

Fehlgriffe

ENNO v. LOEWENSTERN

Am Ende bleibt das Kopfschütteln über die Republik, deren politische Klasse sich von einem Zwanzigjährigen hysterisch machen ließ. Die Schlesier-Führung hat sich von dem Autor des absurden Einmarsch-Artikels distanziert, die Schlesier-Jugend hat ihn hinausgeworfen – aber der Bundesaußenminister, immerhin gelernter Jurist, sagt allen Ernstes, eine „Handvoll Vertriebenen-Funktionäre" treibe „Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesrepublik".

Damit hätte es also die UdSSR sozusagen amtlich, daß der Erguß nicht die Tat eines verantwortungslosen einzelnen, sondern einer Funktionärs-Gruppe sei. Der Minister hat sich einen groben Fehlgriff geleistet. Er schuldet den Vertriebenen eine Entschuldigung. Im Grunde müßte sich natürlich auch Vogel entschuldigen – man könnte nach den Auftritten der letzten Tage schier glauben, daß die Vertriebenen vogelfrei für jede summarische Verdächtigung sind –, aber dem Oppositionsführer sieht man wohl einiges nach.

Der Bundeskanzler also tut recht daran, sich nicht von der Dummheit eines Artikelschreibers irre machen zu lassen in seinem Vorhaben, zu den Vertriebenen zu sprechen. Sie haben mit diesem üblen Artikel nichts zu tun, und sie haben ein Recht darauf, daß dies anerkannt wird. Und sie haben nach langer Vernachlässigung durch Regierungen, die sich manchmal verhielten, als seien ihnen die Vertreiber wichtiger als die Vertriebenen – sie haben ein Recht auf Zuspruch des Regierungschefs ihrer alten neuen Heimat, die ihnen viel verdankt.

Was die östliche Propaganda betrifft, von Tass („Fieberwahn") bis ADN („neue Provokation der Ultras im Stil faschistischer Frontberichterstattung") – noch ließ sich nicht ermitteln, was den Zwanzigjährigen bewog, ihr derart zuzuarbeiten. Aber greifen wir doch das Stichwort Frontberichterstattung auf. Es erinnert an eine militärische Operation, die vor wenigen Monaten nicht in einem Zeitungsartikel beschrieben, sondern praktisch eingeübt wurde – die Besetzung der Bundesrepublik Deutschland durch sowjetische Truppen, komplett mit Funksprüchen über den Vormarsch auf Hildesheim usw. Das sowjetische Manöver kam im Bundestag zur Sprache.

Was die SPD damals an Abwiegelung zugunsten der Möchtegern-Eroberer vortrug („Alter Hut", „Stimmungmache", „Verdummung der Öffentlichkeit"), das würde kein anständiger Mensch zugunsten des jungen Spinners heute vorbringen.

Attentäter im Kontakt zur RAF

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Polizei hat noch keine Spur von den Attentätern, die den 55jährigen Direktor für den Waffenexport im Pariser Verteidigungsministerium, Generalingenieur René Audran, ermordet haben. Sie ist aber überzeugt, daß es sich um eine Tat der französischen Terror-Organisation „Action Directe" unter der Führung des zur Zeit noch flüchtigen Jean-Marc Rouillan handelt. Audran wurde kaltblütig mit acht Kugeln aus einer großkalibrigen Pistole am Steuer seines Dienstwagens erschossen. Die Tat hatte keine Zeugen. Taxichauffeure wollen einige Tage vorher einen Wagen mit mehreren Insassen in der Nähe des Hauses längere Zeit parken gesehen haben. Eine Nachbarin, die die Schüsse gehört hatte, sah drei Männer, einen davon in dunkler Lederweste, fliehen. Audran fühlte sich bedroht. Am Sonntag vorher hatte er Spuren im Garten entdeckt, außerdem hatte er anonyme Anrufe erhalten.

Noch ehe die Polizei von der Tat erfuhr, hatte eine junge Frau bei der Nachrichtenagentur AFP und der Zeitung „Liberation" telefonisch die Aktion im Namen des „RAF-Kommandos Elisabeth van Dyck" auf sich genommen. Elisabeth van Dyck war im Juni 1979 in Nürnberg von der deutschen Polizei erschossen worden. Am 15. Januar hatten die „Action Directe" und die Rote Armee Fraktion in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre Fusion und den Beginn des Kampfes gegen die „multinationalen Strukturen der NATO" angekündigt.

Seite 2: Die Einheit West-Europas

Smog-Alarm: Verordnungen überprüfen

hey, Bonn

Deutliche Vorbehalte gegen die Smog-Alarm-Verordnung hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) angemeldet. Er will jetzt die Verordnung und deren Vollzug überprüfen, um „Mängel" abzustellen. So seien Autofahrverbote, wie sie der Düsseldorfer Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) wegen der hohen Schwefelwerte vor einer Woche für Teile des Ruhrgebiets angeordnet hatte, „zweifelhaft". Denn, so Riesenhuber gestern im ZDF, „Schwefel kommt nicht aus dem Auto", und die gemessenen Stickoxyde, die von Kraftfahrzeugen ausgestoßen werden, seien „niedrig" gewesen.

Bei Smog-Gefährdung notwendige Maßnahmen müßten „einheitlich in der ganzen Region" gelten. Es dürften zum Beispiel Städte an der „Rheinschiene" oder am Rande des Ruhrgebiets nicht ausgeklammert werden. Die Länder, die bei den Beratungen zum Bundesimmissionsschutzgesetz auf ihre höhere Kompetenz „im Umgang mit den Problemen vor Ort" bestanden hätten, müßten sie jetzt in der Praxis beweisen.

Weiter hob Riesenhuber im Deutschlandfunk mit Blick auf den ersten großen Smog-Alarm hervor, wie notwendig die Nutzung der Kernenergie sei. Er bekräftigte das von der Bundesregierung im gesamten Bereich der Umweltpolitik verfolgte Konzept: Die Entschwefelung von großen Kohlekraftwerken werde „mit einem sehr großen Tempo" betrieben. Der Auto-Katalysator werde schneller als in den USA und Japan eingeführt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Einheit West-Europas

Von August Graf Kageneck

Frankreich war auch bisher in der internationalen Terror-Szene nicht nur Zuschauer. Seine Diplomaten und Soldaten wurden im Libanon Opfer von Anschlägen, die an der Grenze zwischen Terror und Schießkrieg angesiedelt waren.

Den Studentenaufstand von 1968 hat diese Nation, die anderes in ihrer Geschichte erlebt hatte, mit einem lächelnden und einem weinenden Auge überwunden. Und seitdem spielte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung in den gesitteten Formen der Demokratie ab. So war Frankreich nicht einbezogen in den abstrusen Krieg, den die Utopisten der Roten Armee Fraktion oder der italienischen Roten Brigaden einer Gesellschaft erklärt haben, in der sie eine faschistische Diktatur erblicken.

Diese Schonzeit ist nun vorüber. Acht tödliche Schüsse aus einer 11,43-mm-Pistole, dem Kaliber der Berufskiller, auf einen hohen Beamten des Verteidigungsministerium sind das Signal dafür, daß der Terror aus dem Hinterhalt, der seit Jahren Italien, Spanien, Großbritannien und die Bundesrepublik überzieht, auf französischen Boden übergegriffen hat. Die beiden Terror-Organisationen Action Directe und Rote Armee Fraktion hatten dies der Öffentlichkeit am 15. Januar – man möchte sagen mit zynischer Fairneß – in aller Form mitgeteilt.

Es war eine nahezu klassische Kriegserklärung, die zu beantworten ist. Auch Frankreich wird sich auf den Terrorismus einzustellen haben. Die vielbelächelte europäische Einigung wird auf eine neue Ebene gehoben, die Ebene der gemeinsamen Verteidigung nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen gemeinsam kämpfende innere Feinde. Die Zeit, als man in Frankreich über Methoden der Terror-Bekämpfung in den Nachbarländern die Nase rümpfte, weil sie nicht dem Demokratieverständnis der Franzosen oder dem Sittenkomplex westlicher Völker zu entsprechen schienen, ist vorüber. Der Bedrohung, der ganz Westeuropa ausgesetzt ist, muß mit gemeinsamer Entschlossenheit entgegengetreten werden. Auch für die Heckenschützen der Internationale des Terrors ist die Schonzeit vorüber.

Stern der Selbstjustiz

Von Heinz Barth

Der 37jährige Bernhard Hugo Goetz, der vor Weihnachten in der New Yorker U-Bahn vier junge Burschen niederschoß, ist ein ziemlich schmächtiger Zeitgenosse. Das mag dazu beigetragen haben, daß er von den schwarzen Teenagern der in den Metro-Schächten Manhattans gewohnten Normalbehandlung unterzogen wurde – erst die exploratorische Anmache „Zigarette?“, dann die strategische Umzingelung und schließlich die Drohung nach dem Fest-Tarif der Metro-Kriminalität: „Brother, what about five bucks?“

So ist es üblich in den Katakomben von New York, wo vierzig Überfälle Tagesdurchschnitt sind. Der Schmächtige, nicht zum ersten Mal überfallen, reagierte sofort. Er schoß seinen Revolver leer, für den er keinen Waffenschein besaß, und stellte sich eine Woche darauf der Polizei. Seither ist er zu einem jener Volkshelden aufgestiegen, wie sie zuweilen aus dem Zwielicht der unkontrollierbaren Metropolen auftauchen.

Was John Wayne für den Wilden Westen war, ist Bernhard Goetz für die New Yorker, von denen fast eine halbe Million ähnliche Metro-Erlebnisse hatten. Die dreiundzwanzig Staatsbürger der Grand Jury, die es jetzt ablehnten, ihn wegen vierfachen Mordversuches anzuklagen, sind – da gibt es keinen Zweifel – Volkes Stimme. Er muß sich nur wegen illegalen Waffenbesitzes verantworten, was einem Freispruch mit Stern und Schulterband der Selbstjustiz nahekommt.

Das wäre in den Jahrzehnten der amerikanischen Kollektiv-Neurosen undenkbar gewesen. Heute sammeln die New Yorker Geld für Goetz' Verteidigung. Doch bevor wir zu Feiern des „gesunden Volksempfindens“ aufbrechen, muß die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel gestellt werden, mit denen sich Goetz wehrte. Seine Angreifer waren vorbestraft und bewaffnet. Vier Schußverletzte sind freilich etwas viel und nur mit der Aussicht zu rechtfertigen, daß New Yorker künftig sicherer Metro fahren können. Es ist nie gut, wenn es eine Justiz – in Amerika wie anderswo – durch ihre Duldsamkeit der Kriminalität es soweit kommen läßt, daß sie der Selbstjustiz den Platz räumt.

Abhängige Abgeordnete

Von Detlev Ahlers

Es wäre undenkbar für eine normale Partei, einen ganzen Parteitag nur mit internen Fragen zuzubringen. Bei den Grünen jedoch wird tagelang nur um Mehrheiten in der Organisationsdebatte gestritten – und das wird dann als Beispiel für demokratische Partei-Strukturen verkauft. Es steht aber mehr dahinter: Die Grünen waren Sammelbewegung für Nein-Sager; jetzt spüren sie den Druck, dies durch einen Trichter in die Konstruktivität münden zu lassen. Das ergibt Strategiedebatten: wie wird diese Partei in ein paar Jahren aussehen? Obsiegen die Linkssozialisten, die Feministinnen, die Oppositionellen gegen die Fundamente des Staates, die Umweltschützer oder die Friedensbewegten? Jede Personalentscheidung ist eine Sachentscheidung.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Frage der Rotation zu sehen, ob also Abgeordnete verpflichtet werden, zur Hälfte der Legislatur ihr Mandat an einen vorher bestimmten Nachrücker zu übergeben. Einige Fraktionen in den Ländern, wie in Hamburg, haben bereits vollständig rotiert, wobei an der Elbe für das Überleben dieser heiligen Kuh eine andere geschlachtet wurde: die Parität von Frauen und Männern (denn zwei Nachrückerinnen wollten nicht mehr). Im Bundestag soll im Sommer rotiert werden – was auch persönlich zu nehmen ist: Viele Rotationsbefürworter sind die Friedensriege (Kelly und Co) und die Emanzenclique an der Fraktionsspitze leid.

Der Urabstimmungsbeschluß der nordrhein-westfälischen Grünen Ende der letzten Woche, während der kommenden Legislaturperiode nicht zu rotieren, hat eine interessante Konsequenz: Es steht nur noch die Hälfte der vorausberechneten Sitzzahl zur Verfügung, um eine Liste aufzustellen, die alle Strömungen nach ihrem jetzigen Gewicht berücksichtigt. Das wird schwerfallen. Er ist aber auch eine Stärkung der Parlamentarier dieser früher so außerparlamentarisch ausgerichteten Partei. Er ist vielleicht auch ein Schritt hin zur Verwirklichung des Grundgesetzes von der Unabhängigkeit des Abgeordneten, dem die Rotation widerspricht. Dazu gehörte allerdings noch die Aufhebung des imperativen Mandats, das die Abgeordneten zu Befehlsempfängern einer oft zufällig zusammengesetzten Mitgliederversammlung degradiert. Doch davon sind die Grünen noch weit entfernt.



„Richt euch!“ KLAUS BÖHLE

Renaissance des Nationalen

Von Carl Gustaf Ströhm

Als die Kommunisten – in den meisten Fällen mit Hilfe der sowjetischen Armee – nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Macht im Osten und Südosten Europas eroberten, wollten sie mit Hilfe der „Leninschen Nationalitätenpolitik“ die nationale Frage lösen – allen bürgerlichen, autoritären und faschistischen Herrschern war dies nicht gelungen. In Mitteleuropa und auf dem Balkan leben seit vielen Jahrhunderten verschiedene Nationen, Konfessionen und Kulturkreise nebeneinander und durcheinander. Die Grenzen der Volksgruppen überlappen sich. Slawen, Germanen (Deutsche), Magyaren, Türken und Romanen – dazu noch die baltischen Völker im Nordosten oder die Albaner im Süden: die Nationalitätenkarte des östlichen Mitteleuropa ist ein bunter Teppich.

Heute, vierzig Jahre nach Ende des Weltkrieges, der im Osten und Südosten unseres Kontinents oftmals auch blutig als Nationalitäten- und Bürgerkrieg geführt wurde, stehen die kommunistischen Führer dieser Länder vor den gleichen, ja noch schwerwiegenderen nationalen Konflikten als ihre „bourgeoisen“ Vorgänger. Erst dieser Tage kam die Meldung von Konflikten der bulgarischen kommunistischen Behörden mit der über eine Million Menschen umfassenden türkischen Minderheit in Bulgarien. Dabei soll es Tote gegeben haben. Die bulgarischen Kommunisten wollen ihre Türken bulgarisieren – und die Türken wehrten sich.

Ein weiteres ernstes Problem stellt die Lage der Ungarn in Siebenbürgen, also in Rumänien dar. Die Beziehungen zwischen den kommunistischen Nachbarstaaten Ungarn und Rumänien werden stark von der Tatsache überschattet, daß man in Ungarn nach jahrelangem, ideologisch bedingten Schweigen nun nicht mehr gewillt ist, die „großrumänischen“ Tendenzen des Bukarester Regimes hinzunehmen, die eine Entnationalisierung und Isolierung der über zwei Millionen Siebenbürger-Ungarn zur Folge haben.

Dann existiert zwischen Bulgarien und Jugoslawien die „mazedonische Frage“: die Bulgaren etwa, die ebenso wie die Deutschen als Verlierer aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, sprechen immer wieder davon, daß Jugoslawisch-Mazedonien historisch und kulturell eigentlich bulgarischer Boden sei und die von Jugoslawien proklamierte mazedonische Nation eigentlich aus Bulgaren bestehe. Zwischen Jugoslawien und Albanien schwelt wiederum der Konflikt um das Kosovo-Gebiet. Hier lebt eine kompakte albanische Bevölkerung unter jugoslawischer Herrschaft – und immer wieder kommt es zu „irredentistischen“ Demonstrationen der Albaner, so daß sich nachdenkliche Serben in Belgrad bereits fragen, wie lange Serbien dieses Territorium gegenüber dem wachsenden ethnischen und politischen Druck der Kosovo-Albaner noch behaupten kann.

Der wachsende albanische Nationalismus hat auf Seiten der slawischen Serben seinerseits nationale Reaktionen zur Folge. Weiter gibt es immer noch das kroatisch-serbische Problem – und neuerdings die Frage des kleinen Volkes der Slowenen, wie es gegenüber der serbisch-kroatischen Übermacht in Jugoslawien als Nation überhaupt bestehen könne.

Auch die Sowjetunion ist vor der Brisanz der nationalen Frage nicht gefeit. In der Ukraine herrscht Unmut darüber, daß Moskau angeblich überdurchschnittlich viele ukrainische Wehrpflichtige in den Afghanistan-Krieg schickt – um russisches Blut zu schonen. In den baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen gibt es Widerstand gegen die „Russifizierung“; gegen die Überflutung dieser kleinen, traditionell nach Westen orientierten und wirtschaftlich fortgeschrittenen Nation mit russischem Militär und russischen Zuwanderern. So befürchten die Esten, der Bau eines neuen Ostseehafens bei Reval (Tallinn) werde ein „Umkippen“ der Bevölkerungsmehrheit zugunsten des russischen Elements in der Hauptstadt Estlands mit sich bringen.



Eine Minderheit im Osten: Albaner *im jugoslawischen Kosovo* FOTO: SVEN SIMON

Und in Polen klagt die ukrainische Minderheit über Diskriminierung und sogar Verfolgung, in der Tschechoslowakei gehen die Slowaken gegen ihre ungarische Minderheit vor. Nicht jeder ist so ehrlich wie der bulgarische Parteichef Schiwkow, der als Ziel der kommunistischen Politik in seinem Lande die Schaffung einer „homogenen bulgarischen Nation“ – also ohne störende Minderheiten – proklamierte.

Das Anwachsen der nationalen Komponente in allen kommunistischen Staaten führt zu deutlich sichtbaren Interessengegensätzen. Dies ist von der westlichen Welt bisher zu wenig beachtet worden. Von vielen wird der „Osten“ als monolithischer, gleichgeschalteter Block gesehen. Militärisch stimmt das zweifellos. Hier hat die Sowjetarmee überall das Heft in der Hand. Aber die nationale Differenzierung geht weiter. Die erstaunlichste – oder, *wenn man so will, natürlichste* Beobachtung, die man seit einigen Jahren im kommunistisch regierten Teil Europas allenthalben machen kann, besteht in der Renaissance des Nationalen, der Wiederentdeckung der nationalen Geschichte, in einem neu erwachenden Stolz auf das eigene Volk und dessen Leistungen.

Es ist gefährlich, wenn manche kommunistischen Parteien diese Tendenz dazu benutzen, um Minderheiten zu diskriminieren und zu verfolgen. Aber sogar in diesem negativen Beispiel erkennt man die Macht, die heute in der kommunistischen Welt der nationalen Idee zugetraut wird: so sehr fürchtet man das Nationale, daß man fremde oder schwer beherrschbare Na*tionalitäten unterdrückt.*

Vor vierzig Jahren glaubte man im Osten, das Problem der Deutschen auf diese Weise lösen zu können: durch Entrechtung, Vertreibung, Tötung. Aber auch ohne die Deutschen blieb das nationale Problem. Alles spricht dafür, daß es umso stärker hervortreten wird, je schwächer die Ideologie wird. Und an sie glaubt bald kaum jemand mehr.

IM GESPRÄCH Schneckenburger

Performance statt Malerei

Von Peter Dittmar

Erst hatten sie keinen. Dann hatten sie zwei. Doch ein Jahr später hatten sie schon wieder keinen. Und nun haben sie wieder einen, die Kasseler. Er heißt Manfred Schneckenburger (46) und soll anno 1987 die documenta 8 ausrichten. Neu ist er in dem Gewerbe nicht. Zehn Jahre zuvor hat er bereits die documenta 6 inszeniert.



Zum zweiten Mal documenta-Chef: Manfred Schneckenburger FOTO: DIE WELT

Zwar wollte man eigentlich nicht, daß ein Mann zweimal das „Museum der hundert Tage“ arrangiert. Aber als man sich im vorigen Jahr nach langer Qual für die Doppelherrschaft von Harald Szeemann und Edy de Wilde entschied, war man diesem Grundsatz bereits untreu geworden. Szeemann hatte bereits die documenta 5 gemacht. Die Managerehe Szeemann/de Wilde, die eher eine Mußheirat als eine Verbindung aus Liebe war, erwies sich jedoch als nicht sehr dauerhaft. Im Dezember 1984 stellten die beiden Herren fest, daß bisher jeder von ihnen gewohnt war, alles allein zu entscheiden.

Also mußten sich die Kasseler erneut auf die Suche begegeben. Ein Solovertrag mit Szeemann kam nicht zustande. Da waren wohl Hemmungen im Spiel, weil zu leicht der Eindruck hätte entstehen können, der eine hätte den anderen nur herausintrigiert. So galt es, jemanden zu finden, der kurzfristig zu haben war. Und das war Manfred Schneckenburger, der seit der documenta 6, seit 1977, nirgendwo fest angebunden war.

Schneckenburger hat derweil Bücher geschrieben. Über den Bildhauer Heinz-Günter Prager, über den Maler und Bühnenbildner Achim Freyer und über die „documenta – Idee und Wirklichkeit“. Aber auch vorher stand ihm offenbar nur bedingt der Sinn nach Amt und Würden. Von 1968 bis 1969 volontierte er an der Staatsgalerie in Stuttgart. Dann verläßt er die Stadt, in der er 1938 geboren wurde, um von 1970 bis 1972 an der Vorbereitung der großen Olympia-Ausstellung „Weltkulturen und moderne Kunst“ mitzuarbeiten. Da beschäftigt er sich vor allem mit der „primitiven“ Kunst, mit Magischen Zeichen, Idol, Totem, Fetisch und Masken. 1973 übernimmt er die Direktion der Kölner Kunsthalle, um sich dann ein Jahr später schon wieder für die documenta abwerben zu lassen.

Die documenta 6 stand unter dem Motto „Medien in der Kunst – Kunst in den Medien“. Damals wurden Video und Perfomance, Photographie und Experimentalfilm documenta-fähig. Die Malerei trat zurück, was wesentlich zu vielen unfreundlichen Kritiken beitrug. Schneckenburger selbst kümmerte sich vor allem um Plastik und Environment. Und er erwies sich als ein nachgiebiger Chef.

Ursprünglich wollte er nur zwei Maler aus der „DDR“ einladen. Aber der „Verband Bildender Künstler“ in Ost-Berlin stellte ihm vor die Alternative: entweder sechs oder keinen. So kam die erste „Nationalausstellung“ der „DDR“ zustande, obwohl Schnekkenburger vorher erklärt hatte: „Wir laden nur einzelne Künstler ein.“ Zum Schluß sprach man von der „unfertigsten documenta“, die ihren Arrangeuren „regelrecht über den Kopf gewachsen“ ist.

Nun heißt es also: auf ein neues. Nach Kassel will der promovierte Kunsthistoriker, der mit einer Kunsthistorikerin verheiratet ist, diesmal nicht ziehen. Die Achte, meint er, könne man auch von Köln aus auf die Beine stellen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie merkt zur Arbeitslosigkeit an:

Statt jungen Menschen zu helfen, begnüge sich die Bundesregierung mit „Sonntagsreden“. Diesen Vorwurf erhebt das für Bildungsfragen zuständige Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ilse Brusis ... Sie behauptet, immer noch stünden 200 000 Bewerber ohne Lehrstelle da; diese vernachlässigten Jugendlichen parkten in der schulischen Weiterbildung, sie seien auf den Wartelisten der Arbeitsämter zu finden oder sie überwintern, statistisch nicht erfaßbar, zu Hause. Als Frau Brusis noch Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen war, hat sie unverantwortlich lange dafür geworben, daß mehr Lehrer ausgebildet werden – für die Arbeitslosigkeit? Jetzt beteiligt sie sich an der Stimmungsmache, daß die Bundesregierung jungen Menschen „die Lebensperspektiven“ verstelle. Ihre Zahlen sind aus der Luft gegriffen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert das Asylrecht:

Als unsere Verfassungsväter einst das Recht auf politisches Asyl sogar ins Grundgesetz schrieben, hatten sie jene Deutschen vor Augen, die auf der Flucht vor Hitler keine Aufnahmeländer gefunden hatten. Damals ahnte niemand, daß unsere großartige und großzügige Asylgewährung eines Tages auch viele Menschen anlocken würde, denen unser Land wie das Schlaraffenland erscheint. Das unbarmherzige Wort „Wirtschaftsflüchtlinge“, das für diese Art von Asylsuchenden gefunden wurde, gibt leider nicht wider, was diesen Teil des Asylantenstroms letztendlich speist: die Tatsache nämlich, daß die Reichtümer in dieser Welt ungleich verteilt sind, daß es wohlhabende Länder gibt und bitterarme – nicht allein Äthiopien. Bekämen die meisten dieser Leute daheim von ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familien satt, hätten wir kein Asylantenproblem. Hunger, Elend, die Hoffnung auf ein wenig Besitz, das sind verständliche Beweggründe, die Heimat zu verlassen. Als juristische Gründe, diesen Menschen Asyl zu gewähren, reichen sie nicht aus.

KURIER

Die Wiener Zeitung kritisiert den Verteidigungsminister:

Er war 40 Jahre im Gefängnis (seine Opfer 40 Jahre unter der Erde). Er wurde für *Massenerschießungen* von Geiseln in Oberitalien verurteilt und jetzt freigelassen. Und damit Schluß. Aber nein, der Verteidigungsminister der Republik Österreich, Friedhelm Frischenschlager, muß um Reder ein widerliches Theater veranstalten. Er muß ihn persönlich heimholen und beim Bundesheer einquartieren. Walter Reder hätte auch vom Roten Kreuz abgeholt werden können. Das Bundesheer hat mit Geiselerschießungen nichts zu schaffen.

Für drei Bauarbeiter ein Staatsdiener für Baumaßnahmen

Groteske Fehlentwicklungen fesseln die Hamburger Politik / Von Uwe Bahnsen

Kassandrarufe sind aus dem Hamburger Rathaus zu hören: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau, der nicht zu Dramatisierungen neigt, hat seine Genossen vor einer „katastrophalen Entwicklung“ der hamburgischen Staatsfinanzen gewarnt. Es drohe für die Regierungspartei „jede politische und soziale Gestaltung“ unmöglich zu werden.

Für dieses düstere Szenario machte der Fraktionschef vor allem den „Würgegriff der Zinsausgaben“ als Folge der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Finanzierungsdefizite im Haushalt verantwortlich: „Während 1970 etwa jede siebzehnte Steuermark für Zinsausgaben benötigt wurde, wird es 1988 voraussichtlich jede sechste Steuermark sein, wenn nicht entschieden weiter gegengesteuert wird.“

Im Klartext heißt das: Hamburg, das mehr noch als andere Bundesländer Jahr für Jahr über seine Verhältnisse gelebt hat, muß noch rigoroser sparen als bisher – darüber sind sich die *maßgeblichen Haushaltsexperten* der SPD wie der oppositionellen CDU einig. Daß eine dauerhafte Konsolidierung des in eine schlimme Schräglage geratenen Haushalts nur durch den konsequenten Abbau der Personalausgaben erreicht werden kann, ist in diesem Kreis ebenfalls unbestritten, aber in der in dieser Sache von den Gewerkschaften mehr oder weniger abhängigen Hamburger SPD nur schwer durchzusetzen.

So muß nun an den Investitionen gestrichen werden, die bislang auf Kredit finanziert wurden. Naturgemäß geht das vor allem zu Lasten der Bauwirtschaft. Ein Blick auf dieses ganz besondere Sorgenkind der Hamburger Wirtschaft zeigt exemplarisch, woran die Hansestadt krankt:

Bauindustrie und Bauhandwerk in Hamburg beschäftigen derzeit noch rund 24 000 Arbeitnehmer. Angesichts der katastrophalen Auftragslage ist mit weiteren Entlas*sungen zu rechnen.* Eine Durchleuchtung des hanseatischen Behördenapparats ergibt, daß in der Verwaltung und in den staatlichen Unternehmen rund 8000 Mitarbeiter mit der Planung und administrativen Bearbeitung von Baumaßnahmen beschäftigt sind.

Auf drei Arbeitnehmer der Bauwirtschaft kommt also mittlerweile ein Staatsdiener, und die Entwicklung bewegt sich in Richtung auf eine Relation von zwei zu eins. Das Bauvolumen geht als Folge der staatlichen Sparzwänge zurück, die Zahl der Baubeamten und -angestellten in der Verwaltung aber bleibt im wesentlichen konstant.

Nun würde das Problem zwar nicht entschärft, wohl aber wäre der Kontext etwas positiver, wenn dieser so opulent mit Bediensteten besetzte Bauapparat wegen effizienten Arbeitens von sich reden machen würde. Doch nicht einmal das kann konstatiert werden – bei allem Respekt vor den leistungswilligen Verwaltern. Es *gibt ein Indiz für diese betrübliche* Diagnose – in den Materialien der Bürgerschaft. Am 15. Juni 1983 ersuchte das Landesparlament den Senat, in einem Bericht an die Abgeordneten die Situation der Bauwirtschaft in der Hansestadt darzustellen. Es sollte die derzeitige Lage dieser Problembranche und ihre Perspektiven beschrieben werden. Das war eine Anforderung, die – so sollte man meinen – durch das kurzfristige Abrufen der entsprechenden Daten innerhalb von wenigen Wochen zu erledigen gewesen wäre.

Nicht so für die Landesregierung: Für den Bericht, der einschließlich zahlreicher Tabellen dreizehn Seiten umfaßt, benötigte der Senat gut eineinhalb Jahre – der Report trägt das Datum des 18. Dezember 1984. Ein Parlament, das sich dergleichen bieten läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn Öffentlichkeit und Verwaltung nicht respektvoll von ihm denken.

SPD-Fraktionschef Henning Voscherau hat von den Abgeordneten seiner Partei „Mut und Kraft“ verlangt, um die Sparpolitik „langfristig durchzuhalten“ – und das über das Wahljahr 1986 hinaus. Das freilich wird nicht reichen, und der kompetente Notar weiß das auch.

Notwendig ist mehr: eine gründliche und energische Durchforstung der staatlichen Tätigkeiten – jene „Aufgabenkritik“, die seit Jahren durch die Grundsatzdiskussionen der Hamburger SPD-Führung geistert und sich immer dann wie ein Phantom verflüchtigt, wenn einer der Spitzengenossen einmal verlangt, Worten auch Taten folgen zu lassen. Der Chef der Basler Prognos AG, Heik Afheldt, hat den vier Küstenländern soeben in einem Vortrag zu einer Gemeinkostenanalyse für die öffentlichen Verwaltungen geraten, um auf diesem Wege „Ressourcen für Zukunftsprojekte freizumachen“. Das ist der Weg, auf dem die Stadt ihren Finanznöten entrinnen kann.

Die Flucht endete in den eisigen Fluten der Ostsee

Gerettete und Retter werden sich am Mittwoch in Damp an der Ostsee an einen der schrecklichsten Schiffsuntergänge erinnern: Vor 40 Jahren versank die „Wilhelm Gustloff". Von Torpedos getroffen, riß sie über 5000 Menschen mit in die Tiefe. Nur 930 wurden gerettet.

Von UWE BAHNSEN

Es war eine der größten Katastrophen in der Geschichte der Schiffahrt, doch ihre Spuren in den amtlichen Annalen des Zweiten Weltkriegs sind überraschend spärlich. Das Logbuch des sowjetischen Unterseeboots „S-13", verwahrt in einem Leningrader Archiv, enthält unter dem Datum 30. Januar 1945 die lakonische Eintragung: „23.08: Drei Torpedos auf Backbordseite des Zieles gefeuert. Alles Treffer. Entfernung 400 bis 600 Meter. 23.09: Ziel beginnt zu sinken ..." Es war 21.09 Uhr deutscher Zeit.

19 Stunden später, am 31. Januar kurz nach 16 Uhr, zog Großadmiral Karl Dönitz in der Lagebesprechung bei Hitler in der Berliner Reichskanzlei ein Fazit der Tragödie: „Zum Verlust des Passagierschiffes Wilhelm Gustloff durch U-Boot-Torpedos auf dem Außenweg nördlich der Stolpe-Bank führt der Ob. d. M. aus, daß bei den umfangreichen Transporten in der Ostsee Verluste von vornherein in Rechnung gestellt wurden, und daß man es, so schmerzlich der Verlust auch im einzelnen ist, als ein besonderes Glück ansehen muß, wenn bisher nicht mehr Verluste eingetreten sind ..."

Am 30. Januar hatte Hitler in seiner Rundfunkansprache zum 11. Jahrestag der Machtübernahme düster „das grauenhafte Schicksal, das sich heute im Osten abspielt", erwähnt. Die Schauplätze dieses Grauens nannte der Wehrmachtsbericht vom selben Tage: „Zwischen der oberen Weichsel und der Oder wurden Durchbruchsversuche starker russischer Kräfte verhindert. Im Obraabschnitt und nördlich der Netze bei Driesen schwere Kämpfe; zwischen Schneidemühl und Kulm schieben sich die Russen weiter nach Norden vor ..."

Die haushoch überlegenen sowjetischen Sturmdivisionen trieben eine riesige Flüchtlingswelle vor sich her – endlose Trecks von halb verhungerten, halb erfrorenen Greisen, Frauen und Kindern, die in panischer Angst vor den Greueln der Roten Armee nur ein Ziel kannten: nach Westen. Sie befürchteten, schon in wenigen Tagen könnten die Russen die Landverbindungen abschneiden, und hofften auf die Rettung über das Meer. So waren die Häfen an der Ostseeküste überfüllt. Auf Befehl von Dönitz hatte die Kriegsmarine unter Einsatz jedes auch nur halbwegs seetüchtigen Wasserfahrzeugs mit der Evakuierung dieser Menschenmassen begonnen – es wurde die vielleicht brillanteste seemännische und organisatorische Leistung des ganzen Krieges.

In Gotenhafen, dem heutigen Gdingen, warteten Ende Januar rund 100 000 Menschen in eisiger Kälte auf den Abtransport. Das größte der im Hafen liegenden Schiffe war die „Wilhelm Gustloff", 25 484 Bruttoregistertonnen groß, im März 1938 als das Flaggschiff der NS-Ferienorganisation „Kraft durch Freude" (KdF) in Dienst gestellt – damals ein „Schiff der Lebensfreude", nun ein Schiff der letzten Hoffnung.

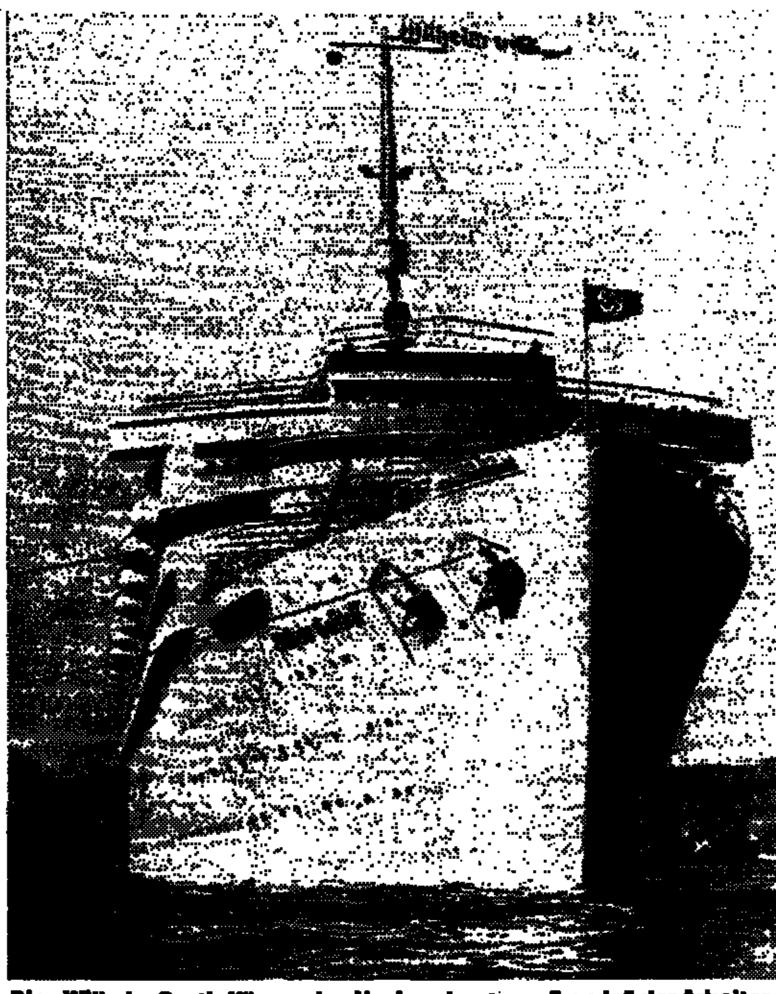
Im Herbst 1939 war der für 1465 Passagiere und 400 Mann Besatzung zugelassene Musikdampfer zunächst zum Lazarettschiff umgerüstet worden, hatte dann aber bald als eines der Wohnschiffe für die künftigen U-Boot-Besatzungen gedient, die bei der 2. U-Boot-Lehrdivision in Gotenhafen ausgebildet wurden. Als im Januar 1945 die Gefahr durch die näherrückende Front von Tag zu Tag größer wurde, ließ Dönitz die „Operation Hannibal" anlaufen – den schleunigen Abtransport der U-Boot-Ausbildungsabteilungen nach Westen. Die dafür eingesetzten Schiffe sollten zusätzlich so viele Flüchtlinge wie möglich an Bord nehmen.

Auf der „Wilhelm Gustloff" übergab am späten Vormittag des 30. Januar, einem Dienstag, der Oberzahlmeister Luth dem Ersten Offizier Reese die vollständige Passagierliste (bewaffnete Posten hatten den Zugang zum Schiff scharf kontrolliert): 918 Soldaten und Offiziere der Kriegsmarine, 173 Besatzungsmitglieder, 373 Marinehelferinnen, 162 Verwundete, die am frühen Morgen des Vortages mit einem Lazarettzug in Gotenhafen eingetroffen waren, und 4424 Flüchtlinge.

Offiziell befanden sich also 6050 Menschen auf dem Schiff. Doch kurz nach dem Ablegen, gegen 13 Uhr, blockierten zahlreiche Boote, die mit Frauen und kleinen Kindern überladen waren, die Ausfahrt; die Mütter flehten: „Nehmt uns mit, rettet unsere Kinder!" Über Seefallreeps und in Netzen kamen auch diese Flüchtlinge an Bord – wie viele es waren, ist ungewiß. Unter Schnee- und Hagelschauern glitt die „Wilhelm Gustloff" schließlich, von Schleppern gezogen, aus dem Hafen. Ihr Ziel war Kiel.

Mit einer Geschwindigkeit von rund 12 Knoten lief die „Wilhelm Gustloff" bei Schneetreiben und stürmischer See auf einem Kurs parallel zur Küste in den Abend hinein. Die an Deck untergebrachten Flakgeschütze waren vereist. Um so schnell wie möglich durch das bedrohte Seegebiet hindurchzukommen, hatte Petersen gegen den Rat erfahrener U-Boot-Offiziere an Bord auf einen Zick-Zack-Kurs verzichtet und überdies entegegen den Tarnungsvorschriften Positionslichter setzen lassen, um die Gefahr von Kollisionen mit anderen Transport- und Begleitschiffen zu verringern.

So kam es, daß – nach sowjetischer Darstellung um 19.10 Uhr deutscher Zeit – auf dem U-Boot „S-13" unter seinem Kommandanten, Kapitän 3. Ranges Alexander Marinesko, „der Wachhabende, Komsomolez Bootsmann 2. Klasse A. Ja. Vinogradov ... feindliche Schiffe entdeckte, welche langsam aus der Danziger Bucht herausfuhren. Marinesko beschloß, die Dunkelheit und den starken Seegang ausnutzend, sich dem Konvoi zu näheren ..."



Die „Wilhelm Gustloff", von den Nazis gebaut zur „Freude" der Arbeiter, endete als Sarg für Flüchtlinge und Soldaten. FOTO: ULLSTEIN

„S-13" belauerte die „Wilhelm Gustloff" fast zwei Stunden hindurch in 400 bis 500 Meter Entfernung. Kurz nach 21 Uhr gab Marinesko den Befehl zum Angriff. Das U-Boot befand sich zwischen der Küste und der „Wilhelm Gustloff". Um 21.08 Uhr zischten die Torpedos aus den Rohren 1, 3 und 4. Es hatte ein „Vierer-Fächer" werden sollen, doch der vierte Torpedo blieb im Rohr.

Das überfüllte Schiff wurde zuerst am Bug getroffen, tief unter der Wasserlinie neben den Mannschaftsräumen. Das Inferno begann in Sekunden: Diejenigen Besatzungsmitglieder, die nicht sofort getötet wurden, konnten sich nicht mehr retten, da die Schotten geschlossen wurden.

Der zweite Torpedo explodierte knapp unterhalb des trockengelegten Schwimmbades, das zu einem Notquartier für die Marinehelferinnen geworden war. Nur wenige Mädchen überlebten, weil sie in Kabinen zwischen Schwimmbad und Maschinenraum untergebracht waren.

Der dritte Torpedo schließlich traf mittschiffs den vorderen Teil des Maschinenraums, riß den Rumpf auf und zerstörte die Maschinen. Schnell mußten auch die anderen Schotten, so weit noch möglich geschlossen werden, um ein schnelles Sinken zu verhindern. Viele der Eingeschlossenen erschossen sich, bevor das Wasser sie erreichte. Unter Deck brach Panik aus, es begann der Kampf ums Überleben.

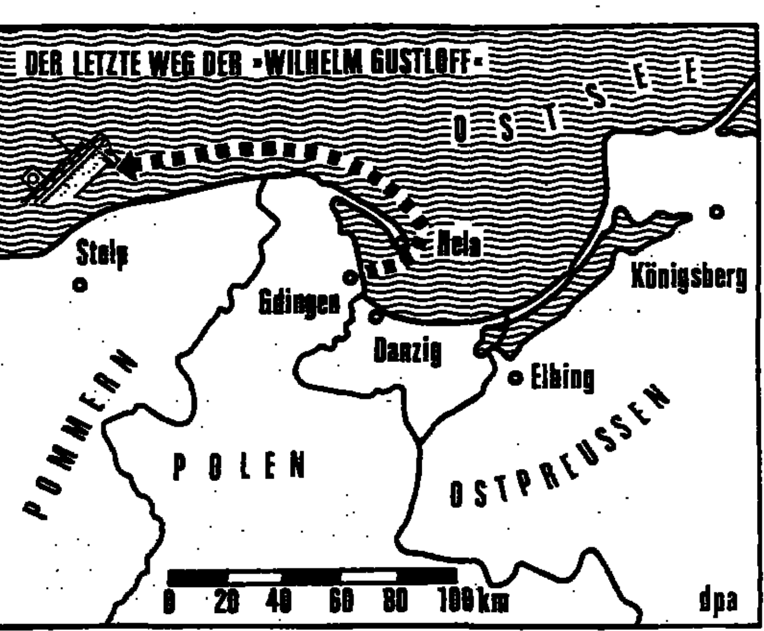
Eine der Marinehelferinnen, die wie durch ein Wunder mit dem Leben davonkam, schilderte später was geschah: „Wir gelangten durch ein Chaos von Drähten, Stangen, Metallteilen und auseinandergerissenem Blech auf die schmale Nottreppe, die durch den Maschienraum zum acht Stockwerke höher liegenden Bootsdeck führte. Aber auch andere Menschen hatten in Todesangst diesen letzten Weg der Rettung gefunden. Der Kampf um jede Treppenstufe begann. Die Stärkeren versuchten, sich mit Fäusten und Ellenbogen durchzuringen. Wer fiel, kam um, denn erbarmungslos traten die anderen über ihn hinweg."

„Endlich hatten wir es geschafft", berichtete die Gerettete weiter. „Wir flogen vom Druck der nachdrängenden Menschenmasse auf das vereiste Bootsdeck. Hier erwartete uns erneut die Hölle: ein Chaos schreiender Frauen und Kinder, verwundeter Soldaten, die sich nicht helfen konnten, dazwischen die Kommandos an den Rettungsbooten: ‚Nur Frauen und Kinder in die Boote – zurück die Männer.' Pistolenschüsse hallten über das Deck – Frauen flehten ihre Männer an: ‚Mach Schluß mit uns allen, mach schnell!'"

Es herrschte Windstärke sechs bis sieben; die Außentemperatur 17 Grad unter Null. Der Todeskampf der „Wilhelm Gustloff" dauerte 66 Minuten. In den überfüllten Rettungsbooten begann der Kampf ums Überleben erneut. Während das Schiff mit explodierendem Kesselraum und heulenden Sirenen versank, wehrten sich die Überlebenden in den Booten mit Fäusten, ja mit Pistolen gegen diejenigen, die in ihren Schwimmwesten im eisigen Wasser trieben und die Boote zum Kentern zu bringen drohten.

Torpedoboote der Kriegsmarine, die zur Bergung der Schiffbrüchigen an den Schauplatz der Tragödie geprescht waren, vertrieben „S-13" mit Wasserbomben, doch das forderte erneut Opfer unter denen, die im Wasser noch auf Rettung hofften; andere wurden von Schiffsschrauben zerfetzt.

Die Überlebenden wurden in die Ostseehäfen transportiert, ein Teil nach Gotenhafen, wo die unheilvolle Fahrt der „Wilhelm Gustloff" begonnen hatte. Das Wrack des Schiffes liegt in 45 Metern Tiefe, fast in drei Teile zerrissen, auf dem felsigen Meeresboden. Polnische Taucher sahen vor einigen Jahren unzählige Skelette im Wrack und auf dem Meeresgrund.



Die Autofahrer werden älter – werden sie auch gefährlicher?

Gefährdet ein älterer Autofahrer den Verkehr mehr als ein jüngerer? Gleicht größere Erfahrung mögliche körperliche Mängel wieder aus? Sollen ältere Autofahrer regelmäßigen Gesundheitstests unterzogen werden? Aber ab wann ist jemand alt? Fragen, die Antworten verlangen, denn um die Jahrhundertwende ist jeder vierte Autofahrer ein „Alter".

Von H. H. HOLZAMER

„Ich fahre immer ohne Hut, um nicht sofort als alter Autofahrer eingestuft zu werden", sagt der Hamburger Rentner Wilhelm Klaas. „Die Jungen bauen zwar mehr Unfälle, aber uns will man, fallen wir nur mal auf, gleich an den Lappen."

Mit „Lappen" meint der alte Herr seinen Führerschein. Unrecht hat er nicht, denn die Verkehrsexperten haben den älteren Verkehrsteilnehmer als mögliches wachsendes Problem erkannt. Und zuletzt stand seine rechtliche „Behandlung" auf der Tagesordnung des 23. Verkehrsgerichtstages in Goslar. „Regel muß sein, daß die Polizei, die Staatsanwaltschaft oder der Richter stets die Verwaltungsbehörden zu informieren hat, wenn ein Älterer auffällt", schlug ein Rechtsexperte vor. Die Aufgabe der Verwaltungsbehörde ist dann zu überprüfen, ob der Betreffende noch die geistigen und körperlichen Voraussetzungen zum Lenken von Fahrzeugen, handele es sich nun um Mopeds, Motorräder oder Autos, erfüllt.

„Alter" ist juristisch schwer zu definieren

Daß diese Forderungen bislang noch keine Wirklichkeit sind, hängt wesentlich damit zusammen, daß sich der Begriff des „Alters" juristisch schwer definieren und mit einer Zahl in Verbindung bringen läßt. Auch die Mediziner versagen hier ihre Hilfe. Ab 60 sei man alt, meinen die einen, ab 65 die anderen. Professor Herbert Lewrenz aus München dagegen hält jede Festlegung für unrealistisch, wenn er feststellt: „Der Zeitraum, in dem ein Mensch altert, kann 50 Jahre umfassen, die einen sind erst Mitte 40, wenn sie Alterungserscheinungen zeigen, die anderen Mitte 90."

Auch das geschriebene Gesetz nennt keine Zahl. Es spricht in der Straßenverkehrs- und Straßenverkehrszulassungsordnung nur ganz allgemein von Fahrtüchtigkeit und seit der letzten Reform von der notwendigen Rücksicht auf „Ältere". Die Rechtsprechung ergänzt im Sinne von Lewrenz: „Hohes Alter genügt nicht zur Annahme von Fahrtüchtigkeit." Im Zweifel also für das Alter. Und wie zur Bestätigung rühmen sich die Münchner Taxifahrer eines Kollegen, der mehr als 80 Lenze zählt und die für Berufsfahrer erforderlichen Tests regelmäßig glänzend meistert.

Ist also in Wirklichkeit der Ältere als aktiver Teilnehmer am Straßenverkehr, als Lenker (und nicht bloß als Fußgänger) kein Thema. Oder nur Stoff für Witze, wie den von Opa, der im Radio die Warnung vor einem Geisterfahrer vernimmt und zur Oma sagt: „Was, einer? Hunderte!"

Doch, es gibt Statistiken, die daraus ein Thema machen. Klaus Lang vom HUK-Verband spricht von einer „gewissen Auffälligkeit". Nach seinen Untersuchungen stellen „ältere Kraftfahrzeugführer ab 60 Jahre 4,5 Prozent der Unfallverursacher, der Durchschnitt liegt bei 3,8 Prozent".

Doch diese Zahlen gehen von 3 Millionen älteren Kraftfahrern (ca. 60 Jahre), nicht dagegen von den von ihnen zurückgelegten Kilometern aus. Wer weniger fährt, verursacht im Schnitt auch nicht soviele Unfälle. Zahlen einer Untersuchung des Volkswagenwerkes sprechen davon, daß zwei Drittel aller Älteren noch rund 15 000 Kilometer, die Durchschnittsleistung aller, zurücklegten.

Andere Zahlen sprechen davon, daß nur 18 Prozent der 60 bis 65jährigen, 11 Prozent der 65 bis 70jährigen und nur 7 Prozent der über 70jährigen eine „regelmäßige Fahrpraxis" haben. Eine Aufgabe für den Rechenschieber. Die Amerikaner haben ihrer Statistik eine hochgerechnete Kilometer-Leistung von 100 000 Meilen zugrundegelegt und kamen zu dem Ergebnis, daß insbesondere Frauen ab 75 mit steil steigender Tendenz auf Kollisionskurs kommen.

Scheint es so, als befänden sich die Untersuchungen selbst auf Schleuderkurs, will das Thema gleichwohl keiner ad acta legen, weil sich die Zahl der Alten am Steuer bis zur Jahrtausendwende in der Bundesrepublik auf eta 25 Prozent aller Verkehrsteilnehmer erhöhen wird. Daher bemüht man sich, Detailprobleme aufzuzeigen, etwa besondere „Risikofaktoren".

„Ein erhöhtes Risiko für die Allgemeinheit", sagt Herbert Lewrenz, „sind Träger von Herzschrittmachern, Dialyse-Abhängige und Empfänger von Psychopharmaka", ohne dies jedoch näher zu belegen. Die verbandsorganisierten Augenärzte Deutschlands sehen klar, daß bei Dämmerung und Dunkelheit öfter Fahrverbote für Ältere auszusprechen sind. Denn, so ihre Statistik, 11 Prozent der 50 bis 60 Jährigen, 27 Prozent der 60 bis 70 Jährigen und 34 Prozent der über 70 Jährigen hätten „nachweislich" Probleme mit ihrem nächtlichen Sehvermögen.

Hier, bei der Sehfähigkeit, scheint es noch die verläßlichsten Aussagen zu geben, denn auch eine Studie des Volkswagenwerkes spricht davon, daß „58 Prozent der Autofahrer ab 50 fälschlich davon überzeugt sind, ihre Sehkraft lange noch". Forschungsergebnisse mit ähnlichen Ergebnissen wurden vergangenes Wochenende auch in Golsar vorgetragen und mit der Forderung nach obligatorischen regelmäßigen Sehtests für Ältere (ab 60) verbunden. Obwohl wiederum andere darauf verwiesen, daß die Älteren ihre körperlichen Schwächen durch Erfahrung und defensives Fahren zu kompensieren wüßten.

Es gebe darüber hinaus, sagen die Experten, „typische Fahrfehler alter Leute wie Spurwechseln, Einbiegen und die Beachtung der Vorfahrt". Dies hänge mit muskulären Schwierigkeiten, den Kopf zu drehen, und mit ihrem Altersstarrsinn zusammen. „Nach meiner Meinung stimmt das nicht", sagt demgegenüber Olaf Kiesewetter, Rechtsanwalt und Verkehrsspezialist. „Jüngere und Ältere machen die gleichen Fehler." Er ist daher strikt dagegen, daß nur Ältere sich Tests unterziehen sollten oder daß die Justiz der Verwaltung Meldung zu machen hätte. „Damit werden die Älteren doch nur verunsichert."

Kiesewetter berichtet, daß Ältere zu zittern anfangen, wenn sie nur von der Polizei auf ihr Alter angesprochen werden, wüßten sie doch, daß auch bei Bagatellsachen der Führerschein auf dem Spiel stehen kann, wenn sie – wenn angezweifelt – ihre Fahrtüchtigkeit nachweisen müssen. „Ich weiß aus Erfahrung etwa bei Alkoholdelikten, welche Angst sie bei Tests haben. Stocksteif und stehend füllen sie die Fragebögen aus, während die Jungen locker und entspannt dasitzen. Wenn sie etwas nicht verstehen, wagen sie nicht zu fragen, um sich nicht zu blamieren. So versagen viele ohne Grund."

Nicht einschüchtern, sondern aufklären

Der Rechtsanwalt rät dringend dazu, die Bedeutung des Führerscheinbesitzes für Ältere nicht zu unterschätzen. „Wenn der Rentner oder Pensionär zu Hause sitzt, bleibt ihm gegenüber seiner Frau als Prestige doch oft nur der Führerschein, daß er sagen kann, komm Muttchen, ich fahr dich spazieren." Man müsse, sagt der Anwalt, nicht einschüchtern, sondern durch Aufklärung die Angst nehmen. Schon dadurch könnten Unfälle vermieden werden, daß der Ältere nicht mehr verkrampft am Steuer sitzt. Die geforderte Abgabepflicht an die Verwaltungsbehörden hält er für ausgemachten Unsinn: „Da wandert die Akte doch vom Kompetenten zum Inkompetenten, der nur nach Schema F entscheiden kann."

Kiesewetter meint, Autozeitungen könnten sich darum verdient machen, auf humane Weise die Kenntnisse des älteren Autofahrers zu fördern, etwa über neue Verkehrszeichen. Sicher gebe es Fälle, wo man einem Älteren beibringen müsse, daß es besser sei, den Führerschein abzugeben, aber dies müsse stets freiwillig geschehen, aber aufklärerisch und im freundlichen Ton.



Alter allein ist kein Grund für Gefährdung des Straßenverkehrs. FOTO. OBERTREIS

Worms will Nordrhein-Westfalen zum „nationalen Modell" ausbauen

Der Oppositionsführer gibt sich siegesgewiß / Keine Leihstimmen an die FDP

DW. Bochum

Knapp vier Monate vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai gibt sich der Spitzenkandidat der CDU-Opposition, Bernhard Worms, optimistisch. Er sehe eine „gute Chance" dafür, die seit fast 20 Jahren ununterbrochen regierenden Sozialdemokraten abzulösen, erklärte Worms am Samstag auf der Landesversammlung der rheinischen und westfälisch-lippischen CDU in Bochum.

Hart ging Worms mit den seit 1980 in Düsseldorf allein regierenden Sozialdemokraten ins Gericht und warf ihnen „Mittelmaß, Ideenlosigkeit und landespolitischen Stillstand" vor. Die „Mängelwirtschaft" von Ministerpräsident Johannes Rau müsse ein Ende haben, um Nordrhein-Westfalen zu einem „nationalen Modell großer ökonomischer Schlagkraft" zu machen. Als Folgen der Versäumnisse der Landesregierung führte der Unionschef die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und den Rückstand des Landes bei den neuen Schlüsseltechnologien an.

Als Hauptaufgabe einer von der CDU geführten Landesregierung bezeichnete der Oppositionsführer die Überwindung der Beschäftigungskrise. Ein entsprechendes Programm zur Landtagswahl unter dem Motto „Arbeit schaffen – Umwelt schützen – Aufschwung sichern" verabschiedeten die rund 200 Delegierten in Bochum ohne längere Diskussionen. Als weitere Programmpunkte nannte Worms unter anderem die Sanierung der Landesfinanzen, die Schaffung eines leistungsfreundlichen Klimas, den Abbau von Subventionen und die Förderung von Existenzgründungen. Im Bereich der Zukunftstechnologien möchten die Christdemokraten Nordrhein-Westfalen zu einem „Mittelpunkt" in der Bundesrepublik Deutschland machen. Das Land dürfe nicht zu einer „technologischen DiwsPora" werden.

Zu einer Koalitionsaussage fand Worms sich vor den Delegierten, die ihn mit 113 Stimmen bei nur einem Gegenvotum zum Spitzenkandidaten kürten, nicht bereit. Den Wiedereinzug der im Parlament zur Zeit nicht vertretenen FDP bezeichnete er als „realistisch". Allerdings müßten die Freien Demokraten dies aus eigener Kraft schaffen. Eine „Leihstimmen-Kampagne" werde es nicht geben. „Wir kämpfen um jede Stimme", sagte Worms. Über mögliche andere Konstellationen nach der Wahl zu spekulieren, lehnte er ab. „Erst wird gezählt, dann wird gerechnet", rief er seinen Parteifreunden zu.

Hinter Worms plazierten die Delegierten der beiden größten CDU-Landesverbände den Vorsitzenden der westfälisch-lippischen CDU, Kurt Biedenkopf. Als Stellvertreter erhielt er die gleiche Stimmenzahl wie Worms. Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose, die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin Christa Thoben und der Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Ottmar Pohl folgen als nächste auf der Liste.

Ministerpräsident Johannes Rau erklärte auf einer Landeskonferenz der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Essen, bei der Landtagswahl werde sich entscheiden, ob die SPD „in der ganzen Bundesrepublik wieder mehrheitsfähig werden" könne. Nordrhein-Westfalen müsse das „soziale Gewissen dieser Republik" bleiben.

Scharf ins Gericht mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ging der AfA-Bundesvorsitzende Rudolf Dressler. Blüms bisherige Leistungsbilanz sei nichts anderes als „ein sozialpolitisches Abbruchunternehmen", meinte er.

„Gesetz für die Volkszählung nicht verzögern"

AP, Stuttgart

Die von der Bundesregierung für den 23. April 1986 geplante Volkszählung muß nach Angaben von Staatssekretär Franz Kroppenstedt vom Bundesinnenministerium erneut verschoben werden, wenn der Bundestag das Volkszählungsgesetz nicht noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart sagte Kroppenstedt gestern zur Begründung, die statistischen Ämter brauchten mindestens zehn Monate Vorbereitungszeit.

Wenn sich die parlamentarische Beratung verzögere, könnte frühestens im Frühjahr 1988 gezählt werden, weil die Erhebung nicht mit dem Bundestagswahlkampf im Jahr 1986 oder der Wahl selbst im Jahr 1987 zeitlich in Verbindung gebracht werden solle.

Lambsdorff für mehr Ausgabendisziplin

Mk. Bonn

Die Wirtschaftspolitik muß sich wieder stärker „an den Orientierungen der Politik der Wende" ausrichten. Anläßlich Eröffnung der Internationalen Süßwarenmesse in Köln betonte der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), die Zeit für Geschenke sei noch lange nicht gegeben: „Die Spendierhosen kleiden die Politiker der Wende schlecht."

Für Lambsdorff bedeutet dies, in der Haushaltspolitik müsse strikte Ausgabendisziplin gewahrt werden, damit der Staatsanteil weiter zurückgeführt werden kann. „Die jetzt beschlossene Steuerreform ist unzureichend und zu familienlastig", sagte der FDP-Politiker. Auf mittlere Sicht müßten weitere Schritte ins Auge gefaßt werden, um Leistungswillen, Risikobereitschaft und Anpassungsfähigkeit zu stärken. Der Subventionsabbau müsse angepackt werden.

Neuer Realismus im Europarat

WELT-Gespräch mit dem Generalsekretär vor der Konferenz der 21 Außenminister

JÜRGEN LIMINSKI, Straßburg

„Europa spielt eine unverzichtbare Rolle in den Ost-West-Beziehungen." Und die ab morgen tagende außerordentliche Konferenz der 21 Außenminister des Europarats werde jetzt, vierzig Jahre nach Jalta und wenige Wochen vor dem konkreten Beginn der umfassenden Abrüstungsverhandlungen in Genf diese Rolle bestätigen. Zwar gehören die Themen Abrüstung und Verteidigung nicht zu den spezifischen Aufgaben des Europarats. Als unverbindliches Forum der Abstimmung aber hätte diese Institution schon immer stimulierend auf Verhandlungen eingewirkt.

Marcelino Oreja überschätzt die Möglichkeiten der traditionsreichsten europäischen Institution nicht. Der neue Generalsekretär des Europarats, der achte seit der Gründung des Rats im Jahre 1949, ist ein pragmatisch und nüchtern denkender Diplomat. Die internationale Bühne hat er als spanischer Außenminister noch vor dem Machtwechsel in Madrid kennengelernt. Für internationalen Pomp hat er nicht viel übrig, wohl aber für Effektivität im Rahmen der Möglichkeiten. Deshalb hat er sich für seine fünfjährige Amtszeit in Straßburg auch vorgenommen, die vielfachen Alltags-Aufgaben des Europarats auf einige Prioritäten zu *rechtzustutzen und darauf alle Kraft* zu konzentrieren.



Marcelino Oreja FOTO: DPA

Zu diesen Aufgaben zählt für ihn die Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft gemäß dem Artikel 230 der Römischen Verträge („der bis heute nicht zu den formellen Abmachungen geführt hat, die man hätte erwarten können"), eine Straffung der Verfahren vor der Kommission und dem *Gerichtshof für Menschenrechte* („Wir bereiten ein Zusatzprotokoll zur Konvention vor. Denn was nützt die Einklagbarkeit der Menschenrechte, wenn man bis zu sechs Jahre lang auf das Urteil warten muß?"), eine Erweiterung des Katalogs der Menschenrechte, zum Beispiel um das Recht auf eine saubere Umwelt oder auf den Schutz der Persönlichkeit vor den Fortschritten der Informatik oder auch, im sozialpolitischen Bereich, *auf Gleichheit zwischen Mann und Frau* bei der Entlohnung geleisteter Arbeit. Für die Sozialcharta müsse ein Anwendungsmechanismus gefunden werden, damit es nicht bei glücklichen Ideen bleibe, die juristische Zusammenarbeit unter den 21 Mitgliedsländern müsse ausgebaut und verfeinert werden.

Oreja ist ein Caballero. Das Thema der Menschenrechte fasziniert ihn. Manchen Regierungen sei es nicht geheuer, daß eine einzelne Person in Straßburg Klage gegen ihren Staat einreichen könne und sie sehen darin „mit Recht" einen gewissen nationalen Souveränitätsverlust zugunsten einer supranationalen Institution. Die Erfolge des Gerichtshofes jedoch hätten eine Dynamik entwickelt, der sich keine Regierung mehr entziehen könne, wenn sie weiterhin die *demokratischen Prinzipien des Europarats* anerkennen wolle. Hier sieht Oreja auch das Proprium des Europarats gegenüber den mehr wirtschaftlichen und technokratischen Institutionen der EG.

Die Zusammenarbeit mit der EG werde in Straßburg sehr gewünscht. Auch habe er sich deswegen in der vergangenen Woche mit dem neuen Präsidenten der Brüsseler Kommission, Jacques Delors getroffen. „Europa, das ist auch eine Summe menschlicher Wertvorstellungen, die über die wirtschaftliche Integration hinausgehen. Und der Integrationsprozeß darf nicht jene Staaten ausschließen, die zwar nicht zur EG aber doch zu Europa gehören. Auch diese Länder sind am Aufbau Europas beteiligt. In diesem Rahmen ist die angestrebte Zusammenarbeit mit der EG zu sehen." Oreja ist ein Intellektueller mit Sinn für Realismus. Er sucht das treffende Wort und unterstreicht es mit futuristischen, abstrakten Zeichen auf seinem Notizblock. Gegen sinnlose Doppelarbeit sträubt sich sein juristischer Verstand. „Warum beschließt man den europäischen Paß nicht gleich für die 21 Mitgliedstaaten des Europarats statt nur für zehn von ihnen, die gerade die EG bilden? Warum gibt es zwei Europatage in Europa, einen für den Rat und einen für die EG? Und wenn man schon Symbole schafft, warum führt man nicht eine einzige Flagge ein, statt für jede Institution eine, was den Bürger Europas verwirren muß?"

Es sei illusorisch, für die unmittelbare Zukunft auf eine Stimme Europas zu hoffen. Es sei aber realistisch, auf eine Abstimmung *innerhalb der alten Welt hinzuarbeiten*, wenn es um die Beziehungen Europas zum Vorderen Orient oder zu Lateinamerika geht. Diesem Zweck verfolge die von dem deutschen Außenminister Genscher einberufene außerordentliche Konferenz in dieser Woche – es ist die erste dieser Art seit Bestehen des Europarats. Solche Initiativen sollten jedesmal wiederholt werden, wenn die internationalen *Umstände es erforderten*. Das müsse nicht erst bei einer äußeren Bedrohung der Fall sein. „Äußere Feinde finden wir heute auch innerhalb der Mauern. Man denke nur an den Terrorismus oder an den die geistigen Werte Europas aushöhlenden Materialismus. Beide gefährden unsere Demokratie".

Beim Wahlkampf-Auftakt der SPD war von der AL keine Rede mehr

Defensiver Berliner Spitzenkandidat Apel / Unterstützung durch Rau / Lafontaine erkrankt

DW. Berlin

Die Eintrittskarte für die 4000, die sich am Freitagabend zum Wahlkampfauftakt der Berliner SPD in der riesigen Arena des Internationalen Congress-Centrum (ICC) versammelt hatten, nannte gleich „drei gute Gründe, SPD zu wählen". Der dritte – nach Hans Apel und Johannes Rau – fehlte jedoch: Oskar Lafontaine. Nach der Phonzahl gemessen bei der Nennung seines Namens, wäre er wohl zum Star des Abends avanciert, hätte ihn eine Blinddarm-Operation nicht am Berlin-Flug gehindert.

So blieb es neben einem ungewöhnlich defensiv agierenden Hans Apel dem Gast aus Nordrhein-Westfalen vorbehalten, die Berliner auf den Satz einzustimmen, der als Motto von der Stirnwand prankte: „Höchste Zeit, wieder sozial zu wählen." Doch zu einem Zeitpunkt, wo „alles schon gelaufen scheint" (SPD-Landeschef Peter Ulrich), vermied Rau allzu aggressive Töne, versuchte vielmehr, den Parteiflügeln wieder ein Gefühl der Gemeinsamkeit zu geben. Rau sprach von einer „Kraft des Zusammenfindens" und erinnerte gleichzeitig daran: „Holger Börner, Hans Apel und ich – wir sind alle ein Jahrgang, aber unterschiedliche Wege gegangen."

Wohin der Weg nach dem 10. März für die Berliner Sozialdemokraten führt, welche politischen Konstellationen sich anbieten, darüber wurde an diesem Abend kaum gesprochen. Ein Optimismus, wie er noch fünf Tage vorher die Berliner CDU in der benachbarten Deutschlandhalle umwehte, blieb aus. Apel, der in seiner Rede „die billige Propaganda der CDU, diese Masse an Papier, die Flut von Reklame" verdammte, mußte den Zweiflern in den eigenen Reihen beweisen, daß er selbst noch an die Wahlkampf-Mission glaubt. Doch für einen nach vorne drängenden Mann blieb er blaß: „Wir müssen reden über die Massenarbeitslosigkeit, über die desolate Umwelt-Situation, die Lage der Normalverdiener, die Gefährdung des Friedens in Europa."

In vielen Varianten handelte der Ex-Minister seinen Generalnenner ab: „Man schröpft die Kleinen, den Großen wird's gegeben." Die Bonner Rentenpolitik erfuhr einmal mehr die Qualifizierung von „Schweinereien", und auch bei seinem Kontrahenten Eberhard Diepgen wollte Apel eine „soziale Maske" entdecken, die nur dafür aufgesetzt worden sei, die Rentner zu „verkohlen".

Deutlich wurde, daß Apel einmal mehr am 10. März vor allem auf den hohen Rentner-Anteil der Stadt, die rund 90 000 Arbeitslosen und die Schüler und Studenten setzt. Diese Bevölkerungsgruppen müssen nach Apels Worten erkennen, daß die CDU „Wählerbetrug als zentrales Mittel ihrer Machterhaltung" einsetzt. Stürmischer Beifall keimte erstmals bei der Forderung auf, die Apel in seinem Finale vertrat: „Am 10. März wird *Schluß sein mit der rechtskonservativen Mehrheit*. Und anschließend wird es keine große Koalition geben." Von der AL war nicht mehr die Rede. Zu oft hatte Apel ein Bündnis mit ihnen ausgeschlossen, als daß er eine Wiederholung für notwendig hielte.

Die rauhe Wirklichkeit der offenen Frage, wie es nach dem Wahltag weitergehen wird, drang nur einmal an diesem Abend durch. Eine Juso-Gruppe trug ein Transparent mit der Aufschrift „Initiative junger Wähler gegen Große Koalition – für Zusammenarbeit SPD/AL" vor das Podium und entfernte sich im Zeitlupentempo. Später verkauften sie dann im Saal ein Papier, verziert mit einem Stempel, der die SPD-Nelke trug – rot die Blüte, grün der blättrige Stiel. Die Jugend hatte Hans Apel zum Wahlauftakt nicht auf seiner Seite.

Berliner Katholiken für Bistums-Einheit

KNA, Berlin

Sowohl der Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, der im Ostteil der Stadt residiert, als auch der Diözesenrat der Katholiken im Bistum Berlin (West) haben erneut ihr Ziel bekräftigt, an der kirchlichen Einheit des politisch getrennten Bistums Berlin festzuhalten.

Der Vorsitzende des Diözesenrats, Jürgen Meyer-Wilmes, sagte anläßlich eines Empfangs am Freitag, die Katholiken freuten sich darüber, in einem einheitlichen Bistum zu leben, „dem widernatürliche Grenzen und Mauer nichts anhaben konnten". Sie wünschten sich, daß dies so bleibe.

Schwarz-Schilling weist Vorwürfe zurück

AP, Hamburg

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat die Vorwürfe, aus dem Berliner Akkumulatorenwerk „Sonnenschein", das sich im Besitz seiner Familie befindet, gelangten giftige Substanzen in die Umwelt, als „ungeheuerliche politische Umweltverschmutzung" bezeichnet. In „Bild am Sonntag" stellte der Minister eine Verbindung zwischen der Untersuchung der Schadstoffwerte durch das Berliner Institut für Technischen Umweltschutz, die der Sender Freies Berlin in Auftrag gegeben hatte, und dem Berliner Wahlkampf her.

Der Geschäftsführer des Werkes, Bruno Michalski, sagte in derselben Zeitung zu den in der Nähe der Fabrik ermittelten hohen Blei- und Thallium-Anteilen im Boden: „Die Werte sind unwahrscheinlich. Wir zweifeln das an." Langjährige Vergleichsstudien des Senats hätten Werte unterhalb der zulässigen Höchstgrenze festgestellt. Zur Entkräftung der Vorwürfe habe die Firma jedoch den Berliner TÜV und ein unabhängiges Institut mit Gutachten beauftragt. Mit Thallium arbeite man überhaupt nicht.

Bausparдarlehen bei Rückkehr auf Dauer

rtr, Bonn

Türkische Arbeitnehmer, die für dauernd in ihre Heimat zurückkehren und in der Bundesrepublik Deutschland einen zuteilungsreifen Bausparvertrag haben, sollen das Bauspardarlehen für den Erwerb von Wohnungseigentum in der Türkei verwenden können. Darauf haben sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und sein türkischer Amtskollege Mustafa Kalemli bei Gesprächen in Bonn verständigt. Die Rückkehr muß spätestens vier Jahre nach Inanspruchnahme des Darlehens erfolgen.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Pazifismus führt zur Knechtschaft"

Chaban-Delmas zeigt sich in Bonn als Mann der Kontinuität / Europa und die Allianz

C. GRAF SCHWERIN, Bonn

„Ein Bundesstaat Europa ist nicht erreichbar, wenn er vielleicht auch ideal wäre. Man soll die Verträge von Rom extensiv anwenden und sich nicht in schöne Theorien begeben." Diese Worte von Pompidous einstigem Premierminister Jacques Chaban-Delmas vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik dieser Tage in Bonn dienten offenbar einer gewissen Ernüchterung der Europa-Vorstellungen Bundeskanzler Kohls. Ob die französischen Parlamentswahlen im März 1986 einen politischen Wechsel bringen werden, könne heute niemand voraussagen, meinte Chaban, „sicher aber wird es keinen Wechsel in der Außenpolitik geben". Auf diesen Hinweis hatten die Zuhörer gewartet. Von dem derzeitigen Bürgermeister von Bordeaux wird angenommen, daß er im nächsten Jahr eine wichtige Rolle spielen könnte, wenn Mitterrand sich nach den Wahlen einer nichtsozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung gegenübersehen sollte.

Chaban redete nicht nur einem außenpolitischen Konsensus aller Parteien („mit Ausnahme der kommunistischen") das Wort, so wie das alle französischen Politiker im Ausland zu tun pflegen, er sprach vielmehr auch so, als verkörpere er ein politisches Kontinuum, mit dem man in Zukunft rechnen dürfe und solle. Daß es niemand sich etwas vormache: Es werde nicht zu einer von Präsidenten der Gesellschaft, Günter Diehl, angedeuteten „problematischen Lücke" in der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommen.

Chaban sieht im deutsch-französischen Vertrag das Kernstück Europas. Er sieht dieses Europa pragmatisch, was meinen soll, in seinen ökonomischen Möglichkeiten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse weiterhin gefördert, der innere Markt „stabilisiert", die Rolle des Ecu gestärkt, ein gemeinsamer Widerstand gegen den Dollar aufgebaut werden. Europa, das sich aus „Nationen zweiter Ordnung" zusammensetze, könne seine Kraft, die es zu mobilisieren gelte, nur aus sich selbst heraus finden. Die Zahl von gegenwärtig 13 Millionen Arbeitslosen in der Gemeinschaft empfinde er als eine Niederlage Europas, ein Versagen auch der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Als vordringliche Aufgabe nannte Chaban die „Verteidigung der Umwelt": dies sei mehr als nur ein psychologischer Faktor. Frankreich habe sich das zu spät bewußt gemacht, wegen seiner andersartigen Industriestruktur und der Zentralisierung seiner Administration. Man müsse Industrieprojekte von europäischer Dimension gemeinsam verwirklichen, Forschung und Technologie noch mehr als bisher gemeinsam betreiben.

Aber die „Entwicklung Europas ist nur denkbar innerhalb der atlantischen Allianz". Deutschland, so Chaban, sei ein Partner ersten Ranges, und die wiederholte Frage, ob Frankreich Deutschland an vorderster Linie verteidigen werde, sei falsch gestellt. Es gelte der Grundsatz des Atlantischen Bündnisses: Jeder Angriff auf eines seiner Mitglieder ist ein Angriff auf alle Mitglieder. Aber es käme nicht nur auf eine gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs an, man müsse vielmehr auch zu einer „gemeinsamen Abschreckung" finden. Die „Vision von Europa" sei nach dem letzten Krieg aus gemeinsamer Bedrohung erwachsen. Diese Bedrohung existiere noch heute. Es gehe jedoch nicht allein die militärische Gefahr, sondern auch psychologische Schwächen, mit denen man fertig werden müsse. „Der Pazifismus", warnte der französische Politiker, „öffnet den Weg in die Knechtschaft."

„Politischer Druck" für den Hungerstreik

da. Karlsruhe

Etwa 1800 Sympathisanten der hungerstreikenden *Häftlinge* der Rote-Armee-Fraktion demonstrierten am Samstag am Sitz der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe für die „RAF". Vorbereitend war beschlossen worden, „eine *politische* Demo" zu machen – an diese Order, die bedeutete: kein Krawall, hielten sich die Demonstranten. Ihnen stand ein großes Polizeiaufkommen gegenüber: 800 Beamte begleiteten den Zug, mehr als 3000 standen in Bereitschaft oder durchsuchten Fahrzeuge, wobei es sieben vorläufige Festnahmen gab. Wegen der erkennungsdienstlichen Maßnahmen (Fotos und Video) verzichteten etwa 500 Demonstranten auf eine Teilnahme, viele im Zug hatten ihre Gesichter in Tücher oder Stoffmasken verhüllt.

Auf den Transparenten und in den Reden ging es darum, eine „Einheit des *Kampfes*" zwischen „denen drinnen und denen draußen" zu berufen. Dabei wurden alle Aktionen gutgeheißen, die „politischen Druck" schaffen. Namentlich der Hungerstreik, Kundgebungen, Besetzungen und Flugblattaktionen fanden Erwähnung. Im Aufruf ist dieser Aufzählung ein „usw" hinzugefügt, und jedem Demonstranten war wohl klar, welche Straftatbestände damit gemeint sind. *Deutlich wurde dies dadurch*, daß ein Bild von „Jonas, einer von uns" den Zug anführte – damit war Thimme gemeint, der von seiner Bombe getötet worden war. Nach der Kundgebung pilgerten etwa 100 Sympathisanten an sein Grab in Ettlingen.

Als Organisatoren traten unter anderem Angehörige von Inhaftierten auf. Es ist jedoch zweifelhaft, daß sie *die Fäden in der Hand hielten. Mitten* im Zug ging Rudolf Bahro, bis Dezember im Vorstand der Grünen. Viele radikale Türken waren dabei. Parolen und Transparente machten deutlich, daß die Ausrichtung des Terrors als Anti-NATO-Kampf und die Internationalisierung dieses Kampfes in den Vordergrund gerückt ist.

Grüne bezeichnen Hungerstreik als „Notwehr"

DW. Freiburg

Bei den Grünen herrscht offensichtlich *Uneinigkeit* über die Beurteilung des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge. Der Bundeshauptausschuß der Grünen hat am Samstag den Aufruf der Bundestagsfraktion der Grünen an die RAF-Häftlinge verworfen, ihren Hungerstreik zu beenden. Stattdessen schloß sich der sogenannte kleine Parteitag, das oberste Beschlußgremium der Partei zwischen den Parteitagen, in Freiburg einer Erklärung des Bundesvorstandes an, worin der Hungerstreik als „Notwehr-Maßnahme" und nicht als „Angriff auf den Staat" bezeichnet worden war. Der nordrhein-westfälische Landesvorstand der Grünen forderte am gleichen Tag die Auflösung der Hochsicherheitstrakte in den Justizvollzugsanstalten.

Uneinheitlich votierten die Grünen am Wochenende auch in der Frage der *Rotation*. Während die nordrhein-westfälischen Parteimitglieder nach einer Entscheidung der Landesdelegierten-Konferenz der Grünen ihr Mandat über die volle Legislaturperiode ausüben dürfen, bezeichnete die Mitgliederversammlung der Bremer Grünen die Rotation als „kein Hindernis zur Fortsetzung bisher erfolgreicher Politik". Deshalb sollen die fünf grünen Abgeordneten *in der Bremer Bürgerschaft* „unabhängig von ihrem Recht auf ein freies Mandat" im Herbst ihr Mandat für die Nachrücker freimachen.

Unterdessen hat sich am Wochenende die Diskussion innerhalb der SPD über den Kurs gegenüber den Grünen verstärkt. Der SPD-Vorsitzende Brandt hat den rechten Flügel seiner Partei davor gewarnt, die Um*welthematik den Grünen zu überlas*sen und sich mehr nach rechts orientieren zu wollen. Ökologie und Ökonomie seien miteinander vereinbar. Für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, der sich kritisch zur Politik der Ökopartei äußerte, sind die Grünen gleichwohl „in mittelfristiger Sicht ein parlamentarischer Partner".

Berlin: Verhalten der AL gegenüber SPD weiter offen

F. D. Berlin

Auf der Suche nach ihrem Selbstverständnis tritt die Berliner Alternative Liste (AL) weiter auf der Stelle. Auch im zweiten Anlauf scheiterte am Wochenende der Versuch von 500 der mehr als 3000 Parteimitglieder, eine eindeutige Entscheidung über ihr Verhältnis zur SPD nach den Wahlen am 10. März zu treffen. Weil sich Befürworter und Gegner einer Zusammenarbeit mit den Berliner Sozialdemokraten immer noch die Waage hielten, einigte sich die Partei salomonisch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: Nach dem Wahltag will man weitersehen.

Hinfällig ist damit der Beschluß, in jedem Fall eine Koalition oder eine Tolerierung eines denkbaren SPD-Minderheitssenates abzulehnen. Die Bandbreite der innerparteilichen Strömungen ist groß: Sie beginnt beim Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider, der ein konkretes Koalitionsangebot an die *SPD* und „mindestens vier Senatorensitze im Senat" fordert, sie endet bei den sogenannten „Fundamentalisten, die in Parlamentsarbeit nur etwas sehen, „was dazu dient, die Macht der Herrschenden abzusichern".

Trotz gespaltener Lager könnte die AL, der Demoskopen mit rund 14 Prozent den größten Stimmengewinn voraussagen, auch von der spektakulären Auflösung des Berliner Landesverbandes der „Grünen" profitieren, zumindest mit zusätzlichen Imagegewinn. Der Bundeshauptausschuß der „Grünen" faßte diesen Beschluß am Wochenende in Freiburg auf Grund der neonazistischen Unterwanderung des ohnehin nur 100 Mitglieder starken Landesverbandes. AL und „Grüne" waren bislang unabhängige Organisationen, doch die Diskussionen um die radikale Unterwanderung der Berliner „Grünen" „haben sich natürlich in der öffentlichen Meinung auf uns ausgewirkt", so AL-Sprecher Müller-Schoenau. Die Bundespartei der „Grünen" will jetzt der AL anbieten, nach den Parlamentswahlen offiziell neuer Berliner Landesverband zu werden.

Regie führt die Partei

Beobachtungen im geschlossenen Gerichtssaal von Thorn

RICHARD ESTARIOL, Thorn

Nicht die Polizei, sondern die politische Armee hat die Sicherheitskontrollen im Gebäude des Wojewodschaftsgerichtes von Thorn übernommen, in dem der Prozeß gegen die Mörder des Priesters Jerzy Popieluszko spektakulär aufgeführt wird. Einheiten der polnischen Rangertruppen stehen in Felduniform vor dem Eingang zum Saal 40. Es schaut so aus, als ob General Jaruzelski gezeigen möchte, daß die „Kommunisten in Uniform", wie er seine Armee gerne bezeichnet, im Lande noch immer das Heft in der Hand haben.

Die Bevölkerung von Thorn hat sich noch nicht daran gewöhnt, daß in ihrer Stadt einer der sensationellsten Prozesse der polnischen Nachkriegszeit abläuft. Verstohlenen Blicks schauen die Passanten über die Schultern der Polizisten, die die umliegenden Straßen zum Gerichtsgebäude blockieren. Nur mit einem Passierschein, der die Unterschrift des Gerichtspräsidenten trägt, kann man die Kontrollposten passieren.

Der Sitzungssaal faßt etwa hundert Personen. Zwei Drittel des Publikums werden in den Kontroll-Listen als „Staatsangestellte" geführt: Ein Rundblick im Saal läßt vermuten, daß es sich größtenteils um Angestellte des gleichen Ministeriums handelt, und zwar um das, in dem die vier angeklagten Polizisten als Sicherheitsoffiziere bis zur Aufdeckung des Mordes und ihrer Degradierung gedient hatten.

Obwohl das polnische Fernsehen nur einen aktuellen Dienst hat, sind im Saal fünf Kamerateams in Aktion. Die Schweinwerfer und die geschickt verteilten Mikrofone im ganzen Saal garantieren ausgezeichnete visuelle und akustische Bedingungen. Rechts vom siebenköpfigen Richterkollegium sitzen die vier Angeklagten. Es ist das erste Mal, daß in einem kommunistischen Land in einem solchen Prozeß gewisse Methoden des Kampfes gegen die sogenannte Reaktion und Konterrevolution so offenkundig aufgedeckt werden: In diesem Saal ist die Rede von ungesetzlichen Methoden des Sicherheitsdienstes, „um ein größeres Übel zu vermeiden". Zum Beispiel von ausgetauschten Kennzeichen an Dienstwagen des Ministeriums, vom Unterschlagen erster Untersuchungsergebnisse, von geplanten „Einschüchterungen der Staatsbürger", von behördlich gefälschten Dokumenten.

Die zwei degradierten Offiziere verstecken fast ständig ihre Gesichter hinter dem Rücken der vor ihnen sitzenden Polizisten. Keiner schaut zum Publikum. Nur Piotrowski, ein hochgewachsener, athletischer Typ mit leicht blutunterlaufenen Augen, zeigt eine selbstsichere Haltung, obwohl ihm die Todesstrafe droht: Ab und zu lächelt er süffisant oder zeigt dann und wann ein gelangweiltes Gesicht.

So wie die Lage steht, ist ein Ende des Prozesses vor Monatsende nicht zu erwarten. Mehr als 60 schriftliche Zeugenaussagen sind noch zu verlesen. Und mit Einfällen der behördlichen Regie ist immer zu rechnen.

Weltkongreß: Mißtöne in Wien

RS. Wien

Voller Hoffnungen, aber auch mit deutlichen Mißtönen begann am Wochenende die Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Wien. Die Tatsache, daß Österreich sich bemüht hat, seine Vergangenheit aufzuarbeiten, wurde vom Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, in der Eröffnungssitzung gewürdigt. Gleichzeitig jedoch drückte er den „Zorn, Ärger und die Betroffenheit der jüdischen Welt" über die Art des Empfanges des ehemaligen SS-Sturmbannführers Reder aus. Reder repräsentiere alles, was der Jüdische Weltkongreß als internationale Menschenrechtsorganisation ablehne und verabscheue. Noch deutlicher wurde der Vorsitzende des zionistischen Weltkongresses, Arie Dulzin, der politische Konsequenzen aus dem Fall verlangte. Der österreichische Bundeskanzler Sinowatz hatte in seiner Begrüßungsrede den Empfang Reders als politischen Fehler bezeichnet. Dies wurde vom jüdischen Humanisten und Schriftsteller Elie Wiesel zurückgewiesen: es sei in erster Linie ein „ethischer, ja ein seelischer Fehler gewesen". Sinowatz betonte, Österreich wisse es zu würdigen, daß der Jüdische Weltkongreß in Wien tage. Der Kanzler betonte aber auch das „Recht der Palästinenser auf eigene Entscheidungen". Dies wurde von vielen Delegierten als Affront betrachtet. Es wurde zurückgewiesen, daß Sinowatz auf diese Weise intervenierte. Von dem Kongreß werden Resolutionen zur Lage der Juden in allen Teilen der Welt erwartet.

„Ein Anlaß zum Feiern und auch zum Trauern“

Diskussionsveranstaltung des „Forum Gießen“ zum 8. Mai

AXEL SCHÜTZSACK, Hamburg

„Zwischen Krieg und Frieden – 40 Jahre nach der Stunde Null“, so lautete das Motto einer Diskussionsveranstaltung des „Forum Gießen“ in der Aula der Justus-Liebig-Universität. Die Formulierung des Themas zielte auf die zentrale Frage, wie 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges des Tages gedacht werden soll, an dem mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 manifest wurde, daß sich das Bild Europas fundamental geändert hatte.

Ist dieses historische Datum allein zum feiern geeignet, oder ist es ein Tag, an dem neben den Feiern auch Trauer angebracht ist? Auf diese Fragestellung spitzte sich zu Beginn der Diskussionsveranstaltung ein Streitgespräch zwischen Russen Wladimir Daschitschew, ehemaliger sowjetischer Oberst und derzeitiger Leiter der Abteilung für internationale Politik an der Moskauer Diplomatenschule und dem Amerikaner John Kornblum, Leiter der Zentraleuropa-Abteilung im Washingtoner State Department zu.

Daschitschew meldete gleich zu Beginn Bedenken gegen die Formulierung des Tagungsthemas an. Er bedauere das Motto des Forumsdiskussion. Schließlich sei der 8. Mai 1945 der Beginn einer 40jährigen Friedensperiode gewesen. In der Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges getragen habe, sei der 8. Mai ein großer Feiertag. Die Abkommen von Jalta und Potsdam seien das Fundament einer stabilen Friedensordnung. Daschitschew wies den Gedanken weit von sich, daß diese beiden Abkommen die Grundlage für die Zerstückelung Deutschlands und die Spaltung Europas gelegt hätten. Eine solche Interpretation sei weder durch die Vertragstexte noch durch die sowjetische Haltung gedeckt. Schuld an der Teilung seien allein die Bundesrepublik und die Westmächte.

Der Amerikaner Kornblum setzte deutlich andere Akzente. Eine weltweite stabile Friedensordnung, so wie sie den Amerikanern als Kriegsziel vorgeschwebt habe, sei 1945 nicht entstanden. Zwar herrsche in Europa Frieden, doch insbesondere für die Europäer, für diejenigen, „die an den Grenzen leben“, sei dies ein unruhiger Friede, der möglicherweise noch unruhiger werde.

Europa sei durch Beton und Stacheldraht getrennt. Und daher könne man auch keineswegs von einer stabilen Friedensordnung sprechen. „Wir können nicht sagen, daß die Geschichte bereits ein letztes Wort gesprochen hat“, erklärte Kornblum. Im Rückblick auf das Ende des Krieges mit der Beseitigung der Hitler-Diktatur und angesichts der problematischen Friedensordnung, die in Europa entstanden ist, meinte Kornblum, der 8. Mai sei ein Tag, der sowohl zum feiern als auch zum trauern Anlaß gebe.

In ähnlicher Weise äußerte sich der französische Politologe und Publizist Afred Grosser. Man solle den 8. Mai als das Ende der Hitler-Diktatur feiern. Für die Deutschen sei dieses Datum aber zugleich ein Tag der Niederlage und der Trauer. Grosser würdigte „die enorme Leistung“ der Bundesrepublik für den Frieden in Europa. Die deutsche Frage sei nach wie vor offen, aber auf absehbare Zeit nicht lösbar.

Es war symptomatisch, daß sich die unterschiedlichen Auffassungen zwischen dem Russen Datschischew und seinen westlichen Gesprächspartnern Kornblum, Grosser und Morgan über den 8. Mai und die europäische Nachkriegsordnung an der Kontroverse über die deutsche Frage festzurrten.

Datschischew erklärte, nachdem das Deutsche Reiche im Feuer des Zweiten Weltkrieges untergegangen sei, seien zwei souveräne deutsche Staaten entstanden. Eine offene deutsche Frage gebe es nicht. Als Rezept zur Stabilisierung der europäischen Nachkriegsordnung bot er die „friedliche Koexistenz“ an.

Kornblum widersprach heftig. Die deutsche Frage sei keineswegs gelöst. Dies sei auch durchaus den Sowjets klar. Schließlich halte Moskau weiterhin an seiner Verantwortung für Deutschland als Ganzes konsequent fest. Das Viermächte-Abkommen über Berlin, das auch die sowjetische Unterschrift trage, sei der dokumentarische Beweis für die ungelöste deutsche Frage.

Engelhard: „Auschwitz-Lüge“ unter Strafe stellen

Neonazismus soll „an der Wurzel bekämpft“ werden

hey, Bonn

Jedes Aufflackern von Neonazismus muß nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) auch durch gesetzgeberische Maßnahmen „an der Wurzel bekämpft“ werden. Gegenüber der israelischen Zeitschrift „Maariv“ erklärte Engelhard zum gestrigen 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, „tatsächlich“ gebe es „unter uns Leute, die es wagen, die historische Wahrheit in Frage zu stellen“. Deshalb komme jetzt einer möglichst raschen Verabschiedung des 21. Strafrechtsänderungsgesetzes, mit dem die sogenannte Auschwitz-Lüge unter Strafe gestellt werden soll, eine besondere Bedeutung zu. Denn wer heute wieder auf die Nazi-Ideologie zurückkommen wolle, mache dies auf Umwegen. Er beginne mit der Behauptung, daß nicht alles, was über diese Zeit gesagt wird, zutreffend sei.

Nach WELT-Informationen hat sich der Rechtsausschuß des Bundestags in der letzten Woche über den Entwurf der Novelle geeinigt. Offen ist allerdings noch, wie und ob „das Billigen und Leugnen von an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen“ als Straftatbestand in das neue Gesetz aufgenommen wird. Hier wird zur Zeit im Bundesjustizministerium nach einer Lösungsmöglichkeit gesucht. Eine Einigung über diese Frage wollen die Rechtsexperten der Koalition auf einer Tagung in Berlin Mitte dieser Woche herbeiführen.

„Auschwitz – Mahnung und Herausforderung“

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fand gestern im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin eine Gedenkfeier statt. Neben dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen nahmen u. a. daran auch die Landesvorsitzenden der SPD, Peter Ulrich, und der FDP, Walter Rasch teil. Die WELT veröffentlicht Auszüge aus der Gedenkrede des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski:

Als sich am 27. Januar 1945 die Tore des Konzentrationslagers Auschwitz öffneten, bot sich den sowjetischen Soldaten, die Auschwitz befreiten, ein Anblick des Entsetzens: Etwas mehr als 6000 kranke, fast verhungerte und von den Folgen einer unmenschlichen Folter gezeichnete Menschen hatten überlebt, dem Tode nah – doch gerettet!

Millionen andere waren zuvor in der „Tötungsfabrik Auschwitz“ umgekommen. Durch Gas, Folter, Hunger, Kälte oder Kugeln. „Arbeit macht frei“ hatten die Nazis mit menschenverachtender Ironie über das Lagertor geschrieben. Fast alle, die es durchschreiten mußten, fanden ihre Freiheit und Würde erst im Tod.

Weitere Millionen starben in den verschiedenen Konzentrationslagern, in den verschiedenen Ghettos und an vielen anderen Stätten. Sie alle gingen in den Tod in dem Bewußtsein, als Juden zu sterben und nur, weil sie Juden sind, dieses Schicksal erleiden zu müssen. Der Generation nach ihnen wird das Beispiel ihres Opfers ewig vor Augen bleiben.

Wenn wir heute, 40 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, hier zusammenkommen, so gelten unsere Gedanken und Gefühle in dieser Stunde in erster Linie den sechs Millionen Menschen, die – auch für uns – gelitten haben wie selten Menschen zuvor, die Qualen einer bis dahin unbekannten Dimension erdulden mußten und auf eine Art und Weise ums Leben kamen, für die es in der Weltgeschichte keine Analogien gibt.

In nur 12 Jahren, von 1933 bis 1945, brachte ein auf nationaler Selbstüberschätzung und rassistischer Selbstherrlichkeit basierendes Terror-Regime unermeßliches Unheil über Europa und die Welt, dessen Hauptlast das jüdische Volk zu tragen hatte. Der unmenschliche, barbarische Charakter dieses Systems drückt sich vor allem in einem Namen aus, der zum Synonym für diesen totalitären Terror wurde: Auschwitz!

Der Name dieser Stadt in der Nähe von Krakau ist Ausdruck für Theorie und Praxis eines Regimes, das die Ausrottung des jüdischen Volkes und politisch Andersdenkender auf seine Fahnen geschrieben hatte.

Hinter den elektrisch geladenen Zäunen von Auschwitz, auf den Appellplätzen, in den Baracken, Gas- und Folterkammern offenbarte sich der wahre Geist des Nationalsozialismus, der sich durch nichts in der Welt relativieren läßt.

Uns, die Überlebenden, trifft es schmerzlich, wenn immer noch öffentlich darüber diskutiert werden kann, ob es nun sechs oder fünf, vier oder drei Millionen Juden waren, die im Gas umgekommen sind. Es gleicht einem Schlag ins Gesicht, wenn Ewig-Vorgestrige immer noch behaupten können und dürfen, Auschwitz hätte es nie gegeben, Auschwitz sei eine Lüge der Alliierten. Sie können jederzeit dorthin fahren und sich überzeugen; die stummen Zeugen der Lagerbauten schreien jedem – der hören kann – noch heute das Grauen ins Gesicht.

Für uns ist es unerträglich, mitanhören zu müssen, wie immer noch die Vergangenheit zu einem Problem der Quantität herabgemindert und die Schuld womöglich bei anderen gesucht wird.

Es war und ist uns fremd, die kollektive Schuld dem ganzen deutschen Volk als nie vergehenden Makel anzulasten. Trotzdem kann niemand so tun, als hätte die Zeit alle Wunden geheilt, kann sich niemand der historischen Verantwortung entziehen. Der Name Auschwitz erinnert immer wieder aufs neue an die schrecklichen Ereignisse, als das Hakenkreuz seinen furchtbaren Schatten auf Europa warf. Mit dem Namen Auschwitz ist noch heute eine Mahnung und Herausforderung verbunden, die uns alle angeht ...

Auschwitz ist zu einem Symbol geworden, dessen Aussagekraft auch 40 Jahre nach der Befreiung nicht nachgelassen hat. Von diesem Namen geht eine unvergeßliche und grausige Warnung an die Menschheit aus: Laßt nichts ungetan, um ein zweites Auschwitz – wo auch immer auf der Welt – zu verhindern!

Die Tragödie von Auschwitz und aller anderen Orte nationalsozialistischer Schreckensherrschaft beschreibt nicht nur ein Kapitel jüdischer Geschichte. Kein Volk lebt für sich allein. Die historischen Ereignisse, soziale und politische Machtkämpfe einer Nation haben Einfluß auf die Entwicklung anderer Völker. Der Nationalsozialismus macht bei der Vernichtung seiner Feinde keine nationalen Unterschiede, und er hätte nach dem jüdischen Volk auch andere Völker zu unterdrücken oder auszurotten versucht.

Möge der Glaube an die menschliche Solidarität eine Lehre sein, die wir aus dem Gedanken an Auschwitz ziehen.

Doch mit der Niederringung des Nationalsozialismus in Deutschland sind Totalität, Unterdrückung und Intoleranz nicht aus der Welt gewichen. Wollen wir hoffen, daß jenes nationalsozialistische Inferno einmalig in der Menschheitsgeschichte bleibt. Aber hüten wir uns davor zu glauben, es sei ein Überfall der Geschichte gewesen, ein politischer Mißgriff, der sich nicht wiederholen kann ...

Doch es ist leider eine bedauerliche Tatsache, daß jene Mächte, die einst gemeinsam den nationalsozialistischen Unrechtsstaat besiegten und im Kampf für den Frieden in Europa große Opfer brachten, sich heute als Gegner gegenüberstehen und damit neue Gefahren für den Weltfrieden entstanden sind.

Deshalb hoffen wir ganz besonders, daß die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen der Supermächte zu einem Ergebnis führen.

Lassen Sie mich daher, meine Damen und Herren, diese Stunde des Gedenkens zu einem Appell nutzen, hier von Berlin aus, jener Metropole, von der die Vernichtung des Judentums und die Unterwerfung Europas geplant und organisiert wurde, von einer Stadt aus, die heute durch ihre Teilung die Uneinigkeit der Völker der Welt dokumentiert: Ich appelliere an die politisch Verantwortlichen in Ost und West, nie jene Werte von Humanität und Freiheit zu vergessen, die damals den Alliierten die moralische Kraft im Kampf gegen ein unmenschliches Regime gaben ...

In Auschwitz starben Menschen unterschiedlicher Nationalität, auch Nichtjuden. Sprache und Kultur trennten sie im Leben, doch ihre Leiden unter dem Nationalsozialismus haben sie über alle Differenzen hinweg geeint ...

Heute sind an dieser Stelle Alliierte und Deutsche, Juden und Nichtjuden versammelt, um Auschwitz und der Opfer zu gedenken. Vieles mag uns trennen, aber was uns verbindet, ist wesentlicher und wichtiger: Der Glaube an eine freiheitliche, humane Zukunft, an ein Zusammenleben in Selbstbestimmung. Der Glaube an Humanität als ein internationales Ideal, unabhängig von Grenzen, Systemen, Sprachen, Rasse oder Religionen.

Auch jene, die in Auschwitz umkamen, waren in diesem Glauben geeint, der ihnen Mut gab, ihre Qualen und den Tod zu ertragen. Hinzu kam für viele der Glaube an die Befreiung und Erlösung des jüdischen Volkes, symbolisiert in der Hoffnung auf ein freies Israel. Es scheint mehr als eine Chronologie der Ereignisse zu sein, wenn am Ende der schrecklichsten Epoche unserer Gemeinschaft der Anfang eines neuen jüdischen Staates stand.



Heinz Galinski war selbst Insasse im Konzentrationslager Auschwitz
FOTO: KLAUS MEHNER

Vielleicht mußte der Welt die Tragik jüdischer Heimatlosigkeit am grauenhaften Beispiel von Auschwitz vor Augen geführt werden, um in der Weltöffentlichkeit Sympathie und Zustimmung für die Gründung Israels zu finden.

In diesem Sinne waren auch die Opfer von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern Wegbereiter des Staates Israel. Sie kämpften so für die Schaffung einer schützenden Heimat, die, hätte es sie nur zehn Jahre früher gegeben, vielen das Leben gerettet hätte.

Um so beschämender ist die Tatsache, daß nach den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit die Existenz des jüdischen Staates immer noch gefährdet ist, daß die Grenzen Israels bis zum heutigen Tag gegen Angriffe verteidigt werden müssen und daß den jüdischen Menschen dort auch 40 Jahre nach dem Holocaust das Recht auf einen dauerhaften Frieden versagt bleibt.

Als ehemaliger Auschwitzer nehme ich mir das Recht, auch an jene große Macht zu appellieren, deren Soldaten am 27. Januar 1945 die Überlebenden von Auschwitz befreiten, Israel mehr Gerechtigkeit zukommen zu lassen und den Menschen in der Sowjetunion, die in Israel eine neue Heimat finden wollen, mehr Freizügigkeit zu gewähren.

Unser Standpunkt ist klar definiert. Wir wenden uns gegen jede Art von Terror und Radikalismus, weil wir wissen, welches Leid damit verbunden ist. In diesem Zusammenhang sei mir eine Bemerkung an die Adresse junger Bundestagsabgeordneter der Grünen erlaubt, die in einer Delegation Israel bereisten und sich einseitig und feindselig gegenüber dem jüdischen Staat verhielten. Niemand bestreitet ihnen das Recht, Kritik zu üben; Herabwürdigung der Motive des Existenzkampfes des jüdischen Staates aus politischer Einseitigkeit muß jedoch zurückgewiesen werden. Man kann nicht einerseits die Opfer des Nationalsozialismus beklagen und andererseits eine Haltung gegenüber dem Staat Israel, in dem auch viele Nachkommen ehemaliger KZ-Häftlinge leben, an den Tag legen, die jede Objektivität vermissen läßt.

Auch diesen Abgeordneten sei gesagt, daß sie sich nicht aus der Verantwortung einer schrecklichen Vergangenheit herausstehlen können ...

Ich weiß, niemand kann ein Gewissen nur durch gute Worte herstellen. Aber wir können Einsichten vermitteln, Einsicht in die Pflicht und Verantwortung, die wir übernommen haben. Nichts wäre fürchterlicher, als wenn unsere heutige und kommende Generationen sich davon völlig freisprechen wollten, wenn sie nichts als Warnung oder Lehre aus der Geschichte in die Gestaltung der Gegenwart einbeziehen würden ...

Darum geht mein Appell in dieser Gedenkstunde an Eltern, Lehrer, Erzieher, Richter und Gesetzgeber, aber auch an jeden einzelnen von uns, ein Stück dazu beizutragen, daß es nie wieder ein Auschwitz geben kann und jeder Ansatz einer inhumanen Ideologie im Keim erstickt. Dazu bedarf es bewußter, entschlossener Demokraten, die Demokratie nicht als Bekenntnis zur Wehrlosigkeit gegenüber radikalen Tendenzen betrachten und aus einer falsch verstandenen Toleranz Demagogen in unserer Mitte dulden, sondern die unter Demokratie auch Stärke und Stabilität verstehen ...

Mein Appell richtet sich an die Eltern, ihre Kinder zur Achtung eines jeden Menschen, ganz gleich, welcher Hautfarbe, Nation oder Religion er sein mag, zu erziehen. An die Lehrer, ihre Schüler Toleranz zu lehren und sie aufzuklären, über die Ereignisse während der Nazidiktatur zu unterrichten. Ich appelliere an die Richter, auch vier Jahrzehnte nach Holocaust Gerechtigkeit gegenüber den Opfern von Auschwitz und anderer Konzentrationslager zu üben, und ich fordere die Parteien des Deutschen Bundestages auf, endlich jenes Strafgesetz zu verabschieden, das das Verbreiten der Auschwitz-Lüge zu einem Offizialdelikt erklärt, damit nicht länger die Opfer selbst Klage führen müssen.

Das ist wohl das wenigste, was wir dieser Demokratie, in diesem Lande, mit dieser Vergangenheit, abverlangen können.

Immer wieder sehen wir uns mit unverarbeiteten Resten jenes Ungeistes konfrontiert, der der mörderischen Praxis von Auschwitz zugrunde lag. Erschrocken stellen wir immer wieder fest, daß es immer noch Menschen gibt, die nichts aus der Geschichte lernen wollen, die die Augen verschließen vor der grauenhaften Tatsache der Ausrottung jüdischen Lebens, die an den Irrlehren, dem Dünkel und der Arroganz eines schrankenlosen Nationalismus festhalten. Das verabscheuungswürdige an ihnen ist nicht so sehr, daß sie einst Nazis waren, sondern vielmehr, daß sie es geblieben sind und offensichtlich bleiben wollen. Ihnen bleibt es obendrein freigestellt, ihre Gesinnung in aller Öffentlichkeit kundzutun.

Hier setzen meine Kritik und Betroffenheit als ehemaliger Auschwitzer ein. Darf eine Demokratie so nachlässig, gedankenlos und über alle Maßen tolerant gegenüber jenen Kräften sein, die ihr den Niedergang wünschen? Ich meine nein!

Die Geschichte Weimars hat uns diesbezüglich eine deutliche Lektion erteilt. Auch der demokratische Staat muß sich, um lebensfähig zu bleiben, gegen alle schützen, die ihn bedrohen. Für den Schutz dieser Gesellschaftsordnung, die letztlich für uns als Minderheit die Basis für ein gesichertes Miteinander bedeutet, tragen alle seine Bürger Verantwortung. Wir haben als Juden in Deutschland diese Aufgabe in der Vergangenheit sehr ernst genommen und zu gegebenen Anlässen oft Kritik geübt, haben auf Mißstände hingewiesen und Tendenzen aufgezeigt, denen es entgegenzuwirken galt. Oft gab uns die spätere Entwicklung recht.

Wir haben angesichts der Toten von Auschwitz ein Mandat übernommen. Aber diese Tragödie unserer Toten ist nicht nur ein Kapitel der jüdischen Geschichte. Kein Volk lebt für sich allein, und die Ereignisse der Geschichte eines jeden Volkes haben allgemeine Bedeutung für die Menschheit. Der Sinn dieses tragischen Kapitels, dessen wir heute gedenken, ist der einer unvergänglichen Warnung.

Das sage ich auch im Hinblick auf die Bedeutung des 8. Mai 1945. Dieses Kapitel hat die Welt gelehrt, was die Übersteigerung des Nationalismus und eine wahnwitzig gewordene Rassentheorie für Unheil in die Welt bringen können. Was Hitler den Juden angetan hat, tat er auch in minderem Maße anderen Völkern an. Und wären seinem Regime Dauer und Bestand gegeben worden, so wären wahrscheinlich manche andere Völker den Weg dieser jüdischen Opfer gegangen.

Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Existenz des jüdischen Volkes hier und andernorts zu schützen. Diese Aufgabe können wir aber nur im Zusammenhang mit anderen demokratischen Kräften in dieser Stadt, diesem Land und anderen Staaten der freien Welt erfüllen. An sie appelliere ich in dieser Stunde: Richtet den Blick nach Auschwitz ...

Wenn wir in dieser Stunde der Opfer gedenken, so geloben wir, ihre Mahnung in die Welt zu tragen. Wir geloben, nicht nachzulassen im Kampf für menschliche Gerechtigkeit und Frieden. Wir geloben, den Namen Auschwitz und alles, was damit verbunden ist, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, damit Menschen nie wieder ein Auschwitz erdulden müssen.

Vierzigster Jahrestag der Kapitulation – Feiern, Gedenken – in welcher Weise?

Der 8. Mai und das Ausland

VEREINIGTE STAATEN

Propaganda-Absichten der Sowjets durchschaut

FRITZ WIRTH, Washington

„Der 8. Mai wird in den Vereinigten Staaten ein Tag der Erinnerung, nicht aber ein Tag der Feiern sein." Mit diesem Satz charakterisierte ein leitender Beamter der Reagan-Administration die gelassene und – verglichen mit anderen Siegermächten – distanzierte Einstellung der USA zu diesem Ereignis.

Es gibt für kein Land in der Welt eine Notwendigkeit, den 8. Mai zu feiern, bestenfalls ein Bedürfnis. Wo ein derartiges Bedürfnis vorhanden ist, kann es sein Motiv in der politischen und propagandistischen Vermarktung dieses Ereignisses haben, wie in der Sowjetunion, oder es sagt etwas über das angeschlagene Selbstbewußtsein oder den Mangel an Erfolgserlebnissen einer Nation aus, wie beispielsweise in Großbritannien.

Keines solcher Motive trifft für die Vereinigten Staaten zu und deshalb ist der 8. Mai in diesem Lande bisher kein Thema gewesen. Die amerikanische Presse hat ihn bisher kaum zur Kenntnis genommen und die Öffentlichkeit diskutiert sich weder in eine nachträgliche Siegesstimmung hinein noch befaßt sie sich intensiv mit der besonderen Problematik, die dieses Datum für die Bundesrepublik hat.

In der Administration selbst jedoch ist man sich dieser Problematik spätestens seit dem letzten Kanzlerbesuch am 1. Dezember bewußt, bei dem Helmut Kohl dieses Thema bei fast allen Gesprächspartnern anschnitt. Seither ist die Haltung Washingtons ziemlich klar. Die Reagan-Administration wird nichts unternehmen, was die Bundesrepublik kompromittieren oder das Verhältnis zu Bonn belasten könnte.

Vorsicht, Zurückhaltung

Obwohl Washington im Vorfeld der Abrüstungsverhandlungen an einer *Entspannung und Aufhellung des diplomatischen Klimas* zum Kreml interessiert ist, ist dennoch kaum anzunehmen, daß Washington an den Befreiungsfeiern, zu denen Moskau die Siegermächte einladen will, teilnehmen wird.

In Washington sieht man jedoch sehr wohl die Propagandaabsichten hinter den sowjetischen Initiativen zum 8. Mai und zeigt dementsprechende Vorsicht und Zurückhaltung. Ein Druck aus der eigenen Öffentlichkeit, hier aktiver zu werden, wie er in Großbritannien spürbar geworden ist, existiert für die Reagan-Administration nicht.

Auch intern sind keine Siegesfeiern geplant, allein schon aus dem Grunde, weil sich der Präsident am 8. Mai mit hoher Sicherheit außer Landes befinden wird, nachdem am Wochenende bekanntgegeben worden ist, daß Präsident Reagan seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 2. bis 4. Mai aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels noch weiter ausdehnen wird.

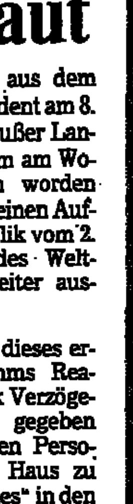
Daß es bei der Planung dieses erweiterten Besuchsprogramms Reagans in der Bundesrepublik Verzögerungen und Unklarheiten gegeben hat, hat etwas mit internen Personalproblemen im Weißen Haus zu tun, wie die „New York Times" in den *letzten Tagen berichtete. Ein Beamter* der Reagan-Administration bezeichnete diese Darstellung als weitgehend zutreffend.

„8. Mai-Paradox"

Danach sind diese Schwierigkeiten entstanden, weil *Michael Deaver*, der Planungschef solcher Reisen, der auch die Auftritte Ronald Reagans bei den Feierlichkeiten zum „D-Day" im letzten Jahr in der Normandie im wesentlichen arrangierte, erkrankt ist. Außerdem ist der unmittelbare Vorgesetzte Deavers, der Stabschef des Weißen Hauses James Baker, seit einigen Wochen in erster Linie mit seinem bevorstehenden Umzug in die Treasury befaßt.

Mit Nachdruck jedoch wird von der Reagan-Administration versichert, daß Washington bisher keinerlei Vorschläge für das Besuchsprogramm des Präsidenten an die Bundesregierung gemacht hat und daß dementsprechend auch nicht von amerikanischer Seite der Wunsch nach einem Besuch des Konzentrationslagers in Dachau geäußert worden ist.

Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß Reagan seinen Europa-Aufenthalt nutzt, um ein Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko zu arrangieren. Der Präsident hat wiederholt versichert, daß ein derartiges Treffen nur sinnvoll sei, wenn ein hinreichendes Maß an Erfolg und ein Minimum an falschen Erwartungen gewährleistet ist. Das „Wall Street Journal" vermutet hinter dieser Zurückhaltung gegenüber einem Gipfeltreffen die Hand des deutschen Bundeskanzlers, der damit ein „8. Mai-Paradox" geschaffen habe. Nachdem sich Kohl so intensiv bemüht habe, die beiden Supermächte zu Abrüstungsverhandlungen zusammenzubringen, sei er nun bestrebt, sie am *8. Mai auseinanderzuhalten.*



Was mit dem Einmarsch in Polen begann, endete mit dem Fall Berlins. Stalingrad markierte die Wende des Kriegsgeschehens. Vom „Tausendjährigen Reich" blieb nach 12 Jahren nur eine geschlagene und aufgeteilte Nation.

GROSSBRITANNIEN

Ein Gottesdienst mit Königin Elizabeth

REINER GATERMANN, London

Die Briten werden es weitgehend der Kirche überlassen, den 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa würdig zu begehen. Für den 8. Mai ist in der Westminster Abbey ein voraussichtlich ökumenischer Gottesdienst in Anwesenheit der Königin und mit *einer Predigt des Erzbischofs von* Canterbury, gleichzeitig geistiges Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Robert Runcie, geplant. Damit wäre auch die Gewißheit gegeben, ganz im Sinn von Premierministerin Margaret Thatcher, daß nicht eines „militärischen Sieges", sondern „aller Opfer des Krieges und der 40 folgenden Jahren des Friedens in Freiheit" gedacht wird. Allerdings werden es sich örtliche Veteranenverbände ebenfalls nicht nehmen lassen, auf ihre Art unter anderem mit Straßenfesten diesen denkwürdigen Tag vor 40 Jahren zu feiern.

In der öffentlichen Debatte herrscht der Tenor vor, daß beim Gedenken der sowjetische Anteil an der Vernichtung des Faschismus nicht unter den Scheffel gestellt werden soll. Daß angesichts der heutigen europäischen Konstellation jedoch kein Anlaß bestehe, die damalige Kriegsallianz besonders hervorzuheben. Ohne Vorbehalt verurteilt man die derzeitige von Moskau gegen die Bundesrepublik Deutschland betriebene Revanchismus-Kampagne.

Die „Financial Times" schreibt dazu: „Die Russen sind sehr schlecht beraten, wenn sie die Propaganda-Temperatur zu weit herauftreiben, indem sie ohne weiteres das heutige Westdeutschland mit dem Nazi-Regime Adolf Hitlers gleichstellen ... Niemand kann die Tatsache einer 40jährigen friedlichen Demokratie verneinen".

„Russische Dimension"

Als der Krieg zu Ende war, wurde in der St.-Paul-Kathedrale zelebriert. Daß die Gedenkfeier nun in der Westminster Abbey stattfindet, wurde in einigen Zeitungen zunächst damit begründet, daß Frau Thatcher nach dem Sieg über Argentinien im Falkland-Krieg nicht mit der in St. Paul gehaltenen Predigt des Erzbischofs von Canterbury zufrieden gewesen sei, weil dieser den militärischen Erfolg der Briten nicht ausreichend glorifiziert habe.

Der Dekan von Westminster, Edward Carpenter, der gemeinsam mit dem Kirchenvorstand den geistlichen Text für den Gottesdienst bestimmt, erklärte, das Gedenken müsse sowohl eine deutsche als auch eine russische Dimension haben. „Es wird ein Gottesdienst des Dankes werden, für die Befreiung der Menschen von der Tyrannei. Aber es war unverkennbar sowohl eine Befreiung für die Deutschen als auch für die Juden und den Rest Europas, weil die Deutschen nicht in der Lage waren, aus eigener Kraft das unerträgliche Regime abzuwerfen. Die russische Dimension ist die, daß wir Alliierte waren, und der Krieg ohne die Russen eventuell anders verlaufen wäre. Sie brachten ein größeres Opfer als sonst jemand."

Christliche Perspektive

Der Dekan meint, der Erzbischof von Canterbury sei für diese Art von Gottesdienst „außerordentlich gut" geeignet. „Er ist ein empfindsamer Mann, der bestrebt ist, auch Bereiche anzusprechen, in denen es schwer ist, eine christliche Perspektive zu geben."

Die erste Entscheidung der Regierung, des 8. Mai nicht in einer offiziellen Veranstaltung zu gedenken, basierte offenbar auf der Ansicht des Verteidigungsministeriums, das in erster Linie für Gedenken und Feiern militärischer Ereignisse zuständig ist, daß *es in Großbritannien* unüblich ist, vierzigste Jahrestage hervorzuheben, lediglich fünfundzwanzigste und fünfzigste. Dieser Auffassung schloß sich auch das Außenministerium und schließlich das Kabinett an. Nicht berücksichtigt hatte man dabei zweierlei: Daß einmal bereits 1984 die Landung der West-Alliierten in der Normandie vor 40 Jahren in großem Rahmen gefeiert worden war – eine Londoner Zeitung behauptet sogar, dies sei nur deswegen so pompös geschehen, weil es so gut in US-Präsident Reagans Wahlkampf-Strategie paßte –, die Engländer sich aber fragten, warum D-Day so bejubelt werden *durfte und* V-Day *offenbar nicht.* Zum anderen wird die Generation der Kriegsteilnehmer immer älter und will gerne noch einmal des „letzten Ereignisses gedenken, auf das Großbritannien stolz sein kann" („Daily Telegraph").

Vorsichtige Einwände gegen die *Verlegung des Victory-Gedenkens* auf den 8. Mai, als der Krieg in Europa zu Ende ging, kommen von den fernöstlichen Kriegsteilnehmern, die noch bis Mitte August kämpfen mußten. Vor dem Unterhaus versicherte allerdings Frau Thatcher: „Ganz bestimmt werden wir in unsere Feiern oder Gedenken beide Ereignisse miteinbeziehen."

OSTEUROPA

Deutschlands ehemalige Verbündete leugnen die Befreiung durch Moskau

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der 40. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht wird in den kommunistischen Ländern Ost- und Südost-Europas – trotz der von Moskau vorgegebenen Grundtöne – differenziert gefeiert. Die jugoslawischen Kommunisten haben sich bereits jetzt darüber empört, daß die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung den Einsatz der Partisanen Titos gegen die deutschen Streitkräfte mit Ländern auf eine Stufe stelle, die – wie etwa Bulgarien, Rumänien und Ungarn – fast bis zuletzt Verbündete der Deutschen waren.

Gerade an dieser neuen jugoslawisch-sowjetischen Polemik zeigt sich, daß sogar ein historisch so unumstößliches Ereignis wie der „Sieg über den deutschen Faschismus" erstens machtpolitischen und zweitens tagespolitischen Erfordernissen angepaßt wird. Eine Großmacht wie die Sowjetunion teilt den Lorbeer des Sieges mit niemandem – nicht mit Titos Jugoslawen und nicht einmal mit Amerikanern, Briten oder Franzosen. Die Rolle der anderen Nationen im Kampf wird gerade noch als Ereignis am Rande geduldet. Es macht den sowjetischen Historiographen auch nichts aus, ob die betreffenden kleinen Nationen früher oder später zur Anti-Hitler-Koalition stießen. Entscheidend ist, daß diese Länder und Völker anerkennen müssen, von der Sowjetarmee befreit worden zu sein.

Hier gibt es die erste Schwierigkeit: Der eigenwillige rumänische Partei- und Staatschef Ceausescu leugnet diese Befreiung. Er läßt seine Historiker und Ideologen verbreiten, die Rumänen hätten sich selbst befreit – indem sie am 23. August 1944 aus dem Bündnis mit Deutschland „ausgestiegen" sind. Andere Ostblock-Länder sind da vorsichtiger – aber hier gibt es eine weitere, nicht uninteressante Differenzierung: Von den sieben Mitgliedern des Warschauer Pakts waren vier im Zweiten Weltkrieg auf der anderen Seite: die „DDR" als Teil des damaligen Deutschen Reiches, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Was die Tschechoslowakei betrifft, so war der tschechische Landesteil zwar als „Protektorat" okkupiert und unterdrückt, aber die Slowakei war ein eigener, mit Hitler verbündeter Staat. Natürlich hat es in diesen Ländern grundlegende politische und soziale Umwälzungen gegeben. Auch in den ehemaligen „Feindstaaten" sind kommunistische Regime an der Macht, die jede Verbindung zu den gestürzten Machthabern von früher leugnen. Das Volk aber kann man nicht auswechseln – und so bleibt die Tatsache, daß etwa jene Rumänen und Ungarn, die zwischen 1941 und 1944 in ihren Armeen dienten, den Sowjets als Kriegsgegner und den Deutschen als Verbündete gegenübertraten. Erst als das Kriegsglück sich gegen Hitler wandte, und die Russen vor den Toren standen, sprangen diese Länder ab.

Daraus mag sich in manchen Fällen ein besonderes Bedürfnis ergeben, durch heftiges Rasseln mit dem *geschichtlichen Erinnerungs-Säbeln* die eigene Rolle als ehemaliger Verlierer zu überspielen. Im Falle Rumänien läßt sich diese Tendenz ganz deutlich beobachten. Bei den Bulgaren wiederum, die eigentlich stets zwischen der Orientierung nach Deutschland und der Anhänglichkeit nach Rußland schwankten, kann man zum 8. Mai auch diesmal wieder besondere Treuebezeugungen zum großen Bruder erwarten. Insgesamt aber ist die politische Landkarte des östlichen Europa noch heute auf seltsame Weise durch die geschichtliche Orientierung jener Länder in der Vergangenheit bestimmt – wenn auch offen nur in Nuancen.

> „Daran, daß die Bundesrepublik willens ist, die Sowjetunion anzugreifen, glauben nicht einmal die eilfertigsten Propagandisten der anderen Seite."

So kommt es, daß neben den Sowjets die Polen und die Tschechen als eifrigste Propagandisten der Gefahr eines neuen „deutschen Revanchismus" erscheinen. Sowohl in der Sowjetunion wie in den beiden westlichen Vorfeldstaaten läßt sich mit antideutscher Propaganda – trotz der inzwischen verflossenen 40 Jahre – immer noch eine gewisse Integrationswirkung erzielen. (Daran, daß die Bundesrepublik willens und fähig wäre, Polen, die Tschechoslowakei und oder gar die Sowjetunion anzugreifen, glauben nicht einmal die eilfertigsten Propagandisten der anderen Seite). In Ländern, in denen die historische Erfahrung mit den „Deutschen" (Unterschiede der jeweiligen deutschen Regime werden da eher vordergründig gemacht) besser oder gar gut war, tritt man den Deutschen allgemein freundlicher entgegen. In Ländern, in denen es nicht zu nazistischen Greueltaten gekommen ist – oder wo nur Teile der Bevölkerung (etwa die unglücklichen Budapester Juden) von diesen Greueln betroffen wurden, erscheint die Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit in einem anderen, etwas milderen Licht. Darauf muß sich sogar die jeweilige KP-Propaganda mit all ihren antifaschistischen Manifestationen einstellen.

Hinzu kommt die Tatsache, daß seit dem Verschwinden der Deutschen 1945 die Sowjets ins Land kamen – im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei fand die „Befreiung" durch die Sowjetarmee gleich zweimal statt, einmal im Kampf gegen die Deutschen und dann als Niederschlagung einer „konterrevolutionären" Unabhängigkeitsbewegung. Da gibt es Tatsachen, die im Bewußtsein dieser Völker fest verankert sind.

Jenseits des Propaganda-Getöses, das aus Anlaß dieses 40. Jahrestages aus östlicher Richtung zu uns dringt, muß man also feine Unterscheidungen treffen. Wer in aller Welt hätte 1855 – also 40 Jahre nach dem endgültigen Sieg der Verbündeten über den Eroberer und Aggressor Napoleon – in England, Rußland oder Preußen gewaltige Siegesfeiern veranstaltet? Diese Frage stellte ein scharfsinniger osteuropäischer Beobachter – und meinte anschließend, die Geschichte gehe eben weiter. Das Moskauer Revanchismus-Geschrei kann vielen osteuropäischen Regimen schon deshalb nicht ganz recht sein, weil es den Manövrierraum der kleinen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs einengt.

FRANKREICH

Andere Sorgen als eine patriotische Nabelschau

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Frage, ob man den Tag der deutschen Kapitulation mit oder ohne die Deutschen, ob man ihn mit den übrigen Siegern einschließlich der Russen und aus welchem historischen oder politischen Blickwinkel heraus man ihn feiern soll, wird in der französischen Öffentlichkeit nicht diskutiert. Im Elysee-Palais heißt es lakonisch, man habe noch keine Überlegungen darüber angestellt. Was an Feiern veranstaltet wird, liegt in Händen des „Staatssekretariats für Kriegsteilnehmer", welches seine Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen hat. Am 16. Januar hatte der Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten lediglich kurz mitgeteilt, daß der Tag, an dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, unter dem Motto *„Friede und Aussöhnung" stehen* und „wichtige Veranstaltungen des Gedenkens" vor allem an die „Rückkehr Zehntausender von Kriegsgefangenen und Deportierten in die Freiheit" enthalten werde. Diese um niederes Profil bemühte Einstellung zu dem Jahrestag deutet darauf hin, *daß man unter sich bleiben,* sich mit niemandem anlegen, kein „Politikum" aus der Sache machen will.

Das hat aktuelle und geschichtliche Gründe. Frankreich hat zur Zeit andere Sorgen, als eine allmählich zum Überdruß gewordene historisch-patriotische Nabelschau zu veranstalten. Im Pazifik dräut eine schwere Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit herauf und im Inneren stehen Wahlen vor der Tür, die über das Schicksal des gegenwärtigen Regimes entscheiden. Nahezu drei *Millionen Arbeitslose* klopfen an die Türen des Staates, der nicht weiß, wie er ihnen zu Hilfe kommen soll. Der Sinn der Menschen steht auf anderes als Rückblick. Man wäre froh, wenn es einen Ausblick gäbe.

Das Verhältnis Frankreichs zum 8. Mai ist auch ein anderes als das der übrigen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Für die Franzosen ging der Alptraum schon früher zu Ende. Genau am 25. August 1944, als Paris von vierjähriger deutscher Besatzung befreit wurde und die Alliierten in schnellem Vormarsch die Deutschen aus dem *Lande* verdrängten. Was dann entlang der Ostgrenze noch an Kämpfen stattfand, in deren Verlauf Frankreich mit amerikanischer Hilfe seine Streitkräfte erst wieder aufbauen mußte und dann auch durchaus heroisch an den Kämpfen im Elsaß teilnahm, berührte die Nation kaum mehr.

Die Trikolore auf Eiffelturm und Notre-Dame – das war das Ende des Krieges, der Anfang einer Friedenszeit, die mit den Greueln der „Selbstreinigung" und dem Parteiengezänk um die beste Verfassung für eine neue Republik den Rest des Kampfgeschehens rasch an die Peripherie des Bewußtseins rückte.

Erst als sich mit der Kapitulation der Wehrmacht in Reims und Berlin die Lagertore öffneten und Tausende von Insassen in ihre Heimat zurückströmten, war dann auch für Frankreich das letzte Kapitel dieses Krieges abgeschlossen.

Nicht alle, die da heimkehrten, wurden von der Nation an die Brust gedrückt. Wer fünf Jahre in deutscher Gefangenschaft war und nie einen Ausbruchsversuch unternommen hatte, mußte sich erst rechtfertigen, warum er *nicht am Kampf der freien* Völker gegen die Diktatur mitgemacht hatte.

ITALIEN

Gefeiert wird der Neubeginn des Staates

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens Regierungssprecher Antonio Ghirelli weiß mit dem 8. Mai nichts anzufangen. Was denn das für ein Gedenktag sein soll, fragt er, was es da zu feiern gebe? Den 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation? „Um Himmels willen. Wir gehen auf das Jahr 2000 zu."

Tatsächlich hat hierzulande das Datum des 8. Mai nie eine Rolle gespielt. Gefeiert wird der 25. April als „Tag der Befreiung", als Tag, an dem das Nationalkomitee zur Befreiung Norditaliens in Mailand die Macht übernahm. Nachdem vor einigen Jahren die nationalen Gedenktage des 2. Juni (Tag der Republik) und 4. November (Sieg im Ersten Weltkrieg) als gesetzliche Feiertage abgeschafft worden sind, ist der 25. April als einziger arbeitsfreier Nationalfeiertag übriggeblieben.

Gefeiert wird am 25. April die Geburtsstunde des neuen demokratischen Staates. Dieser Staat bezog von Anfang an seine Identität aus der „Resistenza", der Widerstandsbewegung, die sich in gleicher Weise gegen den italienischen Faschismus wie gegen die deutsche Besatzungsmacht richtete. Der Geist, mit dem das offizielle Italien in diesem Jahr dieses Ereignisses gedenkt, wird vielleicht am ehesten aus einer Rede deutlich, die der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi kürzlich bei *Lucca* anläßlich einer Gedenkfeier für 12 Mönche und 20 Zivilisten hielt, für deren Ermordung im Januar 1945 deutsche Truppen verantwortlich gemacht werden.

Craxi erklärte: „Die Kultur des Krieges, die wir überwinden wollen, kann heute nicht mehr mit einer alten nazistischen Uniform identifiziert werden ... Laßt uns vielmehr den Keim der Gewalt in dem suchen, was wir selbst Tag für Tag tun, in unserer Sprache, in unserem Denken. Und laßt uns versuchen, uns zu korrigieren, um uns und mit uns die ganze nationale Gemeinschaft zu bessern."

Unter Bezugnahme auf den Fall des jetzt freigelassenen Walter Reder, fügte der Ministerpräsident hinzu: „Um die Erinnerung in unserer aller Herzen wachzuhalten an die Massenmorde, an das vergossene Blut, an den Schmerz und den Terror, die unter wehrlosen Bürgern verbreitet wurden, bedarf es nicht eines in einer Festung eingeschlossenen alten Mannes ... Ich glaube, man beginge kein Friedenswerk, man förderte nicht, wie wir das ja wollen, den Geist des Friedens, wenn man bei der Beachtung ergangener Urteile und der internationalen Abkommen, die diese Materie regeln, über das hinausginge, was darin niedergelegt ist. Das wäre unmenschlich, irrig und nicht erzieherisch."

Craxi ist sicherlich, wie viele seiner Altersgenossen und vor allem auch die nachkommenden Generationen, in diesen Fragen unbefangener als mancher „Resistenza"-Veteran. Aber auch Staatspräsident Sandro Pertini, einer der letzten noch lebenden Führer der Widerstandsbewegung, hat sich mit seinem kämpferischen Anti-Faschismus nie gegen das deutsche Volk gekehrt. In einem Interview mit der WELT sagte er schon vor mehr als sechs Jahren: „Wir dürfen nicht das deutsche Volk mit dem in Zusammenhang bringen, wofür der Nazismus die Verantwortung trägt. Das ist meine Überzeugung. Wie man auch nicht das italienische Volk für das verantwortlich machen darf, was der Faschismus getan hat."

JAPAN

Um das Thema bleibt es still

Während in der Bundesrepublik die Gestaltung des Kapitulationstags von 1945 ein heißes Diskussionsthemen ist, ist es in Japan um diese *Frage recht still geblieben.* Allerdings fällt der Tag in Nippon erst auf den 15. August.

Doch das ist nicht der einzige Grund. Das Kriegsende war in Japan nicht ein so großer Einschnitt wie in Deutschland, das mit Hitlers Sturz von einem verbrecherischen Regime befreit und gleichzeitig geteilt wurde.

Die Ausgangslage war anders, in Japan blieb mehr Kontinuität mit dem Kaiser an der Spitze, der zwar nicht mehr Gott, aber doch Symbol der nationalen Einheit ist. Die Militärclique wurde durch demokratische Institutionen ersetzt, die es aber – wenn auch eingeschränkt – vorher schon gegeben hatte. Immerhin war das Parlament noch im Kriege zusammengetreten.

So wurde selbst während der amerikanischen Besetzung Japans nach dem Kriege vom Kapitulationstag wenig Aufsehen gemacht. Als das Inselreich wieder selbständig wurde, rückten bald die Gedenktage für den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in den Vordergrund, die zeitlich fast mit dem Kapitulationstag zusammenfallen.

Die linksgerichteten „Friedensbewegungen" Japans wollen diese Tage 1985, wenn sie sich zum 40. Mal jähren, besonders groß begehen. Auch dem Kapitulationstag wollen sie mit eindrucksvolleren Feiern als bisher gedenken.

FRED de LA TROBE (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Tierversuch und Medizin

„Leserbrief: Tierversuche"; WELT vom 16. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Brief von Herrn Köhnlechner und viele Pressemitteilungen stellen den Tierversuch völlig unrichtig als in der Regel „erbärmliche Schinderei" dar. Käme jemand auf die Idee, die Kindererziehung eines Volkes nach den Medienberichten über Kindesmißhandlung *zu beurteilen*, wäre die Absurdität offensichtlich. So sehr dieser Vergleich auch hinken mag, eine gewisse Ähnlichkeit zu der derzeitigen Behandlung des Themas Tierversuche in der Presse besteht doch.

Ein Tierversuch setzt in aller Regel voraus, daß sich das Tier bis zum Zeitpunkt des Versuchs wohlbefindet. Schlechte Behandlung und Streß kann ein Tier ebenso krank machen wie einen Menschen. Tierversuche an gestreßten oder kranken Tieren sind aber schlecht reproduzierbar, d. h. im wissenschaftlichen Sinne schlecht. Ein Wissenschaftler, der schlecht reproduzierbare Ergebnisse erzielt, kann aber seinen Beruf aufgeben.

Das zweite große Mißverständnis betrifft die Zufügung von Schmerz. Die weitaus größte Anzahl an Versuchen in wissenschaftlichen Instituten wird ohne Zufügung von Schmerz an fachgerecht – also wie beim Menschen – narkotisierten Tieren durchgeführt oder überhaupt an Organen, die narkotisierten Tieren entnommen wurden. Dabei ist der Anteil der höher entwickelten Tiere wie Katze, Hund weit in der Minderzahl. Die Zahl zum Beispiel der Hunde, die in diesem Sinne zum Zweck der Wissenschaft im Dienste des Menschen eingeschläfert werden, ist weit geringer, als die Zahl ihrer in Tierheimen eingeschläferten Artgenossen.

Schließlich noch einmal zum Brief von Herrn Köhnlechner: Das Leben *setzt sich aus vielen Millionen* Einzelfunktionen zusammen; der weitaus größte Teil ist bei Mensch und Tier identisch. Auch die Zahl an Wirkstoffen, wie Hormonen, Überträgerstoffen und Medikamenten, die bei Mensch und Tier gleichartig wirken, ist weitaus größer als die der verschiedenartig wirkenden. Hier wird also aus Unkenntnis, hoffentlich nicht aus Absicht, falsch informiert.

Prof. Dr. med. H. Kammermeier, Abt. Physiologie, Med. Fakultät, TH Aachen

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

den im Leserbrief des Heilpraktikers Dr. Köhnlechner vertretenen Thesen ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu widersprechen. Hier seien nur zwei davon aufgegriffen.

● Die Tatsache, daß nicht jede Tierart bei jeder Art von Untersuchungen oder bei jeder toxikologischen Fragestellung als Modell für das Verhalten des Menschen dienen kann, ist eine medizinische Binsenweisheit. Die Suche nach dem geeigneten Modell für *eine tierexperimentelle Studie gehört* ebenso wie die Fähigkeit zur Durchführung und Interpretation der Experimente zum Rüstzeug des verantwortungsbewußten Tierexperimentators, das er in langjähriger Ausbildung erwirbt.

● Die von Herrn Köhnlechner zitierten Angaben von Much zum Anteil von Unterrichtsversuchen an der Gesamtzahl von Tierexperimenten (50 Prozent!) sind absurd. Schon eine grobe Abschätzung ergibt, daß sicher nicht einmal 1 Prozent aller Tierexperimente Unterrichtszwecken dient. Daran sind wiederum Warmblüter zu höchstens einem Drittel beteiligt. Ich verwahre mich aufs schärfste dagegen, daß es sich dabei um „eine erbärmliche Schinderei lebender Tiere" (zitiert nach Köhnlechner/Much) handelt.

In den Praktika der Physiologie werden die für notwendig gehaltenen Experimente mit Tieren im wesentlichen an isolierten Organen durchgeführt. Tierexperimente im engeren Sinne werden immer in tiefer Narkose, unter völliger Schmerzlosigkeit, durchgeführt.

Exemplarische Studien an Organen und Tieren sind im medizinischen Unterricht notwendig, um werdende Ärzte in die kritische Beurteilung solcher Experimente einzuführen. Wer nie an einem solchen Versuch teilgenommen hat, wird kaum im Stande sein, die Resultate tierexperimenteller Untersuchungen zu bewerten. Solche Untersuchungen sind aber bis auf weiteres die wesentliche Grundlage unserer Kenntnisse über die Funktion des Warmblüterorganismus, ihre Störungen bei Krankheiten und die Möglichkeiten ihrer therapeutischen Beeinflussung.

Erfahrungen mit dem von Much und seinem Apologeten Köhnlechner propagierten Einsatz audiovisueller Unterrichtsmethoden in den Praktika wurden im letzten Jahrzehnt in fast allen tierexperimentell arbeitenden theoretisch-medizinischen Instituten der Bundesrepublik, so auch in unserer *Abteilung, gesammelt. Sie haben* immer wieder gezeigt, daß derartige „Konserven" bei einer mit den audiovisuellen Medien aufwachsenden studentischen Jugend nur schwache Eindrücke hinterlassen. Dies ist kein Weg zu einer optimalen Ausbildung von Ärzten, an der die Öffentlichkeit ein mehr als berechtigtes Interesse hat!

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. med. B. Deuticke, Abt. Physiologie, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Rentner-Protest

„Streit wegen 1,83 Mark"; WELT vom 14. Januar und „Der Generationsvertrag"; WELT vom 16. Januar

Es wird langsam unerträglich, so gut geht es den Rentnern!

Was der (damalige) Bundeskanzler Schmidt schon feststellte, Arbeitsminister Blüm vor einigen Tagen bestätigte, wurde nun von der WELT gleich zweimal (siehe oben) „rechnerisch bewiesen". Eines haben alle *Aussagen gemeinsam: Es ist nicht* deutlich erkennbar, welche Gruppe aus den unterschiedlichen Systemen der Altersversorgung gemeint ist, obwohl die Zielgruppe natürlich feststeht.

Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Rechenkunststücke einzugehen. Pauschal läßt sich vieles behaupten, mit Statistik bekanntlich nahezu alles beweisen.

Man sollte endlich einmal von der vertikalen zur horizontalen Betrachtungsweise übergehen, indem nicht ewig der sogenannte Generationsvertrag (Beitragszahler und Rentenempfänger) strapaziert wird, sondern die beiden Systeme der Altersversorgung nebeneinander beurteilt werden. Hier die ständige Unsicherheit für die *Renten der abhängig Beschäftigten* aus der Wirtschaft und dort die gesicherte Altersversorgung der öffentlich Bediensteten.

Ich meine, das alleinige Kriterium ist nicht die absolute Höhe, da schließlich Art und Länge des Berufslebens einwirken, wichtig ist die prozentuale Höhe des End-Nettos. Übrigens: 73 Prozent nach 45 Versicherungsjahren muß wohl ein Druckfehler sein, ich jedenfalls liege bei 46 Versicherungsjahren knapp über 50 Prozent.

Mit freundlichen Grüßen,
B. Schulte-Wewezer, Hamburg 90

*

Die Methode des großen Heilers Emile Coué („Es geht mir täglich besser") wird gern von Politikern und Journalisten auf ihr Publikum angewandt. Wir Rentner unter den WELT-Lesern wissen es jetzt ganz genau: Es geht uns gold.

Herbert Blüm: „Den Rentnern geht es im allgemeinen ganz gut."

Peter Jentsch: „Außerdem geht es der Masse der Rentner gar nicht schlecht."

Peter Gillies: „Der Masse der Rentner geht es gut, so gut wie noch nie."

G. Goetzendorff, Rhöndorf

Sicht des Autors

Sehr geehrte Redaktion,

in einem Leserbrief an Ihre Zeitung hat Herr Thedieck, einer der vormaligen Deutschlandfunk-Intendanten, auch Anstoß genommen an „dem Reisebericht eine Redakteurs zu Weihnachten 1984 aus Mitteldeutschland mit der Feststellung, daß die Menschen dort angeblich tief enttäuscht über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seien".

Als Autor des erwähnten Beitrages, den Herr Thedieck selbst offensichtlich nicht gehört hat (wie könnte er sonst einen Kommentar zum Reisebericht umwidmen), möchte ich mich gegen die dort zum Ausdruck kommende Unterstellung verwahren. Ich halte kontinuierlichen Kontakt zu Menschen in der DDR, auch durch regelmäßige Besuche (dies gewiß im Gegensatz zum Leserbriefschreiber) und kann nicht einsehen, warum ich nicht Ansichten und Meinungen von DDR-Bürgern über die gegenwärtige Bonner Regierung wiedergeben soll, auch wenn sie kritisch sind.

Herr Thedieck zöge es vielleicht vor, die Wirklichkeit – auch in diesem Ausschnitt – gar nicht erst wahrzunehmen. Der *Journalist ist dazu* verpflichtet, ich habe das in der Weihnachts-Kolumne getan, die sich auf Gespräche mit irritierten und verunsicherten DDR-Bürgern bezieht.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Klunker, Deutschlandfunk, Feature-Abteilung

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Das einzig fruchtbare Verhältnis zu den Menschen – gerade zu den Schwachen – ist Liebe, das heißt der Wille, mit ihnen Gemeinschaft zu halten. «

Dietrich Bonhoeffer; deutscher Theologe (1906–1945)

Personalien

GEBURTSTAG

Viktor Pöschl, emeritierter Professor für klassische Philologie an der Universität Heidelberg, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Der Wissenschaftler gilt als einer der bedeutendsten Latinisten der Gegenwart. Insbesondere seine Untersuchungen zum politisch-historischen Denken der Römer, wie es sich in den Staatsschriften **Ciceros** und den Werken **Sallusts** ausdrückt, und seine Interpretationen römischer Dichtkunst begründeten den wissenschaftlichen Ruf des Gelehrten. Der in Graz geborene Wissenschaftler wuchs in Mannheim auf. Nach Studien in Heidelberg, Grenoble, Cambridge, München und Berlin promovierte er 1933 in Heidelberg. Nach seiner Habilitation im Jahre 1939 in München lehrte Pöschl in den Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren als Dozent in München, Prag und Graz. 1950 wurde er als ordentlicher Professor an die Universität Heidelberg berufen, an der er mehr als ein Vierteljahrhundert wirkte. Von 1974 bis 1978 war er zudem Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Als erstem Deutschen wurde ihm auch die Präsidentschaft der internationalen Vereinigung der Akademien der Wissenschaften übertragen.

UNIVERSITÄT

Der Leiter von zwei Forschungslaboratorien der Siemens AG in München, Dr. **Manfred Sommer** (40), hat einen Ruf auf die neueingerichtete C4-Professur für Informatik an der Universität Marburg angenommen. Professor Sommer bezeichnete als Grund für die Annahme des Rufes die Herausforderung, ein neues Lehrgebiet aufbauen zu können, und die Möglichkeit, Grundlagenforschung in einem innovativen Bereich betreiben zu können, der sich immer mehr zu einer Basis-Technologie auch für andere Fachrichtungen entwickelt.

KIRCHE

Während des Generalkapitels in Speyer, der weltweiten Ordensgemeinschaft der Dominikanerinnen von *St. Magdalena, ist Schwester* **M. Clara Kaimes** zur Generalpriorin wiedergewählt worden. Das Generalkapitel erhielt einen besonderen Akzent durch die Teilnahme zweier Vertreterinnen aus den Niederlassungen der Ordensgemeinschaft in Brasilien und Peru. Schwester Clara, die nach Ablauf von sechs Jahren zum zweitenmal die Leitung der Ordensgemeinschaft übernimmt, studierte an der Universität Mainz und der Sorbonne in Paris Französisch und Latein.

MILITÄR

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat Brigadegeneral **Hermann Teske** das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung wurde durch den Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, Generalmajor **Dieter Claus**, ausgehändigt. Als Direktor für Ausbildung und Lehre ist General Teske verantwortlich für Planung, Organisation und Durchführung der Lehre an der Führungsakademie. Brigadegeneral Teske ist seit April 1983 an der Führungsakademie und war als Infantrist zuletzt Kommandeur einer Panzerbrigade in Süddeutschland.

Der letzte Träger des bayerischen Max-Joseph-Ordens, **Hubert Ritter von Heigl**, ist im Alter von 88 Jahren in München gestorben. Er hatte die höchste militärische Auszeichnung des bayerischen Königshauses, die mit dem Adelsprädikat und einer Ehrenpension verbunden war, für seinen mutigen Einsatz als Leutnant und Kompanieführer bei der Eroberung von Riga im Ersten Weltkrieg erhalten. Der Orden wurde 1806 von Bayerns erstem König **Max Joseph** für Offiziere geschaffen, die mit *besonderer Klugheit und Entschlossenheit* kämpften, ohne die Mannschaften sinnlos zu opfern. Der bereits vor Heigl gestorbene Ordensträger und Militärschriftsteller **Wilhelm Ritter von Schramm** sprach deshalb von einer Auszeichnung gegen den Kadavergehorsam. Bis zum Ende des Königreiches 1918 wurde der Orden an 921 Männer verliehen, darunter an den englischen Feldmarschall **Wellington** und an die preußischen Militärführer **Gneisenau, Moltke** und **Manteuffel**.

Gefragt ist die geistige Bereicherung: „denkmal", ein neues Quiz vom ZDF

Schlag nach beim alten Meyer . . .

Eine völlig neue Sendung soll das „denkmal" werden: ein Kulturratespiel, das ganz neue Wege einschlagen will. Helmut Greulich, der das Konzept für das Fernsehen entwickelt hat, und die Journalistin Monika Moos werden die Studiomoderation übernehmen. Publikum im Studio wird es nicht geben – auch keine Kandidaten. Denn der Fernsehzuschauer selbst ist der Kandidat; er kann von zu Hause aus mitspielen.

Es soll auch *kein billiges Quizspielchen* werden, vielmehr soll der mitmachende Zuschauer angeregt werden, sich intensiver mit bestimmten Aspekten der Kultur zu beschäftigen. Und das funktioniert so: In der Sendung werden bis zu acht Fragen gestellt, die durch mit Sorgfalt ausgesuchte, auch optisch reizvolle Spots von zwei bis drei Minuten Dauer illustriert werden. Zum Beispiel eine Passage aus einem Ballett, ein Ausschnitt aus einem kulturell wertvollen Film (also nicht gerade „Die Rückkehr der Zombies"), ein prachtvolles Gemälde. Dazu wird dann eine „niveauvolle" Frage gestellt, die, so

denkmal – ZDF, 22.05 Uhr

Helmut Greulich, in der Regel nicht frisch von der Leber weg beantwortet werden kann.

Vielmehr soll der Zuschauer sich während der Sendung Notizen machen und nach der Sendung unter Zuhilfenahme von Lexika, gebildeten Mitmenschen und was dergleichen Quellen mehr sind, die schwierigen *Antworten erarbeiten. Wer seine* Antworten zusammen mit dem sich ergebenden Lösungswort, das aber nicht wie beim Kreuzworträtsel „erschlossen" werden darf, sondern durch die einzelnen Antworten belegt sein muß, ans ZDF sendet (dazu hat er bis zum Samstag der Sendewoche Zeit), der nimmt an einer Verlosung von 100 wertvollen Kunstbänden teil.

Aber der Akzent soll nicht auf dem Gewinn liegen, sondern in der geistigen Bereicherung, in der Erarbeitung der Antworten. Der Mitmacher soll angeregt werden, sich (wiederum) mit bestimmten Malern, Musikern, Dichtern und Filmemachern zu beschäftigen.

Noch nie, so Helmut Greulich, habe ihm eine Arbeit so viel Spaß gemacht wie diese. Und er ist optimistisch, daß die Sendung „ankommen" wird. Sie beruht nämlich auf einem Konzept, das im Hörfunk des Süddeutschen Rundfunks („Gedächtnis im Kreuzverhör") von Erwin Wickert, dem späteren Botschafter in Tokio, entwickelt worden ist und immerhin 25 Jahre lang erfolgreich lief. Als die Sendung abgesetzt wurde, erreichten den Südfunk über 2000 Protestbriefe.

Trotz des anspruchsvollen Niveaus soll keine gepflegte Langeweile aufkommen. Monika Moos und Helmut Greulich wollen die Sache „locker" bringen. Doch trotz der Lockerheit wird ein jugendliches Publikum wohl *nicht erreicht werden. Die Zielgruppe* der Programmacher ist um die 40 und darüber. Für eine Fortsetzung der Sendung über die ersten vier Folgen hinaus sind aber Überlegungen im Gange, wie man die etwa fünf Prozent Zuschauer, die um 22 Uhr noch geistig rege sind, altersmäßig umstrukturieren kann.

Die erste Folge wird noch einige Mängel haben. Das ist bewußt einkalkuliert. Es ist nämlich die „Pilotsendung", und die hat ja auch was gekostet. Warum sollte man diese Kosten dadurch verpulvern, daß das Band im Archiv ungesendet vergammelt? Die zweite Folge (am 25. Februar) soll dann schon „professioneller" sein. Einige „Ecken und Kanten" machen Fernsehen ja eher sympathisch, und von daher ist der Entschluß, die Pilotsendung über den Äther zu schicken, zu begrüßen.

Die einzelnen Folgen wollen kein Sammelsurium bieten, sondern bemühen sich um eine thematische Klammer. Entweder geht es um eine Epoche, oder ein einzelnes Jahr oder einen bestimmten Sammelbegriff, zum Beispiel „Harmonie".

„Fernsehen bildet" hieß es früher. Leider ist meist eher das Gegenteil der Fall. Hier aber bietet sich eine Chance, daß Fernsehen zur Bildung beziehungsweise ihrer Erweiterung anregt. Der geneigte Kritikus wird sich jedenfalls um halb zehn noch eine Tasse Kaffee brauen und sich bei seinem Freund den alten Meyer von 1905/08 ausleihen . . .

GERHARD CHARLES RUMP



Helmut Greulich und Monika Moos werden das neue Quiz des ZDF moderieren. FOTO: Telebunk

STUDIO

Um auch in Zukunft bei einer größeren Vielfalt von öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbietern eine Vergleichbarkeit der **Zuschauer-Sehbeteiligung** zu gewährleisten, hat der Intendant des ZDF, Professor Dieter Stolte, langfristig eine kooperative Lösung in der quantitativen Zuschauerforschung vorgeschlagen. Gegenwärtig sei mit der Einführung des GfK-Systems durch ARD und ZDF einerseits (vgl. WELT vom 22. 1. 1985) und der „teleskopie" andererseits, die seit Beginn des Jahres die Einschaltquoten des deutschsprachigen Programms von „RTL plus" registriert und ab 1. Juli auch Zuschauermessungen für SAT 1 vornimmt, zum ersten Mal in der Bundesrepublik die Situation eines Gegeneinanders von Forschungssystemen entstanden. Dies könne zu erheblichen Unsicherheiten vor allem auch in der Werbewirtschaft führen.

Um dies zu vermeiden, regte Stolte eine Öffnung des von den öffentlich-rechtlichen Anstalten jetzt in jahrelanger Erfahrung aufgebauten Meßsystems für eine langfristige Kooperation mit allen Anbietern an, soweit sie gewisse Voraussetzungen hinsichtlich einer bestimmten Größe ihres Publikums erfüllen. Damit entspreche man auch den schon erkennbaren Forderungen der Werbungtreibenden und der Werbeagenturen nach einer „einheitlichen Währung". Stolte wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch die internationale Entwicklung auf einheitliche Forschungssysteme hinauslaufe. So gebe es beispielsweise eine Kooperation von BBC und IBA in England und ein Zusammengehen der RAI mit den privaten Fernsehsendern in Italien. DW.

*

Zum 5. Mal wird in diesem Jahr der freie Jahreswettbewerb vom **Bund Deutscher Film- und Videoamateure** (BDFA) unter dem Thema „Jugend heute" durchgeführt. Filmmeldungen sind bis zum 30. April 1985 an die Geschäftsstelle des BDFA, Postfach 1930, 5000 Köln 50, zu richten. Die Jury entscheidet über die Teilnahme der eingesandten Beiträge an den 43. Deutschen Amateurfilm- und Videofestspielen vom 16. bis 19. Mai in Gütersloh. DW.





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Na, sowas!
10.50 Gott und die Welt
Emilio E. Castro – Der neue Generalsekretär des Weltkirchenrates
11.20 Bilder aus der Wissenschaft
11.50 Umschau
12.10 Die neue Medienwelt der Kinder
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen
17.20 Anna, Ciro & Co.
5. Teil: Großmutter wird gekidnappt
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jenseits der Morgenröte
4. Teil: Nadja
21.15 Kontraste
Jalta und kein Ende? – Die Konferenz, die vor 40 Jahren Europa teilte / Der große Sohn von Gori – Re-Stalinisierungstendenzen in der Sowjetunion / Integrationsprobleme ehemaliger „DDR"-Schüler in westdeutschen Schulen
Moderation: Joachim Braun
22.00 Gespenstergeschichten
Ambrose Temple
Mit Gabriel Barylli, Elfriede Kuzmany u. a.
Um eine alte Bücherkiste abzuholen, begeben sich die älteren *Schwestern Kathleen und Mary* in ihr schon seit Jahren nicht mehr bewohntes Elternhaus. Hier wartet eine Überraschung auf Kathleen, findet sie doch den Brief eines Verehrers vor, der ihrer Meinung nach schon längst verstorben ist . . .
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Malevil
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Michel Serrault, Jacques Dutronc u. a.
Regie: Christian de Chalonge
Sieben Menschen überleben im Südwesten Frankreichs einen Atomschlag und machen sich daran, das offenbar rekultivierbare Land zu bestellen. Eines Tages tauchen andere Überlebende auf, die ein diktatorischer Anführer für seine Zwecke benutzt . . .
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
4. Folge: Nebenkosten – Nebensache?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Der Ausflug
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Teufelsinsel
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Liebe kann man nicht verkaufen
Laut Stiftung Warentest bieten auf dem bundesdeutschen Markt rund 800 Institute das Glück zu zweit an. Das Geschäft mit der Partnervermittlung blüht. Anna Doubek berichtet über Eheinstitute, über das, was sie versprechen und halten.
20.15 Der Henker von Venedig
Italienischer Spielfilm (1963)
Mit Lex Barker, Guy Madison u. a.
Regie: Luigi Capuano
21.45 heute-journal
22.05 denkmal
Ein kulturelles Fragespiel
Von und mit Helmut Greulich und Monika Moos
23.05 Johann Sebastian Bachs vergebliche Reise in den Ruhm
Fernsehfilm von Heiner Michel
Mit Alexander May, Renate Richter, Peter Reusse u. a.
Regie: Victor Vicas
Leipzig im Jahre 1747: Seit 24 Jahren ist Johann Sebastian Bach Thomaskantor und träumt nur davon, dem jungen musischen und musikliebenden König von Preußen vorspielen zu dürfen. Eines Tages kommt endlich die erlösende Einladung, und Bach macht sich mit seinem ältesten Sohn Friedemann auf die Reise, an deren Ziel jedoch eine herbe Enttäuschung auf ihn wartet . . .
0.50 heute



Colin (Jacques Dutronc) gehört zu den Überlebenden von Malevil, die ihr Eigentum mit den Waffen verteidigen müssen (Malevil – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Mädchen ohne Hände
Tiefenpsychologie eines Märchens
21.15 Medizin-Magazin 85
Sendung von Karl Franken
21.45 Kopfschuß
Das wirkliche Leben ist anderswo
Film von Klaus Antes
22.30 Die Rosen von Danzig
Italienischer Fernsehfilm
Mit Franco Nero, Helmut Berger u. a.
Buch und Regie: Albert Bevilacqua
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Tauchen
19.45 Sonnenclub
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte
Ich bleibe lieber hier
Eine Türkin in West-Berlin
21.00 Stadt und Land – Hand in Hand?
22.00 Die Frau aus dem Nichts
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit Elizabeth Taylor u. a.
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle (5)
18.50 Wombles (5)
19.05 Drei – D Spezial
20.00 Die Kamera unter dem Mantel
Filme von Peter Fischer
20.45 Die Sprechstunde
Zoonosen
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Kinderfreund
22.30 Focus on Jazz
Das Modern Jazz Quartet (2)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Nicht die Umwelt, die Häuser heizen
Juristische Hemmnisse für den technologischen Fortschritt
21.05 Klimbim
21.50 Die ersten 100 Tage
22.35 Rückblende
Vor 40 Jahren gestorben: Die Dichterin Else Lasker-Schüler
22.50 Jazz am Montagabend
United Jazz & Rock Ensemble
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Die Bakterien kommen
Bericht über biotechnologische Forschung
Von Dieter Stengel
22.50 Der Aufpasser
Was wäre man ohne Freunde
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags, Überraschungen
16.30 Perrine
In der Fabrik des Großvaters
17.00 Raumschiff Enterprise
Planet der Unsterblichen
18.00 Westlich von Santa Fé
Eddie's Tochter
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Geschichten aus Skillingbury:
19.40 Hardcastle & McCormick
20.30 TOP-Wirtschaftsreportage
Im Mittelpunkt dieser Reportage stehen Kinder, die statt mit Bauklötzchen mit Computern spielen. Daß die lieben „Kleinen" nicht nur simple Schießspiele beherrschen, sondern schon im Vorschulalter Computer bereits programmieren können, zeigt der Autor Hans Jürgen Frischhut in seiner aktuellen Sendung.
21.00 Galerie Buecher
In der vierten Folge der Entstehung der Galerie Buecher stellen sich die Schauspieler vor, plaudern zwanglos über Privates und Berufliches. Die beste Gelegenheit, alle Schauspieler der „Galerie Buecher" kennen und lieben zu lernen.
21.30 APF blick:
Aktuell, Rundblick, Sport und Wetter
22.15 Der Clan, der seine Feinde lebendig einmauert
Italienischer Spielfilm (1971)
Mit Franco Nero u. a.
Regie: Damiano Damiani
Eine süditalienische Stadt ist nahezu ganz in den Händen der Mafia. Wer sich ihr nicht fügt, wird lebendig eingemauert. Spezialist dafür ist ein renommierter Bauunternehmer.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
7. Haarige Geschichten
Kompass
Kräfte (3)
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Chinatown
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Jack Nicholson, Faye Dunaway, John Huston u. a.
Regie: Roman Polanski
Dieser von den klassischen Werken des „Film Noir" inspirierte Detektivfilm ist Polanskis erster Versuch im Kriminalgenre. Jake Gittes, Privatdetektiv in Los Angeles der dreißiger Jahre, wird zufällig in eine skandalöse Korruptions- und Mordaffäre verwickelt. Er *kommt einem macht- und geld*gierigen Mann auf die Spur, der die gesamte Wasserversorgung der Stadt kontrolliert und an der Zerstörung der Umwelt Millionen verdient.
23.55 3SAT-Nachrichten

Washington mit einem neuen nuklearen Konzept

In Genf verhandeln erfahrene Rüstungsstrategen

DW, Washington/Moskau

Bei den am 12. März in Genf beginnenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung werden sich erfahrene Rüstungsexperten der USA und der UdSSR gegenübersitzen: Als Chefunterhändler, jeweils zusätzlich mit einem Spezialgebiet betraut, Max Kampelman und Viktor Karpow; bei dem neuen Komplex der Weltraumwaffen Kampelman und Julij Kwizinski; bei atomaren Mittelstreckenwaffen (vormals INF) der stellvertretende US-Delegationschef bei den früheren INF-Verhandlungen, Maynard Glitman, und der als Spezialist für atomare Rüstung vorgestellte Alexej Obuchow; sowie bei atomaren Interkontinental-Raketen (vormals START) Ex-Senator John Tower und Karpow, der schon START-Chefunterhändler war.

Mit Viktor Karpow tritt einer der dienstältesten Rüstungskontrollexperten Moskaus wieder ins Rampenlicht. Er nahm seit 1969 an den Verhandlungen mit den USA über strategische Waffen teil (zunächst SALT, später START). Zuletzt leitete Karpow die sowjetischen Delegationen. Der dem sowjetischen Außenministerium seit 1955 angehörende Karpow kennt die USA: Von 1962 bis 1966 gehörte er der Botschaft in Washington an.

Spitzendiplomaten

Julij Kwizinski war der Moskauer Chef-Unterhändler für die im November 1983 abgebrochenen Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen (INF). Er gilt als einer der erfahrensten sowjetischen Spitzendiplomaten in Verhandlungen mit dem Westen. Drei Jahre lang war er Gesandter der sowjetischen Botschaft in Bonn. Der Diplomat Obuchow, der am Samstag vom Sprecher des Außenministeriums, Wladimir Lomejko, als ein „großer Spezialist für atomare Rüstung" vorgestellt wurde, nahm bereits an den START-Verhandlungen teil.

*

FRITZ WIRTH, Washington

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen hat die amerikanische Administration ein neues nukleares Konzept für die nächsten Jahrzehnte vorgelegt.

Das Konzept, als dessen Urheber der Sonderberater für die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, gilt, ist Anfang des Jahres von Präsident Reagan verabschiedet worden. Es ist ein Drei-Stufen-Plan, der in der ersten Phase, die etwa bis zum Jahre 1995 dauern soll, vorsieht, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in diesen zehn Jahren eine radikale Reduzierung der vorhandenen und geplanten offensiven und defensiven Nuklearwaffen sowohl zu Lande, zur See und im Weltraum herbeiführen.

Übergangsperiode

Die folgende zweite Phase soll eine Übergangsperiode sein, in der ein nichtnukleares Verteidigungssystem wirksam werden kann, das dann in der dritten Phase schließlich zu einer Abschaffung aller Nuklearwaffen sowohl offensiver wie defensiver Art führen soll. Der Plan setzt voraus, daß das gegenwärtig anlaufende Forschungsprogramm zur „Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) der USA bis zum Jahre 1995 erfolgreich abgeschlosssen werden kann.

Dieses neue Konzept und besonders das SDI-Programm der Amerikaner werden im Mittelpunkt der neuen Genfer Abrüstungsverhandlungen stehen und mit Sicherheit zu schweren Konfrontationen führen. Der sowjetische Außenminister Gromyko hat bereits in seiner Fernseh-Pressekonferenz vor 14 Tagen angekündigt, daß seine Regierung in Genf mit aller Macht gegen das von den Amerikanern geplante nukleare Abwehrsystem im Weltraum ankämpfen werde.

Es ist diese Zielrichtung der zu erwartenden sowjetischen Verhandlungsstrategie, die Paul Nitze veranlaßte, am Wochenende die Erfolgsaussichten der kommenden Genfer Abrüstungsverhandlungen mit vorsichtiger Skepsis einzuschätzen. „Ich glaube, sie sind besser als in der Vergangenheit", sagte Nitze, „doch ich kann wirklich nicht behaupten, daß sie sehr gut sind".

Präsident Reagan selbst teilt nicht ganz die Skepsis Nitzes. „Ich bin etwas optimistischer geworden, allerdings nicht euphorisch", erklärte er am Samstag in einem Rundfunkinterview.

Kohl: Über Waldsterben mit „DDR" reden

hey, Bonn

Die Bedeutung der weiteren Zusammenarbeit mit Ost-Berlin haben übereinstimmend Bundesregierung und SPD-Opposition hervorgehoben. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, es gebe „keine Alternative" zu den Gesprächen. Ähnlich wie SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel machte Kohl insbesondere die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens beim Umweltschutz deutlich. Er wolle, so der Kanzler am Wochenende, damit nicht von anderen Themen ablenken. Aber wegen der „Brisanz" müsse „in beiden Teilen Deutschlands mehr für den Umweltschutz" getan werden, „wenn wir unserer Aufgabe vor künftigen Generationen gerecht werden wollen".

Kohl zeigte sich „ganz sicher", daß „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker, der ebenfalls der Bekämpfung des Waldsterbens „Priorität" beimesse, den abgesagten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland „zu irgendeinem Zeitpunkt in absehbarer Zeit" nachholen werde. Dies werde geschehen, wenn sich das gesamte Ost-West-Klima positiv entwickelt habe, meinte er mit Blick auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Ebenfalls zuversichtlich äußerte sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, unter anderem zur umstrittenen Frage einer „DDR"-Staatsbürgerschaft. Die Indizien verdichteten sich, daß die „DDR" zwischen ihrer Forderung nach „Anerkennung" und seinem Vorschlag nach „Respektierung" *keinen Unterschied mehr sehe.* Wenn dies deutlich werde, könne der innenpolitische Streit beendet sein.

Der stellvertretende SPD-Chef und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau forderte die Regierung auf, sich in der Fortsetzung ihrer 1983 formulierten Deutschland- und Ostpolitik nicht „irritieren" zu lassen. Die Opposition sei dann bei dem Suchen nach „so viel Zusammenarbeit wie nur möglich" zur Hilfe bereit. Der Fraktionsvorsitzende Vogel begrüßte noch einmal den Vorschlag von Bundestagspräsident Philipp Jenninger nach Kontakten zur Volkskammer. Allerdings soll laut Vogel, der „nichts herschenken" will, die Frage der Elbe-Grenze und der Erfassungsstelle Salzgitter erneut geprüft werden.

Johannes Paul II. warnt in Südamerika vor der „Theologie der Befreiung"

Erste Station der zwölftägigen Reise ist Venezuela / Castro zu Treffen mit dem Papst bereit

DW. Caracas

Zu Beginn seiner zwölftägigen Südamerika-Reise hat sich Papst Johannes Paul II. am Samstag in der venezolanischen Hauptstadt Caracas indirekt gegen die „Theologie der Befreiung" ausgesprochen. Vor dem Episkopat Venezuelas sagte der Papst, es gebe Kirchenvertreter, die „nicht die Wahrheit Christi, sondern ihre eigenen Theorien" verkündeten, „manchmal in offenem Widerspruch zur Lehrmeinung der Kirche".

Manche verfälschten sogar das Evangelium, indem sie es in den Dienst von Ideologien oder politischen Strategien stellten, auf der Suche nach einer „illusorischen Befreiung im Diesseits, die nicht die der Kirche ist und auch nicht zum echten Wohl des Menschen beiträgt". Er forderte die Bischöfe auf, „irrige Lehrmeinungen" von den Gläubigen fernzuhalten und Fehler möglichst rasch zu korrigieren. Dies gehöre zu ihren „*schwerwiegenden Verpflichtungen*".

Nur wenige Stunden nach seiner Ankunft in Lateinamerika hat der Papst damit die Gelegenheit genutzt, die in zahlreichen Basis-Gemeinden des Subkontinents verbreitete Befreiungstheologie erneut zu kritisieren, die christliches und marxistisches Gedankengut verbindet, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Erst kürzlich hatte die vatikanische Glaubenskongregation „marxistische Tendenzen" bei manchen Vertretern dieser politischen Theologie scharf zurückgewiesen.

Johannes Paul II. wurde am Flughafen Maiquetia vom venezolanischen Präsidenten Jaime Lusinchi begrüßt. Dieser bezeichnete das Oberhaupt der katholischen Kirche als „Träger der Hoffnungen und der Bestrebungen der Armen und der einfachen Menschen", der „die Notwendigkeit sozialer Veränderung im Rahmen würdiger Freiheit" vertrete. Zehntausende winkender Menschen *säumten die Straßen in Caracas.* Höhepunkt des Besuches war eine Messe unter freiem Himmel vor rund 1,5 Millionen Menschen.

Der Papst sagte in seiner ersten Ansprache, Ziel seiner Reise sei es, die soziale Gerechtigkeit in ganz Lateinamerika zu stärken und jene zu ermutigen, die sich für die Familie, mehr soziale Gerechtigkeit und für neue Initiativen im Erziehungswesen und Arbeitsleben einsetzten. Oberstes Ziel des Menschen müsse aber bleiben, seinen inneren Reichtum zu mehren.

Außer Caracas wird der Papst während seines 72stündigen Aufenthalts in Venezuela noch die Ölstadt Maracaibo, Merida und Ciudad Guyana besuchen. Weitere Ziele seiner sechsten Lateinamerika-Reise und 25. Pastoralvisite außerhalb Italiens sind Peru, Ecuador und der Karibikstaat Trinidad-Tobago. Unterdessen hat sich der kubanische Staatschef Fidel Castro nach mexikanischen Presseberichten zu einem Treffen mit Papst Johannes *Paul II. in Havana oder in Rom bereit* erklärt.

Pertini empfahl Rücktritt des Arbeitsministers

F.M., Rom

Der Fall des sozialistischen italienischen Arbeitsminister Gianni De Michelis, der Anfang Januar in Paris mit dem flüchtigen Terroristen Oreste Scalzone zusammengetroffen war, hat sich zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Staatspräsident Sandro Pertini und Ministerpräsident Bettino Craxi ausgeweitet. Pertini vertrat in einem Brief an Craxi die Ansicht, daß der Arbeitsminister nach dem Vorfall zum Rücktritt „verpflichtet" sei.

Craxi bestritt zunächst die Existenz eines solchen Briefes, dessen Inhalt von einer Zeitung publik gemacht worden war. Er mußte sich jedoch vom Präsidentenamt dementieren lassen, das in einem Kommuniqué mitteilte: Hinsichtlich der Nachrichten über einen Brief des Staatspräsidenten an den Ministerpräsidenten in der Angelegenheit De Michelis wird bestätigt, daß dieser Brief am 23. Januar abgegangen ist".

Kabinett des Libanon in Gefahr

AFP, Beirut

Durch den am Samstag erfolgten Rücktritt des libanesischen Ministers Selim el Hoss, zuständig für Wirtschaft, Erziehung und Soziales, droht die am 30. April 1984 gebildete „Regierung der nationalen Einheit" unter Raschid Karame auseinanderzubrechen. Erste Folge des Rücktritt war gestern die Vertagung einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrats, in der über Wirtschaftsmaßnahmen entschieden werden sollte. Läßt sich El Hoss nicht umstimmen, so wird nach Ansicht von Beobachtern das neunköpfige Kabinett in den nächsten Tagen zerbrechen, da weitere Minister dem Beispiel des Wirtschaftsministers folgen könnten. In gutinformierten Kreisen wird nicht ausgeschlossen, daß ein Vertreter Syriens nach Beirut zu Unterredungen mit El Hoss entsandt wird. Der Minister hatte bereits mehrfach die Politik der Regierung zu Fragen der Wirtschaft und inneren Sicherheit kritisiert.

Warschau fordert von Priestern Zurückhaltung

dpa, Warschau

Der Vorsitzende des polnischen Amtes für Kirchenfragen, Adam Lopatka, hat die Führung der katholischen Kirche aufgefordert, gegen „illegale" Handlungen von Priestern und die Verwendung kirchlicher Räume und religiöser Symbole für „staatsfeindliche" Ziele vorzugehen. In einem am Samstag von der Regierungszeitung „Rzeczpospolita" veröffentlichten Interview versicherte der Minister, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche würden durch die „gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßenden Aktivitäten einiger Priester und Laien" gestört, die kirchliche Institutionen für Ziele ausnutzten, „die den Gesetzen und der Staatsraison Polens" widersprächen und auch der Kirche schadeten. Lopatka sprach von dem „kriegerischen Klerikalismus einiger Priester", die gegen den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat verstießen.

Renten: Finanzlage verschlechtert

PETER JENTSCH, Bonn

Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich gegenüber den bisherigen Erwartungen weiter verschlechtert. Im Bundesarbeitsministerium erwägt man bereits weitere Schritte zur kurzfristigen Liquiditätssicherung.

Nach Informationen der WELT werden drei Vorschläge diskutiert:

– Die Beiträge zur Rentenversicherung sollen noch in diesem Jahr – und damit bereits zum zweitenmal innerhalb weniger Monate – um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte auf 18,9 bzw. 19 Prozent angehoben werden.

– Um dies für Arbeitnehmer wie Wirtschaft „kostenneutral" zu gestalten, sollen gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entsprechend gesenkt werden. Alternativ wird erwogen, den Bundeszuschuß an die Rentenversicherung aufzustocken. Das aber stößt, wie es heißt, auf wenig Gegenliebe bei Finanzminister Stoltenberg.

– Als dritte Möglichkeit wird die Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) etwa auf 75 Prozent diskutiert. Dieser Vorschlag dürfte aber die geringsten Chancen in den Koalitionsfraktionen haben, da man mit Rücksicht auf den Bundeshaushalt eine Wiederanhebung der Bemessungsgrundlage kurz nach ihrer Reduzierung für problematisch hält.

Eine kurzfristige Lösung muß aber nach Auffassung der Experten im Bundesarbeitsministerium gefunden werden. Alles deutet nämlich darauf hin, daß sich die Finanzlage der Rentenversicherung auch gegenüber der jüngsten Schätzung auf der Basis der Zahlungseingänge bis zum 31. Dezember weiter verschlechtert hat. Gegenüber den Schätzungen im Oktober, die auch in den Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung eingegangen waren, hat sich die finanzielle Situation um mehr als zwei Milliarden Mark verschlechtert.

Im Bundesarbeitsministerium rechnet man auch nicht mehr damit, daß diese Situation durch die Beitragseinnahmen des Januar, die noch Beiträge für das Weihnachts- und Urlaubsgeld enthalten, wesentlich verbessert werden wird. Die endgültigen Zahlen werden im Februar vorliegen.

„Es darf keine Partei-Kirche geben"

Gespräch mit der CDU-Abgeordneten Ingrid Roitzsch zum Streit um Polit-Pastoren

GÜNTHER BADING, Bonn

Die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch hat sich gegen Vorwürfe aus der nordelbischen Kirche zur Wehr gesetzt, sie wolle mit dem von ihr mitinitiierten „Aufruf an unsere Bischöfe" (WELT v. 17. 1.) der linken Indoktrination in der Kirche Agitation „von rechts" entgegensetzen. Sie sei sich bewußt, daß sie mit ihrer – öffentlichen – Überlegung über einen Kirchenaustritt aufgrund der Politisierung der Kirchenarbeit und der Untätigkeit der leitenden Bischöfe den Anstoß zu diesem „Aufruf" gegeben habe. „Aber das habe ich doch nicht als Politikerin getan", sagte Frau Roitzsch im Gespräch mit der WELT. „Weil ich der Meinung bin, daß Politik, Parteipolitik überhaupt nicht in die Kirche gehört – weder von rechts noch von links."

Die Abgeordnete (44, verheiratet, zwei Kinder) aus Quickborn war so verärgert, daß sie zeitweise mit dem Gedanken eines Kirchenaustritts gespielt hat. Heute sagt sie: „Ich bleibe in dieser Kirche, solange ich auch nur einen Schimmer an Hoffnung sehe, daß man etwas zum Positiven, sprich zum Ursprünglichen verändern kann." Bestürzend ist für sie der „Etikettenschwindel mit Talar und Kanzel", mit dem manche Pastoren Politik betrieben. Sie sehe diese Pastoren als „Systemveränderer, die aus einem ganz klaren für sich selbst gesteckten politischen Auftrag handeln und gegen diesen Staat angehen." Man müsse sich daran erinnern, daß Staat und Kirche durch einen Staatsvertrag miteinander verbunden seien. „Da muß man sich wirklich – in dem Fall als Politikerin – fragen: Kann der Staat mit einem solchen Partner einen Staatsvertrag haben, der nicht verhindert, daß seine Mitarbeiter diesen Staat aus seinen Angeln zu heben versuchen?"

Die Diskussion um die linke Agitation in der evangelisch-lutherischen Kirche ist für Frau Roitzsch nicht neu. Eigentlicher Auslöser war eine Weihnachtspredigt in ihrer Heimatgemeinde. Damals hatte der Pastor Maria und Joseph als „Stallbesetzer" bezeichnet, erklärt, er sei lieber rot als tot. Außerdem hatte er eine Jugendgruppe das Ergebnis einer „Meinungsumfrage" vortragen lassen, aus der angeblich hervorging, daß „nur die Linken für den Frieden sind". Damals, gerade in den Bundestag gewählt, habe sie auf Bitten von Gemeindemitgliedern, auch Angehörigen des Kirchenvorstands die Diskussion zunächst mit diesem Pastor, später auch mit den Bischöfen der Kirchenleitung begonnen. Fazit der vielen Gespräche mit der Kirchenleitung seit April 1980: „Es ist nichts geschehen." Die Distanzierung der Bischöfe per Pressemitteilung vom Aufruf zur totalen „Kriegsdienstverweigerung" der 27 Pastoren Ende vergangenen Jahres sei nicht genug. Von dem durch linke Pröbste an die Pastoren gesandten „Fürbittgebet" für Nicaragua hätten sich die Bischöfe gar nicht distanziert. Darin heißt es unter anderem, Nicaragua fühle sich „bedroht – bedroht von einer Invasion durch die USA". Das kleine Land laufe deshalb Gefahr, „wieder in einen Zustand zurückgeworfen zu werden, wo Hunger, Folter und Mord herrschen". Frau Roitzsch nennt dies pure anti-amerikanische, kommunistische Agitation.

Betrübt ist die Abgeordnete, daß der Vorsitzende der nordelbischen Kirchenleitung, Bischof Stoll, den „nordelbischen Aufruf", den sie zusammen mit zehn weiteren Persönlichkeiten unterschrieben hat, einfach in ein Rechts-Links-Schema einordnen will. „Wenn ein Bischof so bestürzende Tatbestände auf einen so vereinfachenden Nenner bringt und sagt: ‚Linke und Rechte müssen in der Kirche leben', dann hat er einfach nicht begriffen, worum es geht."

Dresden gedenkt des Infernos von 1945

SED will Übereinstimmung ihrer Politik mit kirchlichem Friedenshandeln bekunden

hrk. Berlin

Die „DDR"-Führung bemüht sich nach Eindrücken westlicher Kirchenkreise darum, einen hohen Repräsentanten der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland für die Teilnahme an der Staatskundgebung anläßlich des 40. Jahrestages der Vernichtung Dresdens zu gewinnen. SED-Generalsekretär Erich Honekker wird am *Nachmittag* des 13. Februars auf einer Kundgebung unter freiem Himmel in der Stadt sprechen. Für den Abend ist die festliche Eröffnung der originalgetreu wieder hergerichteten, weltberühmten Semper-Oper vorgesehen. Prominente westliche Politiker werden dabei offenbar nicht anwesend sein.

Die staatlichen Zeremonien zum 40. Jahrestag der Zerstörung von „Elb-Florenz" durch britische Bomber beginnen am Vormittag des 13. Februar mit einem ehrenden Gedenken *auf dem Dresdner Heidefriedhof.* Dort ruhen die Überreste von knapp 30 000 Opfern der Greuelnacht. Nach den Vorstellungen der SED-Führung wäre es sinnvoll, wenn die Ansprache von Honecker am selben Nachmittag vor Zehntausenden von Dresdnern, die das Schicksal ihrer leidgeprüften Stadt unabhängig von ihrer politischen Einstellung zur „DDR" betrauern wollen, vom Grußwort eines führenden evangelischen Geistlichen flankiert würde. Auf diese Weise könnte nach Auffassung der Partei die Übereinstimmung von staatlicher Friedenspolitik und kirchlichem Friedenshandeln öffentlich dokumentiert werden.

Schon im vergangenen Jahr sprach bei einer ähnlichen Kundgebung eine, wenn auch unbekannte, evangelische Pastorin aus dem Umfeld der Ost-CDU. Die damalige Veranstaltung fand in der Nähe der Frauenkirche statt, während die für den 13. Februar geplante Kundgebung zum erstenmal auf dem Theater-Platz vor der rekonstruierten Semper-Oper vorgesehen ist.

Bei der abendlichen Eröffnung der Oper, einem der eindrucksvollsten deutschen Bauwerke, wird außer dem Leiter der Ständigen Vertretung *der Bundesrepublik in Ost-Berlin,* Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, anscheinend kein ranghoher Gast der Bundesregierung anwesend sein. Das Gebäude selbst – seit Sommer 1984 spielfertig – war im vergangenen Frühjahr bereits dem damaligen designierten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bei einem Privatbesuch und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Anschluß an die Leipziger Messe gezeigt worden. Zuletzt bekam Nordrhein-Wesfalens Ministerpräsident Johannes Rau zu Beginn dieses Jahres den Zutritt zum Opernhaus.

Auf kirchlicher Seite sind zwei Veranstaltungen anläßlich des Jahrestages der barbarischen Zerstörung Dresdens vorgesehen: Am Abend des 12. Februar findet in der Christuskirche ein Forum statt, bei dem das Thema „Frieden" im Vordergrund steht.

Für den Abend des 13. Februar – zeitgleich mit der Premiere des Opernhauses – lädt die evangelisch-lutherische Landeskirche zu einem Requiem in der Kreuzkirche ein. Landesbischof Johannes Hempel, zugleich Vorsitzender des „DDR"-Kirchenbundes, hält die Gedenkansprache. Zu diesem Abend haben die Gastgeber eine Reihe ökumenischer Gäste eingeladen. In den Jahren zuvor hatte sich nach ähnlichen Veranstaltungen jeweils eine friedfertige Prozession junger Menschen in Bewegung gesetzt, die mit Kerzen in der Hand zur Ruine der Frauenkirche zogen und dort Lieder der Friedensbewegung wie „We shall overcome" sangen.

Auf alten Wegen

Mk. – Eines muß man dem Güterkraftverkehrsgewerbe und der Binnenschiffahrt lassen: Sie haben beim Seehafenhinterlandverkehr so geschickt taktiert, daß es kaum zu einer Gesetzesänderung kommen wird. Nachdem Bundesverkehrsminister Werner Dollinger den Häfen Hilfestellung versprochen hatte, war das Ziel der Küstenländer klar: Der Zu- und Ablauf zu den deutschen Seehäfen sollte so gestellt werden wie der grenzüberschreitende Verkehr, um Wettbewerbsnachteile abzubauen.

Falls, so die Einlassung Dollingers, das Gewerbe „freiwillig" keine zureichenden Angebote für die Tarifgestaltung unterbreiten würde, dann sollten die entsprechenden Gesetze geändert werden. Nun hat der Güterfernverkehr Zugeständnisse auf den Tisch gelegt, die auf eine Tarifsenkung von mehr als zehn Prozent hinauslaufen und auch die Möglichkeiten für Sonderabsprachen verbessern. Dies gilt jetzt im Verkehrsministerium als ausreichend, obwohl die Experten zuvor zu einem anderen Votum gekommen waren. Ob die Küstenländer nun ihren Gesetzentwurf einbringen oder nicht, ist zweitrangig. Im Bundestag hat er keine Chance. Die Lobby hat sich formiert.

Entscheidend für das Gewerbe waren nicht die Tarife, sondern es sollte auf keinen Fall am bestehenden Ordnungsrahmen mit seinen Regulierungen gerüttelt werden. Unter dem Stichwort „mehr Markt" läßt sich das, was geschehen soll, nicht verkaufen. Und das stimmt nicht gerade zuversichtlich. Mehr Flexibilität ist auch im Verkehrsbereich auf Dauer notwendig.

Zu ehrgeizige Ziele

Von WILHELM FURLER, London

Die Reaktionen in der britischen Finanz- und Geschäftswelt auf das von der Regierung Thatcher vorgelegte Sparprogramm für die nächsten drei Jahre sind alles andere als positiv. Als „kaum überzeugend" kritisieren Broker in der Londoner City die Finanzplanung im Regierungs-Weißbuch, wonach die Staatsausgaben bis zum Ende des Finanzjahres 1987/88, also bis kurz vor dem Auslaufen der gegenwärtigen Amtsperiode der Thatcher-Administration, real eingefroren werden sollen.

Bedenken an dem Ausgaben-Programm der Regierung sind auch angebracht. Die Zielsetzung, insbesondere das Vorhaben von Schatzkanzler Lawson, die Staatsausgaben im kommenden Finanzjahr, das im April beginnt, real sogar zu kürzen, muß als zu ehrgeizig bewertet werden, wenngleich ein Sparprogramm und die Motivierung hierfür durchaus zu begrüßen sind.

Kaum jemand wird der Regierung abnehmen, daß jetzt plötzlich gelingen soll, was in all den Jahren seit der Amtsübernahme 1979 auch nicht annähernd gelungen ist. Man fragt sich, ob Frau Thatcher und ihre Minister selbst daran glauben, was sie in ihr Weißbuch geschrieben haben, daß nämlich im kommenden Finanzjahr einer vorausgesagten Inflationsrate von rund vier Prozent ein Anstieg der Staatsausgaben um nur 3,1 Prozent gegenüberstehen wird.

Im vergangenen Jahr hatten sie ein ähnlich ehrgeiziges Sparprogramm für das laufende Finanzjahr 1984/85 vorgelegt, das aller Voraussicht nach um fünf bis sechs Prozent überschritten wird. Und dafür kann nicht allein der Bergarbeiter-Streik verantwortlich gemacht werden; es gab kaum ein Ministerium, das nicht eine Überziehung seines Ausgaben-Rahmens zugelassen hätte.

Die Regierung handelt sich den Vorwurf ein, daß sie wieder einmal zu unrealistischen und unplausiblen Projektionen verleitet wurde, nur um an ihrer mittelfristigen Planung festhalten zu können. Was soll man zum Beispiel von der erneut ins Weißbuch geschriebenen Voraussetzung halten, die Anhebung der Bezüge im öffentlichen Dienst könnte auf Jahresbasis auf drei Prozent beschränkt werden? Wie schon in den Jahren zuvor ist auch diesmal nicht daran zu denken: Feuerwehrleuten wie Eisenbahnern hüpft schon jetzt das Herz im Leibe aus Vorfreude auf die nächsten Tarifverhandlungen.

Das Anliegen an sich, den Gürtel so eng wie möglich zu schnallen, ehrt. Aber macht sich eine Regierung nicht in hohem Maße unglaubwürdig, wenn sie Prämissen setzt, die niemals eingehalten werden können? So ist zu großer Optimismus auch bei der Einschätzung der Inflations-Entwicklung und der Arbeitslosenzahlen völlig fehl am Platz.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten, der gegenwärtig bei 4,6 Prozent auf Jahresbasis liegt, wird sich angesichts gestiegener Zinsen und teurer Importe aufgrund der anhaltenden Pfund-Schwäche bestimmt nicht auf rund vier Prozent im Durchschnitt des kommenden Finanzjahres drücken lassen. Und die Annahme, daß die Arbeitslosenzahl nicht über die gegenwärtig rund drei Millionen hinaus steigen dürfte, wird von nicht einem einzigen Wirtschaftsforschungs-Institut geteilt. Wie teuer aber ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen wird, zeigt die Entwicklung der Ausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung: Seit 1979 hat sie sich von 1,47 auf heute 6,4 Milliarden Pfund (23 Milliarden Mark) mehr als vervierfacht.

Ganz abgesehen von der geradezu unseriösen Vernachlässigung realistischer Ansätze muß der Regierung der Vorwurf gemacht werden, mit ihrem Sparprogramm die Infrastruktur des Landes sträflich zu vernachlässigen. Fortgesetzte Kürzungen der Kapital-Investitionen haben nicht nur dazu geführt, daß Großbritannien im Ausbau seiner Infrastruktur weit dem kontontinental-europäischen Standard hinterherhinkt, was unter anderem der Wirtschaft des Landes erhebliche Wettbewerbsnachteile aufbürdet.

Sondern sie haben auch zu einer rapiden Qualitätsverschlechterung in der bestehenden Infrastruktur geführt – so im Straßennetz, in der Wasser- und Abwasser-Versorgung, im Bestand an Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen. Was würden Aktionäre von einem Vorstand halten, der in ähnlicher Weise tatenlos zusähe, wie die Anlagen heruntergewirtschaftet werden und verwahrlosen?

KERNENERGIE / Amerikas Atomwirtschaft in einer Übergangsperiode

Die großen Reaktorhersteller sehen die Auftragskrise als überwunden an

H.-A. SIEBERT, Washington

Es gehört zu beiden Seiten des Atlantiks zum guten Stil, rüde mit der Atomwirtschaft umzugehen. Aber die US-Kernkraft ist besser als ihr Ruf. Gegenwärtig macht Amerikas Atomwirtschaft einer Übergangsperiode durch: Angesichts der Luftverschmutzung durch fossile Energieträger ist Kernkraft nicht mehr tabu; bei Abstimmungen sprechen sich Gemeinden für die Inbetriebnahme von Reaktoren aus. Der Zug fährt, wenn auch nicht schnell, eindeutig in Richtung mehr Atomenergie.

Die „Großen Drei" unter den US-Reaktorherstellern – Westinghouse, General Electric und Combustion Engineering – *halten die Auftragskrise* längerfristig für überwunden. Trotz der Rückschläge bei Einzelprojekten, die Schlagzeilen machen, haben soeben drei Reaktoren eine erste Betriebserlaubnis erhalten. Insgesamt hat Washington 1984 sieben Lizenzen erteilt; weitere vier sind in den kommenden Monaten fällig.

Nüchterne Fakten unterstreichen den Erfolg: Seit der Ölkrise 1973 hat sich in den USA der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung von 4,5 auf 14 Prozent erhöht. Die Jahresleistung übersteigt bereits 325 Milliarden Kilowattstunden. Nahezu vervierfacht hat sich die Reaktorkapazität, und zwar von rund 21 000 auf 76 000 Megawatt. Lizenziert sind insgesamt 91 Atomkraftwerke, davon werden zehn noch nicht kommerziell genutzt. Im Bau befinden sich 36 Reaktoren.

Das sind ansehnliche Zahlen. Aufsehen erregen jedoch die in den elf Jahren stornierten 110 Reaktoraufträge. Blickt man genauer hin, dann stellen sie die Hälfte der unmittelbar nach dem arabischen Ölschock geplanten Atomkraftwerke dar. Damals saß die Furcht vor einem Energiedebakel tief, *die Elektrizitätsgesellschaften* wollten den Orderzug nicht verpassen. So fielen zum Beispiel alle 26 Anlagen, die auf dem Höhepunkt der Krise, 1974, bestellt wurden, dem Rotstift zum Opfer. Es waren jedoch in der Hauptsache ökonomische Gründe; denn die Planung stützte sich auf ein jährliches Stromverbrauchsplus von sieben Prozent. Die wirkliche Wachstumsrate, reduziert durch die folgende lange Stagflation, betrug 2,6 Prozent.

Natürlich haben sich die Erwartungen der Kernkraft-Befürworter nicht erfüllt. Trotz der vorsichtigen Unterstützung durch die Reagan-Administration sind noch im letzten Jahr, vor allem im Mittelwesten, acht Reaktoraufträge gestrichen und 29 auf später verschoben worden. Auf der Kippe stehen Seabrook 1 in New Hampshire und vielleicht auch Shoreham auf Long Island. Aber das ändert an der Tatsache nichts, daß auf zur Zeit 33 Baustellen die Arbeit normal verläuft. Im Frühjahr 1984 hat das Energieministerium in Washington eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die prüfen soll, wie 23 Reaktorvorhaben reaktiviert werden können.

Das Kernproblem sind in Amerika nicht mehr die Umweltgruppen, die lange gegen die Kernkraft Sturm gelaufen sind. Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes hat hier klarere Verhältnisse geschaffen, indem es die Verkündung von Bauverboten durch einstweilige Verfügung erschwerte. Was die weitere Ausbreitung der Kernkraft bremst, sind die enormen Kostensteigerungen, über die bekanntlich das Washington Public Power Supply System, zu dem sich im pazifischen Nordwesten mehr als 100 Stromerzeuger zusammengeschlossen hatten, stolperte. Von 1974 bis 1981 war der Preis für fünf 1000-Megawatt-Atomkraftwerke von vier auf 24 Milliarden Dollar geschnellt.

Die Ursachen dieser gewaltigen „cost overruns", von denen alle US-Gesellschaften geplagt werden, lassen sich in erster Linie auf die Ungewißheit zurückführen, die durch das langwierige Lizenzverfahren entstanden ist. In Zukunft muß es in acht Jahren abgeschlossen sein, was von der Branche als akzeptabel angesehen wird. Aber auch wegen der sich verändernden Technologien sind die Kosten in die Höhe geschossen. Der Unfall in Three Mile Island ist zwar nicht vergessen, aber Kernkraft gilt heute in den USA als sicher. Der Nuclear Waste Policy Act hat die Entsorgungszusagen entdramatisiert.

US-AKTIENMÄRKTE

Kurse schießen nach oben, aber Warnzeichen bleiben

DW. Washington

Es kommt selten vor, daß Wall-Street-Prognosen wirklich eintreffen. Diesmal liegen die Auguren richtig: Nach dem schwachen Start in der ersten Januar-Woche geht es an den US-Aktienmärkten, wenn auch im Zickzack, steil nach oben. An 15 Börsentagen hintereinander haben die Gewinner die Verlierer im Verhältnis 3:2 ausgebootet, was die Kaufbreite unterstreicht. Dabei schnitten Standardwerte besser ab, als die im Dow-Jones-Industrie-Index zusammengefaßten 30 „Glamours".

Im Wochenverlauf schnellte der populäre „Dow" um 48,70 (Freitag: plus 5,36) auf 1276,06 Punkte. Er liegt jetzt noch um elf Punkte unter seinem im November 1983 erreichten Hoch. Der umfassende Nyse-Index stieg sogar um 3,38 (0,39) auf 102,42 Punkte und brach damit seinen bisherigen Rekord. Das gilt übrigens auch für den Index von Standard & Poor's, der 500 Aktien enthält. Gefragt sind plötzlich Investmenthäuser wie Merrill Lynch und Phibro-Salomon; ansonsten konzentriert sich das Interesse auf Firmen wie IBM, International Paper und Phillips Petroleum.

Der Schlüssel für die Fortsetzung der Hausse ist leicht zu finden: Nach dem Rückgang der Zinsen drängen private Investoren auf den Markt. Im vergangenen Jahr verdüsterten sie das Börsenbild durch eine massive Liquidierung ihrer Portefeuilles; nun steigen sie wieder von Renten auf Aktien um. Dies wundert nicht, da die Renditen für 30jährige Treasury Bonds, die den Zins für Hypotheken und Unternehmensanleihen beeinflussen, schneller sinken. Freitag brachten sie nur noch 11,18 Prozent; für 10jährige Treasury Notes betrug die Rendite 10,95 Prozent.

Viele Broker träumen schon von einem „Dow", der 1400 Punkte übersteigt. Aber Warnzeichen bleiben. Als Bumerang kann sich nach Ansicht der Wall Street die Aussage des künftigen US-Finanzministers James A. Baker vor dem Finanzkomitee des Senats erweisen, wonach das Weiße Haus den Abbau der riesigen Haushaltsdefizite und die geplante Steuerreform als gleichrangige Ziele ansieht. Eine solche Strategie überfordert den Kongreß und kann beide Vorhaben torpedieren.

Für die Finanzmärkte hat das US-Budget absolute Priorität, zumal sich in den ersten drei Monaten des Finanzjahres 1985 das Defizit gegenüber dem Vorjahr von 63,3 auf 72,4 Mrd. Dollar erhöhte. Im Dezember erreichte die Bundesschuld 1663 Mrd. Dollar, die im selben Monat 23,4 Mrd. Dollar an Zinsen verschlang. Laut Preston Martin, dem stellvertretenden „Fed"-Chef, müßten bei der gegenwärtigen Inflationsrate von vier Prozent die langfristigen Zinsen um zwei bis drei Prozent niedriger sein. Daß dem nicht so ist, sei ein Beweis dafür, daß die Märkte der Preisstabilität nicht trauten.

AUF EIN WORT

» Der deutsche Aktienmarkt befindet sich insgesamt in einer ausgezeichneten Situation. Die wirtschaftliche Entwicklung sichert die Kurse von der fundamentalen Seite her gut ab. «

Dr. Kurt Richolt, Vorstandsmitglied der Commerzbank AG, Frankfurt.
FOTO: REINEMANN

ABGASARME AUTOS

Neuer Zeitplan der Kommission?

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission ist bereit, ihren ursprünglichen Zeitplan für die Einführung umweltfreundlicher Autos zu revidieren, hält aber die vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Termine für zu optimistisch. Dies geht aus einer Positionsbestimmung hervor, die auf Initiative des neuen britischen Umweltkommissars Davis vorgenommen wurde.

Nach einem Vorschlag des Parlaments sollen die europäischen Immissionsnormen für Autos grundsätzlich bereits zum 1.10.1986 an die strengeren amerikanischen Vorschriften angeglichen, zugleich aber Ausnahmemöglichkeiten für die Typen geschaffen werden, bei denen die Umstellung technische oder wirtschaftliche Probleme stellt. Die ursprünglichen Vorschläge der Kommission gingen dagegen von einer endgültigen Einführung der neuen Abgaswerte bis 1995 aus.

In ihren neuen „Orientierungen" vertritt die EG-Behörde die Auffassung, der Plan des Parlaments gewähre der Industrie keine ausreichende Anpassungsfrist und sei daher nicht realisierbar. Die verkürzte Frist werde außerdem dazu führen, für die Zukunft eine weniger kostspielige Methode als den Einbau von Katalysatoren auszuschließen.

Eine größere Zahl von Ausnahmen berge die Gefahr, daß die positiven Folgen für die Umwelt verlorengingen und die Einheit des europäischen Marktes beeinträchtigt werde.

OPEC-SITZUNG

Preisprobleme im Vordergrund

DW. Genf

Der internationale Druck auf die Ölpreise und die daraus entstehenden Probleme beherrschen die Sondersitzung, zu der dreizehn Fachminister der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) heute zusammen gekommen sind. Schon Anfang der Woche hatte es Spekulationen gegeben, der Opec-Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel (159 Liter) werde herabgesetzt. Die Gerüchte waren allerdings sofort dementiert worden.

Als am Samstag der Preisüberwachungsausschuß – wie üblich im Vorfeld einer Ministerkonferenz – tagte, äußerten die 13 teilnehmenden Ölminister die Auffassung, daß die Preisunterschiede zwischen den teureren Leichtölen und den billigeren Schwerölen – 3,75 Dollar pro Barrel – abgebaut werden müsse. Die Frage ist allerdings, welcher der beiden Preise reduziert und welcher heraufgesetzt werden soll.

Die Mehrzahl sprach sich am Wochenende für ein Anhebung des Schwerölpreises und gegen eine Senkung des Richtpreises aus. Damit wäre allerdings das Hauptproblem der Opec nicht gelöst, da am freien Ölmarkt vor allem für Leichtöle deutlich weniger als 29 Dollar pro Barrel gezahlt werden.

Auf der Tagung sollen auch Einzelheiten zu dem Kontrollorgan besprochen werden, das eingesetzt wird, damit in Zukunft Preise und Förderquoten besser eingehalten werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Süßwaren werden teurer

Köln (hdt.) – Der Kostendruck auf der Rohstoffseite, vor allem bei Rohkakao, Pflanzenfetten und Ölsamen, aber auch bei Verpackungen, macht nach Meinung der Süßwarenindustrie eine Preiserhöhung im laufenden Jahr unumgänglich. Diese Meinung vertritt die Branche auf der gestern in Köln eröffneten 15. Internationalen Süßwarenmesse, der größten ihrer Art, an 831 Aussteller aus 39 Ländern teilnehmen. Sie vertreten eine Branche, die weltweit einen jährlichen Produktionswert von 50 Mrd. Dollar anzubieten hat. Die deutsche Süßwarenindustrie erhöhte ihren Produktionswert 1984 um 6,4 Prozent auf 12,3 Mrd. DM, wobei das Exportvolumen von rund 2 Mrd. DM etwa dem Wert der Einfuhren entsprach.

Airbus für China

Peking (AFP) – Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Neues China hat am Wochenende den Kauf von drei Mittelstreckenflugzeugen „Airbus A-310" angekündigt. Unter Berufung auf einen „Handelsbeauftragten" fügte die Agentur hinzu, der in der vergangenen Woche paraphierte erste Vertrag mit dem europäischen Airbus-Konsortium werde im März in Peking unterzeichnet. Ein Kaufpreis ist nicht genannt. Zwei der drei Maschinen werden im Juni 1985 und die dritte im Jahre 1986 ausgeliefert.

Basse-Bank geschlossen

Frankfurt (cd.) – Die Berliner Bankenaufsichtsbehörde hat am Freitag die Schließung der Schalter des Bankhauses Wilhelm Basse KG in Hannover angeordnet, deren Kundeneinlagen durch den Feuerwehrfonds des privaten Bankgewerbes gesichert sind. Die Bank soll Verluste im Kreditgeschäft erlitten haben. Die kleine, 1980 gegründete Privatbank hatte Ende 1983 bei 5,57 Mill. DM Eigenkapital eine Bilanzsumme von knapp 95 Mill. DM, davon gut 87 Mill. DM Einlagen. Komplementäre der Bank sind Manfred Heller und die Vermögenstreuhandgesellschaft mbH. Im Kreditgewerbe hat die Schließung der Bank keinerlei Wirbel verursacht, weil das Institut als unbedeutend gilt.

Gegen Agrarüberschüsse

Paris (dpa/VWD) – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat jetzt die Industrieländer aufgefordert, die *landwirtschaftlichen Überschüsse* abzubauen. Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, das Angebot unter Kontrolle zu halten, schreibt die Organisation in ihrem jüngsten Bericht. So könne beispielsweise Druck auf die Preise ausgeübt oder die Produktion beschränkt werden. Quotensysteme sollten Bestandteil der Landwirtschaftspolitik werden. Um zu verhindern, daß die Probleme des Überangebots anstatt gelöst einfach von einem Produktionssektor auf einen anderen verlagert werden, sollten die Maßnahmen zur Beschränkung möglichst auf den gesamten landwirtschaftlichen Bereich bezogen werden.

Austritt ratifiziert

Brüssel (VWD) – Der Austritt Grönlands aus der Europäischen Gemeinschaft kann zum 1. Februar 1985 in Kraft treten. Alle nationalen Parlamente haben mittlerweile die Austrittsurkunde ratifiziert. Ursprünglich war der Austritt Grönlands zum 1. Januar 1985 vorgesehen, mußte aber wegen der Verzögerungen bei den Ratifizierungsprozeduren einzelner Parlamente verschoben werden. Der EG-Ministerrat hatte bereits am 15. Januar für Grönland eine Finanzhilfe für 1985 in Höhe von knapp 60 Mill. DM bewilligt, die als Gegenleistung für Fischereirechte der Gemeinschaft, vor allem Deutschlands, in grönländischen Gewässern gezahlt wird.

Entschädigung gefordert

Berlin (dpa) – Für eine Halbierung der Schadstoffbelastung der Wälder bis zum Jahre 1993 hat sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände am Rande der 50. Internationalen Grünen Woche in Berlin eingesetzt. Außerdem forderte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Philipp Freiherr von Boeselager, erneut eine Schadensvergütung für die vom Waldsterben betroffenen *Waldbesitzer, deren Verluste zur Zeit* im Bundesgebiet etwa eine Milliarde Mark jährlich betrügen.

Iran stoppt Importe

Teheran (rtr) – Iran hat nach Informationen aus Diplomatenkreisen angesichts fallender Ölexporte und niedriger Währungsreserven seine Importe fast vollständig gestoppt. So habe die Zentralbank in der vergangenen Woche *eine interne Anordnung* herausgegeben, die alle Kreditbriefe für Importe mit erheblichen Restriktionen versehe. Iran lehne Handelsgeschäfte, die nicht im Rahmen eines Tauschgeschäftes den Kauf von Öl beinhalten, ab.

Weg der Kurse

	25.1.85	18.1.85
Boeing	60,375	57,75
Chrysler	34,375	32,625
Citicorp	43,75	40,375
Coca-Cola	62,25	61,875
Exxon	46	45,875
Ford Motors	49,375	47,50
IBM	133,375	123,50
PanAm	4,625	4,25
US Steel	27,75	26,75
Woolworth	42,125	39,25

TECHNOLOGIE

Erhebliche Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Positiv zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik *haben sich Forschungsminister* Heinz Riesenhuber und der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, geäußert. Gestützt wird diese Ansicht auch durch eine Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Nach Ansicht Riesenhubers sind im Bereich der Informationstechniken in den vergangenen beiden Jahren erhebliche Fortschritte gemacht worden. Von besonderer Bedeutung sei, daß die deutsche Wirtschaft beim Zusammenfügen von Mechanik und Elektronik, von Regeltechnik und Anlagen erheblich vorangekommen sei. Dies gelte für den Maschinen- und Anlagebau, den Säulen des deutschen Exports. Stark sei die Position auch bei Arzneimitteln und bei Kunststoffen.

Werde die Wettbewerbsposition anhand der Lieferanteile bei technologisch-intensiver Produktion am Welthandel, an Auslandspatentanmeldungen und der Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung gemessen, dann nimmt die Bundesrepublik nach Ansicht Essers nach den USA nach wie vor eine Spitzenstellung ein.

Die strukturelle Unterbeschäftigung sei in erster Linie eine Folge zu hoher Personalkosten und weniger die Folge des technischen Fortschritts. Der Einsatz der modernen Elektronik löse Beschäftigungsimpulse aus.

Nach der Analyse des Kieler Instituts haben sich die Forschungsaufwendungen und die Patenterteilungen der deutschen Wirtschaft denen in den USA angenähert. Probleme gebe es bei der Umsetzung in der Produktion.

BAUWIRTSCHAFT / *Fünfhundert Aussteller präsentieren sich auf der „Deubau '85"*

Schneider optimistischer als die Branche

bsg/dpa, Essen

„Umweltbewußt planen – kostengünstig bauen." Mit diesem Leithema folgt die Deubau '85 den aktuellen Strömungen. Bis zum 3. Februar präsentieren sich 500 Aussteller aus neun Nationen unter dem Motto. Die Branche, Schlußlicht in der konjunkturellen Entwicklung, setzt dabei auf die marktbelebende Kraft dieser bisher größten Baufachmesse.

Auch die Bundesregierung versucht diesen Wirtschaftszweig zu stützen: Die für Anfang 1987 geplante steuerliche Neuordnung beim selbstgenutzten Wohnungseigentum soll möglicherweise um ein Jahr vorgezogen werden und damit einer immer dringenderen Forderung der Bauwirtschaft nachkommen. Denn die Branche ist überzeugt, daß ein Festhalten am Termin Anfang 1987 viele Bauherren zum Abwarten veranlasste und den Wohnungsbau weiter in ein Konjunkturtal reiße.

Bei der Eröffnung der Messe am Wochenende erklärte nun Bundesbauminister Oscar Schneider, Beratungen über dieses Thema seien im Gange. Bis Ende 1986 könnten Vergünstigungen aus dem wohnungspolitischen *Sofortprogramm* von Ende 1982 in Anspruch genommen werden. Es werde deshalb keine Lücke geben. Eine Kabinettsentscheidung sei Anfang Februar zu erwarten.

Der Minister verwies allerdings auch darauf, daß die realen Bauinvestitionen 1984 zwar hinter dem Wachstum des Bruttosozialprodukts zurückgeblieben, aber doch noch insgesamt um 1,5 Prozent und im Wohnungsbau um rund zwei Prozent gestiegen seien. Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen habe über dem Niveau des Jahres 1982 gelegen, die der fertiggestellten Wohnungen mit 350 000 bis 400 000 deutlich über dem Ergebnis 1983. Angesichts dessen überrasche die extrem negative Stimmung in der Bauwirtschaft. Längerfristig wird sich die Bauwirtschaft nach den Worten des Ministers allerdings auf eine Nachfrage von höchstens 350 000 neuen Wohnungen pro Jahr einstellen müssen.

Dem Optimismus des Ministers mochte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Fritz Eichbauer, nicht folgen. Die Bundesregierung bedachte er mit Kritik. Steigende Konkurszahlen sowie 200 000 arbeitslose Bauarbeiter und über 100 000 Kurzarbeiter sprächen für sich.

Der ZDB fordert keine Sonderprogramme zugunsten der Bauwirtschaft, verlangt aber mehr Investitionen der öffentlichen Hand. Die Politiker dürften den bedeutendsten Zweig der deutschen Volkswirtschaft „nicht vor die Hunde gehen lassen". In den nächsten zwei Jahren sei mit weiteren 5000 Bauinsolvenzen zu rechnen.

ISRAEL

Neues Sozialpaket verabschiedet

SAD, Jerusalem

Den zweiten Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung hat Israel vorbereitet, nachdem sich Regierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf ein zweites Sozialpaket geeinigt haben. Das erste, das Preis- und Lohnstopp vorschreibt, läuft nach drei Monaten Anfang Februar aus. Das zweite Paket wird sich direkt anschließen, sich diesmal aber über acht Monate erstrecken.

Das neue Abkommen macht zum ersten Mal einen Versuch, staatliche Subventionen abzubauen. Denn die Preise für Grundnahrungsmittel, wie beispielsweise Brot, werden bisher künstlich niedrig gehalten. Um keine jähen Strukturumwälzungen auszulösen, sollen die Subventionen stufenweise abgebaut werden.

Bis Ende des Fiskaljahres sollen durch die Maßnahme rund eine Milliarde Dollar eingespart werden. Um den Erfolg nicht zu schmälern, wird die Lohnindexierung eingeengt: Sinkt der Lebenshaltungskostenindex um weniger als sechs Prozent, erhalten die Arbeitnehmer keine Teuerungszulage. Damit sinken die Realeinkommen.

MINDERHEITENSCHUTZ / Mit Hilfe eines Artikelgesetzes soll Wahlverfahren zum Betriebsrat geändert werden

Regelung für Leitende Angestellte ist in Sicht

KAREN SÖHLER, Bonn

Trotz gewerkschaftlichen Dauerfeuers will das Regierungslager eine Änderung der betrieblichen Mitbestimmung durchsetzen. Mit dem Artikelgesetz unter dem Oberbegriff „Minderheitenschutzgesetz" soll das Wahlverfahren belegschaftsnäher gestaltet und der Einfluß der Leitenden Angestellten gestärkt werden. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion, Heimo George, ist zuversichtlich, daß der Entwurf eine Mehrheit findet. Gestützt fühlt er sich durch ein Gespräch zwischen Vertretern der Fraktion und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Gustav Fehrenbach. Bei diesem Treffen hatte sich der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hinter den Entwurf gestellt. Der DGB antwortete mit der Drohung, im Gegenzug die paritätische Mitbestimmung in den Handwerkskammern einzuführen.

Der Beschluß, ein Gesetz zum Schutz von Minderheiten (Deutsche Angestellten Gewerkschaft oder Christlicher Gewerkschaftsbund) zu entwerfen, war schon Ende letzten Jahres von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gefaßt worden. Die vorgesehenen Änderungen im Betriebsverfassungsgesetz (vergleichbar Personalvertretungsgesetz) betreffen das Wahlverfahren zum Betriebsrat, die Zusammensetzung seiner Ausschüsse und die Wahl der freigestellten Betriebsratsmitglieder. Die politische Diskussion konzentriert sich auf drei Punkte:

1. In Zukunft sollen drei oder fünf Prozent der Unterschriften wahlberechtigter Belegschaftsmitglieder ausreichen, damit die Wahl gültig wird. Um den genauen Prozentsatz wird noch gerungen.
2. Wer einen Kandidaten für den Betriebsrat vorschlägt, soll bessere Durchsetzungschancen erhalten. Listen sollen zugelassen werden, wenn nur zwei betriebsfremde Beauftragte einer in dem Unternehmen vertretenen Gewerkschaft unterschrieben haben. Damit stiegen die Chancen für Minderheitsorganisationen, Vertreter im Betriebsrat durchzusetzen.
3. Der Betriebsratsausschuß – der bei neun und mehr Betriebsratsmitgliedern gebildet wird und sich vor allem um Verwaltungsaufgaben kümmert – soll nicht mehr nach dem Mehrheits-, sondern nach dem Verhältniswahlrecht zusammengesetzt werden. Bisher hatten kleine Interessenvertretungen kaum Chancen, entsprechend ihrer Anhängerschaft im Unternehmen in den Ausschuß einzudringen. Dieser Weg wird überwiegend durch die Einzelgewerkschaften des DGB blockiert.

Obwohl für Minderheitenschutz lockt die FDP vor allem der dritte Abschnitt des geplanten Artikelgesetzes. Durch ihn erhielten die Leitenden Angestellten, eine den Liberalen freundlich gesonnene Gruppe, endlich eigene, gesetzlich verankerte Interessenvertretungen – unabhängig von der Betriebsverfassung. Die jahrelangen Bemühungen hatten bisher nur zu Sprecherausschüssen auf freiwilliger Basis geführt.

Die Definition des Leitenden Angestellten würde dabei weiterhin dem Paragraphen 5, Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes entnommen. Das entspricht nicht völlig den Wünschen des Dachverbandes (Union der Leitenden Angestellten), weil diese Beschreibung zu schwammig sei. Trost ist jedoch der Teilerfolg. Das Gesetz erweiterte nicht die Mitbestimmungsrechte.

Ins Rollen gebracht hat das alles ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) vom 16. Oktober 1984. Es hatte die Zehnprozentklausel (zehn Prozent der wahlberechtigten Belegschaft müssen den Wahlvorschlag unterzeichnen) als grundgesetzwidrig eingestuft. Die Regelung sei unvereinbar mit dem Artikel 3 des Grundgesetzes, der Gleichheit und Gleichbehandlung aller Deutschen festschreibt. Dieser Spruch bezog sich zwar nur auf das Personalvertretungsgesetz, jedoch gilt die gleiche Zehnprozenthürde auch für das Betriebsverfassungsgesetz. So geriet die Regierung in Zugzwang.

Doch eine Zwickmühle hemmte zunächst den Eifer. Einerseits scheut sie eine Generalreform des Betriebsverfassungsgesetzes, weil sie damit dem Drang der Gewerkschaften nach mehr Mitbestimmung ausgesetzt wäre. Denn schon die geplanten minimalen Änderungen sind dem DGB ein Dorn im Auge. Für die Gewerkschaften stellt sich die Machtfrage.

Andererseits fühlt sich die christlich-liberale Koalition den Interessen kleinerer Gewerkschaften und der Leitenden Angestellten verpflichtet. Ein Koalitionsgespräch darüber findet am 6. Februar statt.

GROSSBRITANNIEN / Krise der Whisky-Industrie

Neue Zielgruppen gesucht

WILHELM FURLER, London

Scotch Whisky ist die von den Briten am meisten getrunkene Spirituose: Er deckt etwa die Hälfte des Spirituosen-Konsums in Großbritannien. Wird Scotch aber seinen Spitzenplatz halten können, heißt die bange Frage, die sich die Whisky-Produzenten immer häufiger stellen.

Zwar hat die Rezession in Großbritannien den Absatz von Spirituosen allgemein stark reduziert; er verringerte sich seit 1979 um nahezu 15 Prozent. Doch in der gleichen Zeit ist der britische Whisky-Konsum um mehr als 17 Prozent gefallen. Und das hat die schottische Whisky-Industrie in Bedrängnis gebracht, zumal es auf den Auslandsmärkten ebenfalls nicht rosig aussieht. Das hat hier wie dort mit den sich ändernden Trinkgewohnheiten zu tun, wobei insbesondere leichtere Mix-Getränke auf dem Vormarsch sind.

Doch die Whisky-Produzenten verschärfen ihre Probleme im Ausland selbst, indem etliche Hersteller massenweise Malt-Whisky an ausländische Produzenten liefern. Die wiederum mischen ihr eigenes Produkt mit schottischem Malt und bringen es, vor allem in Japan in direktem Wettbewerb zu echtem Scotch auf den Markt. Dies schadet nicht nur dem Absatz der gesamten schottischen Whisky-Branche, sondern auch dem exzellenten Image von Scotch.

Das Bankrott-Gespenst geht spätestens um, seit die bedeutende Whisky-Firma Tomatin Distillers in der Nähe von Inverness vor wenigen Tagen den Vergleichsantrag stellen mußte. Tomatin ist der größte unabhängige Hersteller von Malt Whisky im Land, und beliefert die großen Blended Scotch-Namen mit einem Jahr alten Malt. Die letzten sechs Jahre haben nur Verluste gebracht, und zum Zeitpunkt des Vergleichsantrages arbeitete Tomatin, das ebenso verzweifelt wie erfolglos nach einem Käufer suchte, nur mit 20 Prozent seiner Kapazität. Um die übergroßen Lagerbestände an Malt abzubauen und sie der Nachfrage anzupassen, hat sich gleichzeitig Schottlands größter Whisky-Hersteller, The Distillers Company, zur Schließung von zehn seiner 34 Malt-Whisky-Distillerien und zur Entlassung von 180 Mitarbeitern entschließen müssen. Weitere Firmen werden dem Gang von Tomatin folgen müssen, wenn es nicht der Branche gelingt, die beiden Zielgruppen entschieden aufs Korn zu nehmen, die vom Whisky-Marketing bislang vernachlässigt wurden: Jugendliche und Frauen.

Leichtes Wachstum in der UdSSR

AP, Moskau

Die sowjetische Wirtschaft konnte 1984 einen leichten Zuwachs verzeichnen, muß jedoch auf dem Agrarsektor weitere Einbußen hinnehmen. Dies geht aus der Jahresbilanz des sowjetischen Zentralamts für Statistik hervor, die jetzt in der Regierungszeitung „Iswestija" veröffentlicht wurde. Erneut nannte das Amt keine Zahlen für die Getreideernte; doch wurde die Produktion vom US-Landwirtschaftsministerium auf 170 Millionen Tonnen geschätzt. Der Wert der gesamten landwirtschaftlichen Produktion 1984 entsprach dem Vorjahreswert.

Die Industrieproduktion wuchs laut Statistik um 4,2 Prozent. Damit einher ging eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 3,8 Prozent, die damit noch über der Steigerung in 1983 lag. Das Nationaleinkommen stieg dem Bericht zufolge um 2,4 Prozent auf 496 Milliarden Rubel. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug somit 1800 Rubel.

LANDWIRTSCHAFT / EG-Agrarpolitik hat Einkommensgefälle nicht eingeebnet, aber auch nicht verstärkt

Deutsche Bauern liegen unter dem Durchschnitt

WILHELM HADLER, Brüssel

Gegen eine Pauschalbehandlung der Landwirte bei den kommenden Agrarpreisverhandlungen will sich Ernährungsminister Ignaz Kiechle zur Wehr setzen. Eine Untersuchung der Brüsseler Kommission gibt ihm recht: Das Einkommensgefälle zwischen den rund acht Millionen Bauern in der EG ist beträchtlich und auf vielerlei Ursachen zurückzuführen.

Die höchsten Einkommen (betriebliche Nettowertschöpfung je landwirtschaftliche Arbeitseinheit) hatten nach der EG-Expertise im Wirtschaftsjahr 1981/82 die Landwirte der Niederlande, Dänemarks, Belgiens und Großbritanniens. Frankreich und Luxemburg lagen leicht über dem Gemeinschaftsdurchschnitt, die Bundesrepublik und Irland knapp darunter.

Zum Teil ist dieser niedrigere Wert allerdings durch die günstigen Abschreibungsmöglichkeiten für die deutschen Bauern zu erklären. Sie sorgten dafür, daß die Einkommen statistisch entsprechend niedriger ausfielen aus bei Landwirten mit vergleichbarem Betriebsergebnis. Das niedrigste Agrareinkommen verzeichneten Italien und Griechenland. Das Gefälle zwischen den „Durchschnittslandwirten" in Griechenland und Holland betrug eins zu fünf.

Gesamtangaben für die Mitgliedsländer geben allerdings nur ein ungenügendes Bild von der Lage der europäischen Landwirtschaft, sie verdekken die großen Einkommensunterschiede innerhalb jedes einzelnen Landes. Die geringsten Einkommensspannen wurden (in aufsteigender Reihenfolge) in Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Griechenland registriert. Weit größere Abweichungen ergaben sich in der Bundesrepublik und Luxemburg.

Abhängig ist das bäuerliche Einkommen nicht nur von den natürlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft, dem wirtschaftlichen Umfeld und der beruflichen Bildung der Landwirte, sondern vor allem von der Größe, Struktur und Ausrichtung der Betriebe. Bei Großkulturen, im Obst- und Gemüsebau, bei der Blumenzucht und der bodenunabhängigen Viehhaltung, lag das Einkommen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – über dem Durchschnitt der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten. In der Rind- und Schaffleischerzeugung sowie in Betrieben mit geringer Spezialisierung (gemischter Ackerbau und gemischte Viehhaltung) wurde im allgemeinen nach den Ergebnissen des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchhaltungen (INLB) ein niedrigeres Einkommen erzielt.

Das geringste Einkommen hatten die luxemburgischen und deutschen Rinderhalter, italienischen Weinbauern und die griechischen Ackerbauern und Viehhalter. Eindeutig am besten gestellt waren Getreide- und Gartenbaubetriebe in Belgien, den Niederlanden, Frankreichs, Großbritanniens und Dänemarks sowie niederländischen und dänischen Milcherzeugern. Das extreme Einkommensgefälle zwischen den Produktionsausrichtungen betrug 1 : 3,6 (gemischter Pflanzenbau bzw. bodenunabhängige Viehhaltung).

Die gemeinsame Agrarpolitik hat nach der Untersuchung das Einkommensgefälle nicht beseitigt, in jüngster Zeit aber auch nicht verstärkt: 34 Prozent der EG-Landwirte erzielten 1981/82 ein Einkommen von über 8000 ECU (18 000 DM). Auf dieses Drittel der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung entfallen jedoch 56 Prozent des Bodens, 62 Prozent des Viehbestandes und 66 Prozent der Gesamterzeugung der untersuchten Betriebe.

RENTENMARKT / Furcht vor höherem Lombardsatz

Zinsen sind weiter gestiegen

Der Rentenmarkt stöhnt unter der Fülle und unter dem hohen Volumen der Neuemissionen, und das um so mehr, als eine Leitzinserhöhung befürchtet wird, die wohl das gesamte Kapitalzinsniveau anheben würde. So ist es kein Wunder, daß der Markt in der vorigen Woche schwächer tendierte, die Zinsen also weiter stiegen. Bei dieser trüben Marktverfassung war man über die neue Bundesanleihe nicht gerade begeistert, obwohl der Bund einen um 0,25 Prozentpunkte höheren Kupon anbietet als bei seiner Neujahrsanleihe, die ebenfalls zu 100,25 emittiert wurde. (cd.)

Emissionen	25.1. 85	18.1. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,81	6,67	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,90	6,81	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,71	6,60	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,93	6,85	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,79	6,74	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,50	6,62	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,28	7,23	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,79	6,72	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,37	7,29	7,20	8,08	8,45

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien, Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Gunther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

AGRARWIRTSCHAFT / Überholte Werbekonzeption

Neue Marketing-Strategie

dos. Hannover

Die pauschale Werbung für Produkte der deutschen Landwirtschaft ist längst nicht mehr zeitgemäß. Diese Ansicht vertritt der Geschäftsführer der Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte, Manfred Helzer. Die Mitte der sechziger Jahre geborene Idee der Gemeinschaftswerbung habe ihren Sinn verloren, seit in der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik Überschüsse produziert werden und der Selbstversorgungsgrad bei fast allen Erzeugnissen erreicht ist.

Helzer fordert nachdrücklich eine Neuorientierung der Marketing-Strategien, um den Interessen der Landwirtschaft besser gerecht zu werden. Ziel aller Bemühungen müsse es sein, stärkeren Einfluß auf den Markt zu gewinnen. Dies allerdings setze voraus, daß alle Beteiligten – vom Produzenten über Vermarktungsunternehmen bis hin zur Nahrungsmittelindustrie – enger als bisher zusammenarbeiten.

Helzers Modell, das ansatzweise in Niedersachsen bereits praktiziert wird, sieht den Zusammenschluß bäuerlicher Betriebe mit gleichen Produkten zu Erzeugergemeinschaften vor. Diese seien besser in der Lage, ihre Interessen bei den Vermarktern, also den Genossenschaften, durchzusetzen.

Die Vermarktungsunternehmen wiederum müßten sich nach Helzers Auffassung mit der Nahrungsmittelindustrie über eine gezielte kundenorientierte Zusammenarbeit verständigen. Nur so lasse sich die Schlagkraft erreichen, die ausreichend wäre, um der Nachfragemacht des Handels paroli zu bieten.

Im Mittelpunkt einer solchen Strategie stehen gezielte logistische Maßnahmen. Es gehe darum, Warensortimente zu liefern, die auf den Bedarf bestimmter Abnehmer zugeschnitten sind und den Empfänger qualitätsgerecht zu genau vereinbarten Terminen erreichen. Helzer begründet seine Vorstellungen, die sich deutlich von dem CMA-Konzept unterscheiden, mit dem stagnierenden Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte. Ein Zehnjahresvergleich zeige, daß lediglich substituiert, nicht aber mehr verbraucht wurde.

FIAT / Nettoverschuldung erheblich abgebaut

„Schlüsselrolle für Europa"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine deutliche Steigerung des Umsatzes um 5,6 Prozent auf 37,6 Mrd. DM, eine noch kräftigere Steigerung des Betriebsergebnisses um 23,8 Prozent auf 2,6 Mrd. DM sowie eine erhebliche Verringerung der Nettoverschuldung auf 7,1 (8,7) Mrd. DM kennzeichneten das Geschäftsjahr 1984 der Fiat-Gruppe, Turin.

In einem Aktionärsbrief betont Präsident Gianni Agnelli die gleichzeitige Verstärkung der Eigenmittel durch eine Kapitalaufstockung um das Sechsfache auf 3,4 Mrd. DM. Fiat habe als europäischer Marktführer bei Autos und Traktoren und als zweitgrößter Hersteller von Industriefahrzeugen eine „Schlüsselposition bei der Auseinandersetzung des alten Kontinents mit der amerikanischen und japanischen Herausforderung" übernommen.

Fiat ist nach den Worten Agnellis stark und gesund genug, nicht nur vorübergehend Gewinne zu erwirtschaften. Die Investitionen stiegen 1984 auf 3,5 (3,3) Mrd. DM, darunter allein 1 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung. Die konsolidierte Selbstfinanzierung des Konzerns wird mit 2,9 (2,4) Mrd. DM angegeben, das sind 7,7 (6,7) Prozent des Umsatzes. Die Beschäftigtenzahlen gingen von 244 000 auf 230 000 zurück. Die Fiat S. P. A. habe von ihren Gesellschaften höhere Beteiligungserträge erhalten.

Der Autosektor erreichte 1984 einen Umsatz von 20,3 (19,3) Mrd. DM. In Italien wurden 1,27 Mill. Fahrzeuge (plus 3,8 Prozent) produziert. Der Industriefahrzeugbereich blieb mit 7,5 Mrd. DM Umsatz in etwa auf dem Vorjahresumsatz. Unter der Marke Iveco wurde mit 30 300 (32 600) Verkäufen die Position in Italien bei 60 Prozent gehalten. Der Landmaschinenbereich, drittgrößte Säule der Gruppe, steuerte 3,2 (2,8) Mrd. DM, der Zulieferteilesektor 4 Mrd. DM und der Sektor Erdbewegungsmaschinen 1,7 61,3) Mrd. DM zum Konzernumsatz bei.

DEUTSCHES REISEBÜRO / Die Ausgangsposition hat sich wesentlich verbessert

„Umsatz und Ertrag stimmen"

G. BRÜGGEMANN, Kronberg

Angesichts überproportional steigender Freizeitausgaben sind die Voraussetzungen für die Reisebranche so günstig, daß die Zukunft positiv zu bewerten ist. Mit dieser Feststellung begründete Hans Glaser, Vorsitzender der Geschäftsleitung in der Deutschen Reisebüro GmbH (DER) seine zuversichtliche Einschätzung der Entwicklung 1985. Auf der Jahrespressekonferenz seines Unternehmens in Kronberg erklärte er, daß sich die Ausgangsposition gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert habe.

Dabei war schon dieses Jahr 1984 für die Reisebranche vom Geschäftsvolumen her gesehen das erfolgreichste der letzten vier Jahre. Beigetragen hat hierzu vor allem die starke Belebung des touristischen Geschäftes. Unbefriedigend sieht Glaser jedoch nach wie vor die Umsatzrendite (1983 0,67 Prozent), die sich zwar verbessern werde, aber in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den unternehmerischen Risiken stehe.

Das DER ist 1984 besser über die Runden gekommen als die Branche insgesamt. „Umsatz und Ertrag stimmen", sagte Glaser. Der Gesamtumsatz stieg um 15 Prozent auf 2,17 Mrd. DM. Die breit diversifizierte Angebotspalette und deren flexible Anpassung an Nachfrageveränderungen habe sich bewährt. Diese Feststellung sieht Glaser durch die Entwicklung des DER-Eigenumsatzes bestätigt, der um 6,3 Prozent auf 1,25 Mrd. DM stieg und nun 57,5 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht. Der Bahn-Inkassoumsatz dagegen erhöhte sich nur um 3,2 Prozent auf 921 Mill. DM.

Praktisch in allen Geschäftsbereichen hat das DER Zuwachsraten zu verzeichnen. Das galt auch für den Schienenverkehr, der sich nach einem Rückschlag (minus 5 Prozent) spürbar erholte (plus 2,8 Prozent). Überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat die Sparte Touristik/Kongreß/Hotel, deren Umsatz sich um 13,1 Prozent auf 483 Mill. DM erhöhte. Auf die drei touristischen Hauptprogramme entfiel bei einem Buchungsplus von 12,4 Prozent ein Umsatz von 120 Mill. DM (plus 10,7 Prozent). Im Bereich der Studien- und Kongreßreisen, der Kongreßorganisation und der Sportreisen wurde ein Umsatzzuwachs von 23,6 Prozent auf 28,4 Mill. DM erzielt. Als besonders erfolgreich erwiesen sich die Reisen zu den großen internationalen Sportveranstaltungen.

Auch das Amerika-ABC-Geschäft hat sich angesichts mancherlei Belastungen wie den hohen Dollarkurs und den zunehmenden Wettbewerben im Flugverkehr auf den Nordatlantikstrecken erstaunlich gut entwickelt. Auf Grund des attraktiven Preis-Leistung-Verhältnisses der Angebote stieg der Umsatz um 15,7 Prozent auf 211 Mill. DM. Trotz des unverändert festen Dollars rechnet Glaser und der zuständige Direktor Peter Landberger auch 1985 mit einer positiven Entwicklung. Der Winter 1984/85 laufe besser als die gleiche Zeit im Vorjahr. Das neu in das DER-Programm aufgenommene Angebot für Reisen nach Australien und Neuseeland wurde vom Markt akzeptiert.

Zu der insgesamt guten Entwicklung des Jahres 1984 hat vor allem die touristische Buchungsentwicklung im zweiten Halbjahr beigetragen. Nach einer streikbedingten Abschwächung im Frühjahr wurden die Ausfälle durch zweistellige Monatszuwachsraten, die im Oktober 28,6 Prozent erreichten, mehr als überkompensiert. Glaser verhehlt nicht, daß die gute Gesamtlage starke regionale Unterschiede überdeckt. Vor allem Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen einschließlich Bremen und Berlin konnten nur unterproportionale Zuwachsraten erzielen.

Für die Zukunft rechnet Glaser mit weiter steigenden Freizeitausgaben, von denen auch die Reisebranche profitieren werde. Zugleich erwartet er einen härteren Wettbewerb und sagt voraus, daß nur die Unternehmen Erfolg haben werden, die bei streng kaufmännischer Betriebsführung in der Lage seien, sich den Kundenwünschen flexibel anzupassen.

HÜLLER HILLE / Nachfrage hat wieder angezogen

Bald Ende der Kurzarbeit

MARTIN FINK, Ludwigsburg

Daß die westeuropäische Automobilindustrie bis zum Herbst 1984 in geringerem Umfang investiert hat, bekam der Maschinenbauer Hüller Hille GmbH (Ludwigsburg), eine Thyssen-Tochter, in den Auftragsbüchern zu spüren. Die Nachfrage für Sondermaschinen und Transferstraßen war, wie Geschäftsführer Ulrich Berntzen feststellt, im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) unbefriedigend.

Streckenweise mußte deshalb auch in den Werken Ludwigsburg und Rottenburg kurzgearbeitet werden. Deutlich besser war das Geschäft mit Bearbeitungszentren und flexiblen Bearbeitungssystemen, jedoch ging der Gesamtumsatz um 10,6 Prozent auf 245,6 (Vorjahr: 274,9) Mill. DM zurück.

Das Nachfragebild hat sich im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 1984/85, also in den Monaten Oktober bis Dezember, wieder aufgehellt. In diesem Zeitraum wurden Aufträge für 115 Mill. DM hereingenommen, das ist immerhin mehr als die Hälfte des gesamten Ordereingangs von 1983/84. Trotzdem schätzt Berntzen, daß der Umsatz nochmals sinken wird.

Die Kurzarbeit hofft man in zwei bis drei Monaten aufgeben zu können. Im Geschäftsjahr 1983/84 lag der gesamte Auftragseingang mit 202 (217,8) Mill. DM um knapp acht Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Auftragsbestand lag zum Geschäftsjahresschluß bei 160 Mill. DM und damit sogar um 21 Prozent niedriger als Ende September 1983.

Trotz aller Widrigkeiten des rückläufigen Marktes, der auch von einem Preisverfall geprägt war, konnte Hüller Hille, wie Berntzen versichert, ein „noch befriedigendes" positives Ergebnis erzielen. Der Exportanteil verminderte sich auf 38 (42) Prozent. Erstmals gingen auch in die USA Lieferungen in größerem Umfang. Investiert wurden nur 3,4 (8,4) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich per Ende September auf 1763 (1820) vermindert.

In Brasilien hat Hüller Hille die Belegschaft um zehn Prozent auf 280 Beschäftigte wieder aufgestockt, nachdem der Auftragseingang sich gebessert hat. Das während der brasilianischen Rezession stillgelegte Werk Cotia wurde inzwischen verkauft. Den Erlös will man vor allem für die Stärkung des Werkes Diadama verwenden. Der Umsatz der brasilianischen Tochter lag bei 24,9 (27,57) Mill. DM, das Ergebnis war den Angaben zufolge positiv.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus Schweden

München (sz.) – Die skandinavische Zeitung „Göteborg-Posten" hat jetzt die König & Bauer AG, Würzburg, mit der Lieferung von vier 80-Seiten-Ratationsmaschinen beauftragt. Für die Druckmaschinenfabrik ist dieser Auftrag von mehr als 70 Mill. DM, der größte in ihrer 167jährigen Geschichte. Die Anlagen sollen ab Anfang 1987 die Zeitungsproduktion aufnehmen. Einen weiteren Großauftag über zwei ähnliche Maschinen erteilte die Kopenhagener Tageszeitung „Berlingske Tidende".

HN legt kräftig zu

Düsseldorf (Py.) – Die Hallesche Nationale Krankenversicherung aG, Stuttgart, hat 1984 mit acht Prozent auf 362 Mill. DM ein starkes Beitragswachstum vorgelegt. Im Neugeschäft waren es sogar knapp zehn Prozent auf 3,4 Mill. DM. Vorstandsvorsitzender Paul Wolf hob dabei die „echte Geschäftsausweitung" sowie die Tatsache hervor, daß das Wachstum im Neugeschäft weit über Branchenschnitt auf die Vollkostenversicherung entfallen ist. Die branchenweit zu spürende Steigerung der Leistungen (bei der HN plus 15 Prozent auf 280 Mill. DM) sehe nach dem geringen Zuwachs im Vorjahr schlimmer aus als sie ist. Der Überschuß hat sich gegenüber 1984 auf 12 Mill. DM halbiert. Die HN versichert 359 000 (344 000) Personen, davon haben 28 Prozent Vollkosten-Versicherungen.

Dividende angekündigt

Mönchengladbach (VWD) – Das Textilunternehmen Stoehr & Co AG will für das Geschäftsjahr 1984 nach dreijähriger Pause die Dividendenzahlung wieder aufnehmen. Es sei mit einer Ausschüttung von 6 DM je 50 DM-Aktie zu rechnen, teilte das Unternehmen mit. Bei Stoehr (Grundkapital: 15,7 Mill. DM) sei der Umsatz um 13 Prozent auf rund 200 Mill. DM gestiegen und das Betriebsergebnis „überproportional" gewachsen. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich auf 762 (669).

Caterpillar-Verluste

Washington (Sbt.) – Geplagt von weltweiten Überkapazitäten und einem überbewerteten Dollar, der den Auslandsabsatz noch erschwert, ist die Caterpillar Tractor Company, Peoria/Illionois, noch tiefer in die roten Zahlen gerutscht. Der Verlust belief sich im vergangenen Jahr auf 428 (1983: 345) Mill. Dollar. Der Umsatz erreichte 6,58 (5,42) Mrd. Dollar.

NAMEN

Ernst Haar, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), vollendete am 26. Januar das 60. Lebensjahr.

Dr. **Erik Ehrentraut** wurde mit Wirkung vom 1. Januar zum Generalbevollmächtigten der Flachglas AG, Fürth/Gelsenkirchen, ernannt.

Herbert Nitzsch, bisher Werft Blohm + Voss, Hamburg, und **Heinz Ratzmann**, bisher Gutehoffnungshütte, Oberhausen, werden mit Wirkung vom 1. April Vorstandsmitglieder der Thyssen-Nordseewerke, Emden. Sie sind Nachfolger von **Rainer Wollmann** und **Manfred Volger**.

Matthias Breuer, Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälisches Elektrizitäts-Werk AG, Essen, wurde am 26. Januar 65 Jahre alt.

Samuel Koechlin, ehemaliger Vorsitzender der Konzernleitung des schweizerischen Chemie- und Pharmaunternehmens Ciba Geigy, ist am Freitag im Alter von 60 Jahren gestorben.

Generalproben für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften geglückt – Abschluß der nordischen Titelkämpfe mit schwedischem Sieg über 50 km

Deutsches Team so gut wie nie

M. HÄGELE/DW. **Garmisch**

Selbst ein dritter Rang im Super-Riesenslalom von Garmisch-Partenkirchen reichte Hans Stuffer nicht, um nachträglich ins deutsche Weltmeisterschafts-Team zu fahren. „Die Disziplin steht in Bormio leider nicht auf dem Programm“, winkte Sportwart Kuno Messmann ab. Doch Messmann räumte auch ein: „Stuffer wird zum Training mitreisen, aber an der Nominierung ändert sich vorerst nichts.“ Der 23jährige Rennläufer aus Samerberg bei Rosenheim nahm es gelassen auf: „Im Riesenslalom bin ich zwar Deutscher Meister, aber dieses Jahr war ich zu schwach, um nominiert zu werden.“

Stuffer Dritter, Riesenslalom-Spezialist Michael Eder (Bischofswiesen) Fünfter und Kombinierer Peter Roth (Königssee) Sechster – das war die beste *Weltcup-Placierung eines deutschen* Teams in den letzten Jahren. Nach seinem schweren Sturz in der Abfahrt von Kitzbühel stellte sich auch Klaus Gattermann aus Bayrisch Eisenstein erstmals wieder dem Starter. Nach verhaltenem Rennen, in dem das Ergebnis zweitrangig blieb, zeigte er sich erleichtert, daß keine Komplikationen erkennbar wurden. Sein Start beim WM-Abfahrtslauf wird immer wahrscheinlicher.

Nicht nur darüber und über die *Erfolge von Stuffer, Eder und Peter* Roth freute sich Cheftrainer Klaus Mayr. Er konnte auch mit Rang zwölf für Bernd Felbinger (Immenstadt) und dem siebenten Rang von Markus Wasmeier (Schliersee) in der Kombination zufrieden sein. „Für mich ist es ein Zeichen dafür, daß unsere Form-Steuerung auf den Saisonhöhepunkt hin aufgeht“, sagte Mayr.

Drei große Sieger gab es bei den letzten Weltcup-Rennen vor den Weltmeisterschaften: Der 25jährige Öster*reicher Helmut Höflehner hatte am* Samstag die Abfahrt gewonnen, der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli den Super-Riesenslalom und der Liechtensteiner Andreas Wenzel hatte sich noch vor Ablauf der Saison den Kombinations-Weltcup gesichert.

„Ich muß dieses Hoch, meine gute Form halten“, sagte Höflehner nach seinem dritten Abfahrtssieg in diesem Winter. Nur über ihn führe der Weg zum Titel, erklärte der Schwei*zer Peter Müller. Aber um ihn zu* schlagen, dürfe man sich kaum einen Fehler leisten. Müllers Landsmann Pirmin Zurbriggen ist, wenn er seine Verletzung auskuriert hat, der einzige, den Höflehner ernsthaft fürchten muß. Auch Höflehner profitiert übrigens wie die Schweizer hauptsächlich von seinen technischen Qualitäten. Der Techniker Höflehner sei der Abfahrer der Zukunft hatte Zurbriggen vor der Saison prophezeit.

Der junge Mann aus der Steier*mark hat die ehemaligen Größen* seiner Zunft ins Abseits gedrängt: Seine beiden Landsleute Franz Klammer und Harti Weirather, den Titelverteidiger, aber auch den amerikanischen Olympiasieger Bill Johnson. Sie bildeten bisher nur noch die Staffage, wahrscheinlich wird es in Bormio nicht anders sein.

„Ich starte bei der WM in Bormio.“ Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli ist fest von seiner Teilnahme an den Weltmeister*schaften, die am 31. Januar eröffnet* werden, überzeugt. Girardelli stützt sich auf die beim FIS-Kongreß 1984 in Sidney geänderten Startbedingungen. Danach muß ein Rennläufer für einen WM-Start die Staatsbürgerschaft des Landes oder den ständigen Wohnsitz nachweisen. Drittens genügt es auch, wenn ein Einbürgerungsverfahren eingeleitet ist.

Demgegenüber hatte FIS-Generalsekretär Gianfranco Kasper in Seefeld erklärt, daß Girardelli einen Paß oder den Nachweis vorlegen müsse, daß er ein Einbürgerungsverfahren beantragt hat. Die Frist war mit Sonntag 17.00 Uhr angegeben worden. „Ich würde liebend gerne bei der Weltmeisterschaft fahren. Wenn ich nicht mit einem Start rechnen würde, hätte *ich mich nicht in dieser Saison* so engagiert im Rennsport“, sagte Girardelli gestern in Garmisch-Partenkirchen. Der 21jährige Vorarlberger, der seit sieben Jahren aufgrund von Zwistigkeiten mit dem österreichischen Skiverband für Luxemburg startet, behauptete, daß er seit fünf Jahren seinen Hauptwohnsitz in Luxemburg habe und dort auch Steuern zahle. Er erfülle damit die Bedingungen für einen WM-Start. Außerdem habe er die Einbürgerung beantragt.

Sein Vater Helmut Girardelli verwies darauf, daß 1974 bei den Weltmeisterschaften in St. Moritz die Deutsche Hanni Wenzel für Liechtenstein starten durfte und den Slalom-Titel errang. Hanni Wenzel, die in Straubing geboren wurde, erhielt erst später die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Außerdem starteten in den vergangenen Jahren der Österreicher Manfred Grabler für Australien und der Pole Konrad Bartelski für Großbritannien. Helmut Girardelli begegnete der Stellung des FIS-Präsidenten Marc Hodler, daß sein Sohn in Bormio nicht starten dürfe, mit den Worten: „Die FIS kennt ihre eigenen Regeln nicht.“



Sprung zum dritten Abfahrtssieg der Saison: Helmut Höflehner. Pirmin Zurbriggen hat über ihn vor der Saison gesagt: „Er ist der Abfahrer der Zukunft.“ FOTO: SVEN SIMON

Lotteriespiel, Skandal? Viel Streit um den Triumph von Marina Kiehl

dpa/sid, **Arosa**

Die deutschen Ski-Damen haben die Weltmeisterschafts-Generalprobe mit einem Doppelsieg glänzend bestanden. Einen Tag, nachdem Maria Epple-Beck im Sonnenschein von Arosa (Schweiz) ihren ersten Weltcup-Slalom gewann, kämpfte sich Marina Kiehl durch dichten Nebel zum Triumph im Super-Riesenslalom.

Doch die irregulären Bedingungen veranlaßten Fahrerinnen und die meisten Trainer zu dem eindeutigen Kommentar: „Das war eine reine Lotterie. Ein Skandal, das man das Rennen überhaupt gestartet und später nicht abgebrochen hat.“ In der Tat: Die Sichtverhältnisse waren wegen der Nebelschwaden von Fahrerin zu Fahrerin zu verschieden. „Ich sah nicht von einem Tor zum anderen und stand plötzlich neben der Piste – so war an ein Weiterfahren nicht zu denken. Zum Glück bin ich nicht gestürzt“, sagte die mit Startnummer 13 ins Rennen gegangene Irene Epple, die in Arosa ihre letzte Chance auf einen WM-Start im Riesenslalom *verpaßte und nun in Bormio* lediglich an der Abfahrt teilnehmen wird.

Die Franzosen zogen unter diesen Umständen ihre Fahrerinnen ab Startnummer 29 zurück, und die Österreicher folgten ihrem Beispiel. Einige Trainer versuchten immer wieder, die Jury zum Abbruch des Rennens zu überreden, doch sie stießen beim österreichischen FIS-Delegierten Hannes Fürstauer und beim Schiedsrichter, dem deutschen Damen-Trainer Willi Lesch, auf kein Gehör. „Bin ich in der Jury oder Du?“, fragte Lesch einen der protestierenden Teamleiter. Und Fürstauer erklärte einem Trainer: „Es steht Ihnen ja frei, Ihre Mannschaft zurückzuziehen.“ So war es nicht verwunderlich, daß die Jury die Proteste der Franzosen und Österreicher abwies. Nun wollen die Österreicher die Sache an den Internationalen Ski-Verband (FIS) weiterleiten. Deren Entscheidung dürfte jedoch erst im Mai fallen – zu einer Zeit, zu der sich kein Mensch mehr für Ski-Rennen interessiert.

Heinz Krecek, der deutsche FIS-Verantwortliche für die Damen-Rennen, nahm die Jury in Schutz. Krecek: „Die Sicherheit der Fahrerinnen war nie gefährdet. Das war für diese Leute offenbar entscheidend, wenn auch zuzugeben ist, daß die Verhältnisse nicht für alle Konkurrentinnen gleich waren.“ Mit dieser Erklärung mochten sich einige Mannschaftsführer nicht zufrieden geben. Hinter vorgehaltener Hand erhob sich gegen Willi Lesch der Vorwurf, er habe mit Seitenblick auf die führende Marina Kiehl gegen den Abbruch des Rennens entschieden, obwohl er Traudl Hächer wegen der schlechten Witterungsverhältnisse nicht mehr an den Start schickte.

Wie dem auch sei: Es war eine Triumphfahrt der Münchnerin Marina Kiehl im letzten Rennen vor der Weltmeisterschaft. Von einer Virusgrippe befallen, hatte sie das Weltcup-Team des Deutschen Skiverbandes für einige Tage verlassen und war in ihr Elternhaus nach München zurückgekehrt. „Das Rennen ist gestartet worden, also geht der Sieg wohl in Ordnung“, meinte Marina Kiehl nach dem dritten Weltcup-Erfolg ihrer Laufbahn. Und: „Die Bedingungen waren zwar nicht für alle gleich, aber auch ich hatte am Start mit starkem Wind und dann mit Nebel zu kämpfen, habe mich aber hinuntergeschlagen.“

Der in Bormio nicht auf dem Weltmeisterschaftsprogramm stehende Super-Riesenslalom scheint exakt ihren technischen Fähigkeiten zu entsprechen. In dieser Disziplin feierte sie im März 1984 in Mount St. Anne (Kanada) den ersten Sieg, in diesem Winter war sie bereits in Davos Dritte und in Pfronten Zweite, bevor sie nun in Arosa gewann.

Das ist die deutsche WM-Mannschaft für Bormio: Herren: Abfahrt: Gattermann, Wildgruber, Wasmeiser. – Slalom: Beck, Frank Wörndl, Namberger. – *Riesenslalom:* Wasmaier, Hirt, Felbinger, Eder. – Kombination: Wasmaier, Gattermann, Wildgruber, P. Roth. Ersatz: Namberger. – Damen: Abfahrt: Kiehl, Mösenlechner, Gerg, I. Epple, Ersatz: Katrin Stotz. – Slalom: Epple-Beck, Mösenlechner, Gerg, Hächer. – Riesenslalom: Kiehl, Epple-Beck, Gerg, Hächer. – Kombination: Kiehl, Mösenlechner, Hächer, Dedler.

Wo ist Behle? – Im B-Kader. Und der Flachs blüht: Nur Tschad hinter unserem Ski-Wander-Verein

HANS ALT, **Seefeld**

Für den Deutschen Ski-Verband (DSV) wurden die 35. Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld (Österreich) die erfolgreichsten seiner Geschichte. Es gab zwei Weltmeistertitel in der Nordischen Kombination zu feiern. Dies wurde von den vielen deutschen Wintergästen auch ausgiebig getan. *Meist so, als sei man selbst* durch die Loipe gejagt oder hätte auf der Toni-Seelos-Schanze Sprünge von 80 Meter vorgelegt.

„Unsere Jungs sind Spitze“, sagte Hermann Weinbuch aus Berchtesgaden, als er den Titel in der Nordischen Kombination gewonnen hatte. Als dann auch seine Mannschaftskameraden Thomas Müller aus Oberstdorf und Hubert Schwarz aus Oberaudorf gemeinsam mit ihm die Goldmedaille im Mannschaftswettbewerb der *Kombinierer vor Norwegen und* Finnland gewannen, hatte man schon wieder einen Grund zum Feiern.

Doch wie jede Medaille hat auch diese zwei Seiten. Zum einen steht da der Erfolg eines langjährigen, systematischen Aufbaus. Zum anderen aber machte Seefeld deutlich, daß im Skispringen und im Langlauf der Anschluß an die Weltspitze verloren gegangen ist. Über die deutschen Langläufer schrieb die „Tiroler Landeszeitung“ respektlos, sie sei eine „Skiwander-Gruppe“ geworden. Sicher, denn was Jochen Behle und seine Mannschaftskameraden boten, kam einem sportlichen Offenbarungseid gleich. Der elfte Platz in der 4 x 10-km-Staffel – nur die Hobby-Langläufer aus Dänemark, Belgien, England, Kanada und Australien waren noch langsamer – veranlaßte BAL-Direktor Eduard Friedrich zu der Aussage: „So dick wollte ich mich gar nicht bestätigt haben.“ Und: „Nur Tschad war noch hinter uns.“ Unter Bundes*trainer Detlef Nirschl, dem Friedrich* Führungsschwäche vorwarf, wurde es in den letzten Jahren immer schlechter. Jochen Behle wird deshalb in den B-Kader zurückgestuft und soll überdies seine Leistungsbereitschaft erklären.

Symptomatisch für die Situation waren die Aussagen nach dem 50-km-Lauf, vor dem es Ärger gegeben hatte. Delegationsleiter Dietrich Martin: „Während sich bei den Italienern und Schweizern die Leute um die Startplätze reißen, *sind einige unserer* Athleten froh, wenn sie nicht zu starten brauchen.“ Und Trainer Nirschl: „Es ist eine Unverschämtheit, wenn einer zur WM fährt, den Siitonen-Schritt nicht machen will und sich hier nur auf die deutschen Meisterschaften vorbereiten möchte.“ Gemeint war Jochen Behle.

Mit ausschlaggebend war, daß die deutschen Langläufer von der Entwicklung der Lauftechnik überrascht wurden. Vom alles entscheidenden *Siitonen-Schritt hatte man zwar* gehört, ihn aber nicht trainiert. „Noch zehn Tage vor den Weltmeisterschaften“, so ein Trainer, „wurde uns von Sportwart Dietrich Martin, Mitglied im Langlauf-Komitee der FIS, versichert, daß die neue Technik noch bei diesen Weltmeisterschaften stark eingeschränkt wird.“ Ein Trugschluß. Man lief und siegte auf nur mit Gleitwachs präparierten Skiern.

Auch im Frauen-Langlauf wird man nach neuen Wegen suchen müssen. „Ich sehe bei der augenblicklichen Situation für den deutschen Damen-Langlauf keine reelle Basis“, sagt Bundestrainer Albert Pitz. Karin Jäger bewies in Seefeld, daß sie noch einigermaßen mit der Weltelite Schritt halten kann, doch die 23jährige denkt an Rücktritt. Karin Jäger: „Von der Sporthilfe bekomme ich im Monat 150 Mark, allein mein Zimmer kostet 200 Mark. Ich mag meinen Eltern nicht immer auf der Tasche liegen.“

Auch bei *Ewald Roschers* Skispringern ging nicht viel. Und angesichts der miserablen Leistungen tauften deutsche Schlachtenbummler die Toni-Seelos-Schanze in Seefeld in „Toni-Trostlos-Schanze“ um. „Ich glaube nicht, daß Roscher noch die Kraft hat, diese *Truppe zu motivieren*“, hatte BAL-Direktor Friedrich gesagt. Langläufern und Skispringern droht nun eine Kürzung der Sporthilfe.

Um aus der Misere herauszukommen, soll das erfolgreiche Konzept *der Kombinierer und Biathleten* künftig auch auf Langläufer und Springer übertragen werden. „Wir müssen dort genauso den Weg mit einem längerfristigen Aufbau einschlagen und diesen, wenn es sein muß, auch mit Sturheit durchboxen“, fordert Sportwart Dietrich Martin. Dabei schließt Martin personelle Konsequenzen nicht aus, obgleich er feststellt, daß „wir die Trainer, die wir haben, nicht in die Wüste schicken werden“. Helmut Meyer, der leitende *Direktor des Bundesausschusses Leistungssport* (BAL): „Wenn man sich in Seefeld, quasi vor der Haustüre, blamiert, ist es nicht schlimm. Im eigenen Haus, bei der nächsten Weltmeisterschaft, 1987 in Oberstdorf, darf dies aber nicht passieren, sonst wird es noch viel schlimmer.“

Die Weltmeisterschaften wurden zu einem Triumph der norwegischen Ausnahmeläuferin Anette Böe, die zweimal Gold, einmal Silber und einmal Bronze gewann sowie für den Schweden Gunde Svan und *die* Teams aus Norwegen und Finnland. Zwei Drittel der Medaillen gingen an diese beiden Länder. Norwegen, das in allen drei Disziplinen (Langlauf, Kombination, Springen) 15 Medaillen gewann, war mit fünf Titeln fast so erfolgreich wie 1982 bei den Titelkämpfen im eigenen Lande. Dagegen konnten die Finnen (neun Medaillen) ihren Erfolg von Sarajewo (13) nicht ganz wiederholen. Schweden viel etwas zurück, auch die „DDR“ verlor an Boden. *Einen unerwarteten* Einbruch erlebte die Sowjetunion. Italien überraschte mit seinen starken Langläufern.



Hoch den Sieger: Weissflog, Ostwald (r.), Sauerbrey. FOTO: WEREK



Sprint über die lange Strecke von 50 km: Gunde Svan. FOTO: AP



Anette Böe feiert die 23 Jahre alte Grete Nykkelmo. FOTO: SVEN SIMON

8 Medaillen für „DDR“

dpa, **Oberhof**

Eine eindrucksvolle Demonstration ihrer Vormachtstellung gaben die Rennrodler der „DDR“ in Oberhof. Bei den Weltmeisterschaften gewannen sie alle drei Titel: Durch den Olympia-Vierten Michael Walter und Titelverteidigerin Steffi Martin sowie durch Jörg *Hoffmann/Jochen* Pietzsch in der Doppel-Konkurrenz. Vervollständigt wurde der Triumph durch die weiteren Plazierungen. Vor 25 000 Zuschauern holten die Rodler des Gastgeberlandes acht von neun Medaillen. Bei den Damen belegten die Gastgeberinnen sogar die vier ersten Plätze, bei den Herren die ersten drei Plätze. Nur im Doppel-Wettbewerb gelang ein Einbruch in diese Phalanx: Die Sowjetrussen Witali Melnik/Dmitri Alexejew gewannen die Bronzemedaille.

Überragende Athletin der Weltmeisterschaft war erneut die 22jährige Olympiasiegerin Steffi Martin. Seit drei Jahren fährt die 1,80 m große und 77 kg schwere Sportstudentin der Konkurrenz davon und siegte auch in Oberhof wieder mit deutlichem Vorsprung. „Ihre Stärke liegt in ihrer Ausgeglichenheit und in ihrem technischen Können,“ erklärte Walter Jentzsch, der seit 21 Jahren die Rennrodler der „DDR“ betreut.

Die beste Plazierung für den Deutschen Bob- und Schlittensportverband (DBSV) erreichte Andrea Hatle (Berchtesgaden) mit einem achten Platz. Sie erfüllte damit die Erwartungen, während der Deutsche Meister Johannes Schettel (Bigge-Olsberg) enttäuschte. Er patzte im zweiten Lauf und wurde nur Zehnter. „Schade, vor allem von Johannes Schettel hätte ich mir doch ein wenig mehr erwartet,“ kommentierte Rodel-Sportwart Josef Fendt. Er setzt für die Zukunft jedoch große Hoffnungen in den 18jährigen Schüler Georg Hackl (Berchtesgaden), der bei seinem WM-Debüt hinter Schettel Elfter wurde.

Toni Fischer schwer gestürzt „Ein Fahrfehler von mir“

sid, **Cervinia**

Zum Alptraum für die Bobfahrer aus der Bundesrepublik Deutschland wird die Natureisbahn von Cervinia. Im Vorjahr war Michael Sperr vom SC Rießersee bei der Junioren-Europameisterschaft im dritten Labyrinth schwer gestürzt und lag 14 Tage im Koma. Jetzt erwischte es bei der Viererbob-Weltmeisterschaft den Ohlstädter Toni Fischer.

Während die „DDR“ trotz des Ausfalles des zweifachen Olympiasiegers Wolfgang Hoppe, der nach einem *Trainingssturz vom Arzt Startverbot* erhielt, ihre Vormachtstellung durch Gold und Silber mit den Piloten Bernhard Lehmann und Detlef Richter unterstrich, baute Toni Fischer mit seinem nagelneuen Siorpaes-Schlitten im dritten Lauf einen Totalschaden. Fischer stürzte in der Ausfahrt der „Curva Bianca“, jagte in die Abweiser-Bretter der Zielkurve und drehte sich anschließend um 180 Grad. „Ich dachte, wir fliegen oben aus der Zielkurve. Die Ursache war *ein Fahrfehler von mir*“, sagte der deutsche Doppel-Meister, der mit Prellungen am Oberschenkel und im Gesicht davonkam.

Schwerer erwischte es Uwe Eisenreich, der mit Verdacht auf eine schwere Knieverletzung zum Arzt gebracht wurde. Bremser Markus Söhnge war zwar nach dem Sturz benommen, der Verdacht auf eine Gehirnerschütterung bestätigte sich jedoch nicht. Und Franz Nießner, der als Bremser mit Toni Fischer im Zweierbob Achter geworden war, erlitt eine Platzwunde an der Stirn.

Obwohl die Bahn durch die Sonneneinstrahlung im vierten Lauf noch schneller wurde, gab es in diesem Durchgang keinen weiteren Unfall. Im dritten Lauf war neben Fischer noch der Bob Japan I gestürzt, im vierten Lauf hatte der Österreicher Franz Paulweber einen Kippsturz vor der Zielkurve. „Gott sei Dank ist nichts Schlimmeres passiert. Tote können wir uns nicht erlauben. Das wäre das Ende des Bobsports“, sagte der ehemalige österreichische Bob-Pilot Werner Delle-Karth, der bei den Olympischen Winterspielen in Innsbruck 1976 den olympischen Eid sprach und nun Trainer der Kanadier ist.

Zum Sportlichen: Mit dem Bahnrekord von 1:02,92 Minuten holte Bernhard Lehmann die Goldmedaille mit einer Gesamtzeit von 4:14,06 Minuten ab. Trotz der Anfeuerung seines zahlreich erschienenen Fanklubs (1400 Mitglieder) langte es für Europameister Silvio Giobellina (4:14,81) nur zu Bronze. Die Silbermedaille schnappte Detlef Richter (4:14,63) dem 30 Jahre alten Karosseriebauer weg.

Unabhängig vom Sturz Fischers haben die Piloten des Deutschen Bob- und Schlittensport-Verbandes (DBSV) das Klassenziel nicht erreicht. Platz acht war die Vorgabe, am Ende landete der Unterhachinger Klaus Kopp (4:17,91) auf Rang zehn. „Allerdings war es wegen der Leistungsdichte im Vierer schwieriger, Platz acht zu erreichen, als im Zweier“, erklärte Konditionstrainer Bernhard Kurz. Bei den Olympischen Winterspielen in Sarajewo war Kopp auf dem neunten Platz gelandet.

Unter dem Strich steht für den DBSV ein Jahr vor der Weltmeisterschaft im Bundesleistungszentrum Königssee als beste Plazierung Platz acht im Zweierbob von Fischer/Nießner. Die Hoffnungen für die nächste Saison ruhen in erster Linie auf der Chancengleichheit, die durch die Einführung des Einheitsbobs (ab 1986) gewährleistet werden soll. Das endgültige neue Regelwerk wird am 1. und 2. März in Cortina d'Ampezzo ausgearbeitet. Dieser Einheitsbob soll Chancengleichheit herstellen, die Kosten dämpfen und mehr Sicherheit garantieren.

Weissflog ganz gelassen

Der schmale Junge mit dem Kindergesicht zeigte keine Gefühle: „Nach meinem ersten Sprung war ich ganz ruhig. Ich wußte schon nach dem Training, daß mir die Schanze liegt.“ Gelassen kommentierte der 20jährige Jens Weissflog aus Oberwiesenthal in der „DDR“ seinen Triumph. Nach dem Olympiasieg in Sarajewo gewann er auch bei den nordischen Skiweltmeisterschaften in Seefeld das Skispringen von der Normalschanze. Mit Weiten von 91 und 89,5 Meter und der Gesamtnote 225,3 distanzierte er deutlich seine Konkurrenten Andreas Felder (216,0 – *84,5*/90,5) aus Österreich und Per Bergerud (214,6 – 84/89,5) aus Norwegen. Bergerud, wenige Tage zuvor Weltmeister auf der Großschanze geworden, avancierte mit diesem dritten Platz auf der Normalschanze zum erfolgreichsten Springer der Titelkämpfe in Seefeld.

Der insgesamt langweilige Wettbewerb wurde erst in der Schlußphase spannend, als die letzten zehn Springer von *plötzlich einsetzender* Thermik profitierten und mit weiten Sprüngen den Kampf um die Medaillen noch unerwartet interessant machten. Unter den 7000 Zuschauern kam sogar Stimmung auf, als die beiden Österreicher *Andreas Felder und* Ernst Vettori den bereits nach dem ersten Durchgang führenden Jens Weissflog attackierten. Felder zog seinen zweiten Sprung auf 90,5 m, konnte aber seinen schwachen ersten *Sprung nicht ausgleichen.*

Böiger Wind, der zu vielen Unterbrechungen zwang, ließ den Wettbewerb für viele Springer zur Gleichung mit einer Unbekannten werden. Der finnische Olympiasieger auf der Großschanze, Matti Nykänen, konnte sie ebenso wenig lösen wie der frühere tschechoslowakische Weltrekordspringer Pavel Ploc. Beide hatten mit dem Kampf um die Medaillen nichts zu tun. DW.

Svan nicht zu stoppen

Gunde Svan war nicht zu stoppen. Mit perfekten Siitonen-Schritten enteilte der 23jährige Modellathlet aus Schweden der Konkurrenz und absolvierte den 50-km-Skilanglauf in der fantastischen Zeit von 2:10:49,9 Stunden. Er glitt mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 22,9 km/h durch die Loipe und verwandelte den Ski-Marathon fast in einen Langstreckensprint. Im Kampf um seine zweite Goldmedaille bei den nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld verbesserte Gunde Svan die Bestzeit seines Landsmannes Thomas Wassberg um fünf Minuten und hatte auf den Zweiten, den Italiener Maurilio de Zolt, mehr als eine Minute Vorsprung.

„Endlich habe ich mein Ziel erreicht und auch einmal die 50 Kilometer gewonnen“, strahlte Svan, der das Rennen gut eingeteilt hatte. Schon nach sieben Kilometer lag er an zweiter Stelle, hatte bereits Thomas Wassberg überholt und nur noch den Russen Vladimir Sachnov vor sich, *mit* dem er 30 Kilometer lang wechselweise an der Spitze lag. Sachnov konnte das mörderische Tempo jedoch nicht durchstehen, wurde später nur Achter. Gunde Svan aber gab nach 30 Kilometer die Führung nicht mehr ab, obwohl das Rennen in der Schlußphase durch dichtes Schneetreiben noch kraftraubender wurde. Trotzdem entwickelte sich der Wettbewerb – dank der neuen Siitonen-Technik – zum schnellsten 50-km-Rennen, das je registriert wurde. Die ersten 40 Läufer waren alle schneller als der Weltmeister von 1982. Der hieß Thomas Wassberg und war mit dem erklärten Ziel nach Seefeld gereist, seinen Erfolg zu wiederholen. Doch Wassberg enttäuschte als 26. ebenso wie der Finne Jari Härkänen, der Weltmeister über 15 km. Die Hoffnungen Norwegens erfüllte nur Ove Aunli, der die Bronzemedaille gewann. DW.

Norwegens Superlative

Die Konkurrenz war chancenlos. Deklassiert und schockiert mußte sie ohne nennenswerte Gegenwehr den totalen Triumph der norwegischen Ski-Langläuferinnen miterleben. In einem Rennen der Superlative machten die vier Norwegerinnen die Medaillenverteilung im 20-km-*Lauf unter sich aus und* belegten schließlich die ersten vier Plätze in folgender Reihenfolge: Grete Nykkelmo (59:19,1 Minuten), Britt Pettersen (59:37,5), Anette Böe (59:43,5) und Berit Aunli (1:00,:05,8).

Alle drei Medaillengewinnerinnen blieben im schnellsten 20-km-Rennen in der Geschichte des nordischen Skisports unter einer Stunde und bewiesen damit, daß die Grenzen im Skilanglauf längst noch nicht erreicht sind. Angesichts solcher Leistungen seufzte Karin Jäger (Hirschau): „Die anderen können sich total verausgaben. Ich schaffe das einfach nicht.“ Sie belegte als beste deutsche Läuferin Platz 21 und war um fünf Minuten langsamer als die Norwegerinnen, die von ihren zahlreichen Anhängern ausgelassen gefeiert wurden. Die 23jährige Studentin Grete Nykkelmo aus Trondheim war bei Temperaturen um null Grad mit der Startnummer zwei auf die Strecke gegangen und hatte zielstrebig einen Start-Ziel-Sieg herausgefahren. Nach ihren dritten Plätzen über 10 und 15 km enteilte sie sogar der zweimaligen Weltmeisterin Anette Böe, die das höllische Tempo nicht durchhalten konnte und auch noch von Britt Pettersen überholt wurde.

Obwohl auch die Sowjetunion mit allen vier Läuferinnen auf den ersten neun Rängen vertreten war, zählte sie ebenso zu den Verliererinnen des 20-km-Laufs wie die finnische Olympiasiegerin Marja-Liisa Kirvesniemi. Den Sowjetrussinnen gelang es nicht, das norwegische Quartett zu sprengen und Marja-Liisa Kirvesniemi wurde gar nur Zwölfte. DW.

FUSSBALL / Erst 13 000 Karten für das Länderspiel gegen Ungarn verkauft – Waldhof Mannheim gewann klar mit 5:2

Beckenbauer: Wir stochern im Nebel, wir wissen nichts über unsere Form

BERND WEBER, Hamburg

Der Teufel steckt oft im Detail. Für Franz Beckenbauer, Chef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, steckte er in zwei Video-Cassetten, die ihm über die Stärken und Schwächen des Länderspielgegners Ungarn Aufklärung verschaffen sollten. Beckenbauer hatte das Anschauungsmaterial vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) beim österreichischen Verband bestellen lassen. Die Kooperation erwies sich als tückisch: Erst mußte der Teamchef mehr als drei Wochen auf die Anlieferung warten, und als er das Material endlich in den Händen hielt, war es zunächst unbrauchbar, weil er es am heimischen Fernsehgerät nicht abspulen konnte. „Eine organisatorische Meisterleistung war die Aktion nicht", grantelte Beckenbauer.

Inzwischen jedoch sind die Filme umgespult worden, der Teamchef hat sie sich angeschaut und dabei die Bestätigung für seine Meinung gefunden, die er vorher schon verbreitet hatte: „Die Ungarn haben eine technisch hochklassige Mannschaft, die sich zudem kämpferisch enorm verbessert hat. Aufgrund der gegebenen Umstände würde ich nicht ausschließen, daß uns die Ungarn derzeit überlegen sind, ich sage das nicht, um bewußt tiefzustapeln, wir müssen eine Niederlage gegen die Gäste einkalkulieren."

In der Tat sind es „die gegebenen *Umstände*", *die Beckenbauer und* seinem 19köpfigen Aufgebot (der Kölner Torjäger Klaus Allofs ist wegen seiner nicht auskurierten Knieverletzung endgültig ausgeschieden) zu schaffen machen. Während nämlich der Spielbetrieb hierzulande seit Wochen ruht und die Bundesliga-Profis wegen der anhaltend schlechten Platzverhältnisse nur unzureichend trainieren können, haben sich die gestern mittag in Hamburg gelandeten Ungarn im spanischen Benidorm hart und optimal auf das Länderspiel vorbereitet. Beckenbauer zur WELT: „Wir dagegen stochern doch völlig im Nebel, weil wir überhaupt nicht wissen, in welcher Form unsere Leute sind. Und die nicht einmal zwei Vorbereitungstage, die uns bleiben, reichen mit Sicherheit nicht aus, um unsere Ausgangsposition entscheidend zu verbessern."


Schnürt die Stiefel für Franz Beckenbauer: Littbarski　FOTO: WEREK

Wenn man so will – das Länderspiel kann für die deutsche Mannschaft zum Fluch einer guten Tat werden. Ursprünglich war dieses Spiel überhaupt nicht geplant, es ist nachträglich und für einen guten Zweck in den Länderspielplan eingebaut worden: Der Reinerlös wird den Hinterbliebenen der 19 Opfer des Barkassenunglücks vom 2. Oktober 1984 im *Hamburger Hafen zur Verfügung ge*stellt. „Bei aller Leistungsbereitschaft", hat Beckenbauer denn immer wieder klargestellt, „diesmal steht die humanitäre Hilfe vorne an."

Aber genau das scheint, bei allen intensiven und doch so lobenswerten Bemühungen einer wirklich konzertierten Aktion (die Bundesliga-Klubs verzichten auf eine Abstellgebühr für ihre Nationalspieler, die Ungarn auf ihre Gage und die Hamburger Stadtverwaltung auf die Stadionmiete) der Pferdefuß zu werden. Die Zuschauer ziehen nicht richtig mit. Günther Christlieb, der Geschäftsführer des Hamburger Fußball-Verbandes, sagte der WELT: „Wir haben im Vorverkauf bisher lediglich knapp über 13 000 Karten abgesetzt. Und das, obwohl beim Spiel vier Autos verlost werden, *obwohl ein Großaufgebot* von Stars, wie zum Beispiel die HSV-Nationalspieler Felix Magath, Ulli Stein und Dietmar Jacobs sowie der Sänger Volker Lechtenbrink, in Hamburg auf der Straße waren, um Tickets zu verscherbeln."

Gestern hat Christlieb den Fans einen weiteren Anreiz nachgereicht: 1986 werde in Hamburg ein Länderspiel gegen einen Weltklassegegner ausgetragen. Wer es sei, müsse noch geheimgehalten werden, um die angelaufenen Verhandlungen nicht zu stören. Christlieb: „Fest steht aber, daß jeder, der sich eine Karte besorgt, für die Begegnung im nächsten Jahr Vorkaufsrecht bekommt."

Doch gleichgültig, wieviel Zuschauer kommen, etwas Gutes bleibt zumindest Beckenbauer, auch das hat er ganz deutlich herausgestellt: „Es ist wichtig, daß wir uns vor dem schweren Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel am 24. Februar in Lissabon gegen Portugal noch einmal treffen. Denn fände das Spiel gegen Ungarn jetzt nicht statt, hätten wir uns zwei Monate lang nicht gesehen."

Letztendlich aber kann das Duell im Volksparkstadion, bei aller Unzulänglichkeit der Vorbereitung, auch sportlich noch sehr reizvoll werden. Der Kölner Pierre Littbarski feiert sein Comeback, er hatte zuletzt bei der verkorksten Europameisterschaft unter Jupp Derwall das Nationaltrikot getragen. Beckenbauer: „Aller Voraussicht nach wird er vom Anpfiff *an dabei sein, und er wird beweisen* müssen, daß er meine Forderung, mehr Kämpfer zu sein, beherzigen kann." Felix Magath steht, nachdem er eine lange nicht erkannte Gelbsucht auskuriert hat, auf dem Prüfstand und muß beweisen, daß er der Spielmacher gegen Portugal sein kann. Neuling Thomas Berthold (Eintracht Frankfurt), der mit Sicherheit zum Einsatz kommen wird, wird zeigen müssen, daß dieser Einsatz für ihn nicht zu früh kommt.

Aus diesem Spieler-Kreis wird die Mannschaft für morgen (20.15 Uhr) aufgestellt: Schumacher, Stein – Berthold, Brehme, Briegel, Förster, Frontzeck, Herget – Falkenmayer, Kroth, Magath, Matthäus, Rahn, Thon – Littbarski, Mill, Rummenigge, Völler.

Bernd Klotz klotzte beim Einstand Schalkes Sorgen um die Zukunft

sid/dpa, Ludwigshafen

Auf der Wunschliste von Trainer Klaus Schlappner stand Mittelstürmer Bernd Klotz schon lange ganz oben. Im Dezember 1984 wurde der Wechsel von Borussia Dortmund zum SV Waldhof Mannheim dann perfekt. Gleich im ersten Spiel für seinen neuen Klub erwies sich Klotz als Glücksgriff. Beim 5:2 im Vorrunden-Nachholspiel der Fußball-Bundesliga gegen Schalke 04 glänzte der 26 Jahre alte Mittelstürmer erst mit einer Vorlage, die Karlheinz Bührer zur 1:0-Führung (5. Minute) verwertete, dann gelang ihm ein sehenswerter Weitschuß (58.), der den Mannheimern den entscheidenden 3:1-Vorsprung einbrachte.

Fast drei Monate mußte der Mittelstürmer wegen einer Verletzung pausieren. Nicht zuletzt deshalb tut der Erfolg gut, überschwenglich aber reagierte Bernd Klotz nicht. Er sagt: „Nächste Woche gegen Karlsruhe kann schon wieder alles ganz anders aussehen. Aber mit meinem Einstand kann ich wohl zufrieden sein." Klaus Schlappner, sonst eher ein Mann, der gerne einmal übertreibt, gab sich sehr zurückhaltend: „Bernd Klotz hat sich wider Erwarten schnell eingefügt. Er muß aber noch mehr leisten, weil er auch noch mehr kann. Ich erwarte in der Zukunft eine noch stärkere Leistung."

Im Gegensatz zu Schlappner war Kollege Diethelm Ferner von Schalke 04 mit den Leistungen seiner neuen Spieler überhaupt nicht zufrieden. Der ehemalige Kölner Frank Hartmann und der vom 1. FC Kaiserslautern ausgeliehene Norbert Eilenfeldt trafen bei ihrem Debut jedoch auf einen Gegner, dessen Sturmdrang kaum zu bremsen war. Trainer Ferner: „Im Mittelfeld kamen wir nie ins Spiel."


Deprimierter Griff zurück: Schalkes Torwart Junghans　FOTO: WEREK

Dabei hatten die Schalker als Auswahl für den Boden des Ludwigshafener Südweststadions extra 60 Paar Schuhe mitgenommen, trotzdem rutschten sie böse aus. Joachim Fenne, Präsident des Aufsteigers, stellte nach Spielschluß nur kurz fest: „Wir haben sehr schwach gespielt. Man kann ja in Mannheim verlieren, aber das Wie, das ist enttäuschend."

In den letzten 20 Minuten klammerte sich Ferner selbst noch an den kleinsten Strohhalm, als er nämlich Bernhard Dietz in den Angriff beorderte. Der bereits 40 Jahre alte Trainer-Assistent Klaus Fichtel kam in die Mannschaft und mußte den Libero-Posten übernehmen. Der älteste Bundesliga-Profi, der am 26. Mai zuletzt für Werder Bremen bei Eintracht Braunschweig (2:1) ein Punktspiel bestritt und nun zu seinem 513. Bundesliga-Einsatz kam, konnte den Triumph der Mannheimer aber nicht mehr verhindern. Übrigens: Bei Mannheim spielte mit dem 18 Jahre alte Maurizio Gaudino der jüngste Spieler der Bundesliga. Nicht nur das: Gaudino zählte wie Bührer, Klotz, Schlindwein und Kohler auch zu den Torschützen seiner Mannschaft. Für Schalke trafen Nationalspieler Olaf Thon zum 1:1-Zwischenstand und Bernhard Dietz zum 5:2-Endstand.

Noch vor dem letzten Nachholspiel der Hinrunde zwischen Bielefeld und Dortmund (das Spiel soll am Mittwoch stattfinden) zog Mannheims Trainer Klaus Schlappner ein positives Fazit: „Mit 17:17-Punkten ist unser Hinrunden-Soll erfüllt." Schalkes Präsident Fenne dagegen dachte bereits an den nächsten Samstag, wenn Borussia Mönchengladbach im Parkstadion erwartet wird: „Die Niederlage kostet uns mindestens 10 000 Zuschauer."

Überraschung im Tennis: Mecir besiegte seinen Helden Connors

dpa, Philadelphia

Als der 20 Jahre alte Miloslaw Mecir aus der CSSR noch ein kleiner Junge war, saß er immer dann vor dem Fernseher, wenn Tennis-Übertragungen aus Wimbledon anstanden. Er erinnert sich: „Ich war damals zwölf oder dreizehn, und Jimmy Connors war der Held. Aber inzwischen weiß ich, daß er und die anderen Großen ganz normale Leute sind." In Philadelphia hat der Tschechoslowake jetzt selbst dafür gesorgt, daß dieses Urteil stimmt. Im Halbfinale der amerikanischen Hallen-Meisterschaften besiegte Mecir den zwölf Jahre älteren Jimmy Connors (USA) mit 5:7, 6:4, 6:3. Mecir, der noch nie ein Grand-Prix-Turnier gewann, spielt nun im Finale gegen John McEnroe (USA) um ein Preisgeld von 54 000 Dollar – das sind 113 Dollar mehr als er im gesamten Vorjahr verdient hat.

„Zu Hause in Prievdidza habe ich noch nicht angerufen", sagte der Überraschungssieger später, „immer wenn ich nach einem Sieg meine Eltern verständigte, habe ich das nächste Spiel verloren. Jetzt sollen sie meinen Sieg aus der Zeitung erfahren." Seit 1982 spielt der Tschechoslowake bei Grand-Prix-Turnieren mit, in der Weltrangliste steht er inzwischen auf dem 60. Rang. Noch in der vorigen Woche hatte er beim Kingscup in Essen keine Mühe, den deutschen Hallenmeister Peter Pfannkoch leicht zu besiegen.

Kommt das Ende von Jimmy Connors immer schneller? Er sagte nur: „Bei mir lief heute einfach nichts."



Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

TENNIS

US-Hallenmeisterschaften in Philadelphia, Halbfinale: McEnroe (USA) – Davis (USA) 6:2, 6:4, Mecir (CSSR) – Connors (USA) 5:7, 6:4, 6:3. – Doppel: Nystroem/Wilander (Schweden) – Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) 7:5, 6:3, Fibak/Mayer (Polen/USA) – Slozil/Smid (CSSR) 6:3, 6:4. – Damen-Turnier in Key Biscayne/Florida: Halbfinale: Navratilova (USA) – Lindquist (Schweden) 6:2, 6:3, Lloyd-Evert – Louie/Seide USA) 6:2, 6:1. – Doppel: Chernewa/Sawschenko (UdSSR) – Benjamin/Gadusek (USA) 5:7, 6:4, 7:6, Jordan/Smylie (USA/Australien) – Walsh/Nagelsen (USA) kampflos für Jordan/Smylie. – „Winter-Circuit" in Wolfsburg Herrendoppel, Halbfinale: Pfannkoch/Popp (Deutschland) – Zwerew/Leoniak (UdSSR) 6:3, 6:2, Svensson/Carlsson (Schweden) – Dircu/Marcu (Rumänien) 6:2, 6:2.

TISCHTENNIS

Europapokal, Halbfinale, Herren: Budapest – Düsseldorf 5:3. – **Damen:** Saarbrücken – Budapest 5:4. – **Bundesliga**, Herren: Altena – Saarbrücken 3:9, Bad Hamm – Bayreuth 6:9, Steinhagen – Reutlingen 9:7, Jülich – Grenzau 6:9. – **Bundesliga**, Damen, 11. Spieltag: Kleve – Kiel 4:9, Frankfurt – Rinteln 9:1, Soest – Kiel 3:9, Kaiserberg – Rinteln 9:1, Nachholspiele: Donauwörth – Ahlem 9:7, Stuttgart – Ahlem 9:4.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord, 9. Spieltag: Hannover – RW Köln 9:10, Braunschweig – SW Köln 8:8, Berlin – Leverkusen 8:8, Großflottbek – Gladbach 8:7. – Gruppe Süd: Mülheim – Stuttgart 13:7, Dürkheim – Heidelberg 10:6, BW Köln – München 12:10, Frankenthal – Limburg 11:12. – **Damen**, 9. Spieltag, Gruppe Nord: Berlin – DHC Hannover 5:6, Klipper Hamburg – Charlottenburg 13:3, UHC Hamburg – Brandenburg 8:11, Braunschweig – HC Hannover 7:7. – Gruppe Süd: Frankfurt – Leverkusen 8:6, Frankenthal – Düsseldorf 4:4, BW Köln – Hanau 9:8, Raffelberg – Stuttgart 6:4.

BASKETBALL

Bundesliga-Zwischenrunde, Herren, 3. Spieltag, Gruppe A: Hagen – Leverkusen 63:62, Osnabrück – Köln 62:67. – Gruppe B: Charlottenburg – Gießen 93:72. – **Damen**, Endrunde, 3. Spieltag: München – Düsseldorf 66:81, Osterfeld – Köln 94:90.

HANDBALL

IHF-Pokal, Frauen, Viertelfinal-Rückspiel: Lützellinden – Besancon 24:10 (Hinspiel: 14:17 – Lützellinden im Halbfinale). – **Europapokal der Pokalsieger**, Viertelfinal-Rückspiel: Topolniky/CSSR – Sindelfinden 21:14 (Hinspiel: 21:16 – Topolniky im Halbfinale). – **Europapokal der Landesmeisterinnen**, Viertelfinal-Rückspiel: Kiew – Leverkusen 24:16 (Hinspiel: 21:14, damit Kiew im Halbfinale). – **Bundesliga**, Männer, 13. Spieltag: Kiel – Düsseldorf 19:15, Gummersbach – Bergkamen 26:14, Hüttenberg – Dankersen 15:21, Wallau-Massenheim – Lemgo 19:17. – **Damen**, 12. Spieltag, Gruppe Nord: Minden – List 21:22, Eilbeck – Jarplund-Weding 16:17, Oldenburg – Herzhorn 34:12, Engelskirchen – Uerdingen 30:14. – Gruppe Süd: Guts Muts Berlin – Auerbach 19:17.

LEICHTATHLETIK

Internationales Hochsprung-Meeting „Springen mit Musik" in Simmerath/Eifel, Männer: 1. Mögenburg (Köln) 2,30 m, 2. Nagel (Oberursel), 3. Thränhardt (Köln) beide 2,26. – Frauen: 1. Holzapfel (Wattenscheid) 1,94. – **78. Millrose Games in New York:** Männer: 1000 m: 1. Koskei (Kenia) 2:18,62 Min. – Weitsprung: 1. Lewis (USA) 8,50 m. – Hochsprung: 1. Howard (USA) 2,34 (US-Hallenrekord), 2. Sjöberg (Schweden) 2,31. – Frauen: Meile: 1. Decker (USA) 4:22,01. – Hochsprung: 1. Brill (Kanada) 1,93.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Berlin – Passau 3:1, München – Hamburg 1:3, Leverkusen – Paderborn 3:2, Fort. Bonn – Gießen 3:1, Friedrichshafen – SSF Bonn 3:2. – **Bundesliga**, Damen: Oythe – Vilsbiburg 3:2, Stuttgart – Schwerte 3:0, Lohhof – Langenhorn 3:0, Augsburg – Rüsselsheim 3:0.

EISHOCKEY

Bundesliga, 33. Spieltag: Rosenheim – Iserlohn 13:4, Kaufbeuren – Schwenningen 6:2, Mannheim – Landshut 7:6, Rießersee – Düsseldorf 1:6, Essen-West – Köln 0:9.

FECHTEN

Wanderpreis „Challenge Martini" in Paris, Stichkampfrunde der Gewinner der letzten fünf Jahre: 1. Cerioni (Italien) 3 Siege/1 Niederlage, nach Stichkampf (5:3), 2. Hein 3/1, nach Stichkampf, 3. Gey 2/2, 4. Wirz (1/3 (Trefferverhältnis -2), 5. Behr (alle Deutschland) 1/3 (-6).

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Garmisch-Partenkirchen: 1. Höflehner (Österreich) 1:54,56 Min., 2. Müller (Schweiz) 1:54,78, 3. Steiner (Österreich) 1:55,23, 4. Alpiger (Schweiz) 1:55,61, 5. Mair (Italien) 1:55,65, 6. Lüscher (Schweiz) 1:55,99, 7. Kernen (Schweiz) 1:56,01, 8. Brooker (Kanada) und Piccard (Frankreich) beide 1:56,04, 10. Heinzer (Schweiz) 1:56,09, ... 21. Dürr 1:57,12, 22. Wildgruber 1:57,15, ... 33. Renoth (alle Deutschland) 1:57,90. – **Super-Riesenslalom**, Herren, in Garmisch-Partenkirchen: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:34,09, 2. Wenzel (Liechtenstein) 1:34,26, 3. Stuffer (Deutschland) 1:34,59, 4. Lüscher (Schweiz) 1:34,61, 5. Eder 1:34,68, 6. Roth (beide Deutschland) 1:34,70, 7. Heinzer (Schweiz) 1:34,87, 8. Tötsch (Italien) 1:35,22, 9. Riedelsperger (Österreich) 1:35,26, 10. Bürgler 1:35,28, 11. Lüthy (beide Schweiz) 1:35,29, 12. Felbinger (Deutschland) 1:35,34, 13. Buchner (Österreich) 49, Müller (Schweiz), Franko (Jugoslawien) alle 1:35,49, ... 21. Hirt 1:35,95, ... 24. Wasmeier 1:36,07, ... 38. Bittner 1:36,97, ... 44. Dürr 1:37,59, 45. Renoth (alle Deutschland) 1:37,98. – Kombination Abfahrt/Super-Riesenslalom: 1. Müller 15,96 Punkte, 2. Lüscher 19,81, 3. Heinzer 23,39, 4. Piccard 34,21, 5. Wenzel 36,68, 6. Alpiger 39,57, 7. Wasmeier 40,58, 8. Mair 42,03, 9. Buchner 43,56, 10. Stock 47,59, 11. Roth 47,99, 12. Ghidoni 58,01, 13. Bürgler 60,57, 14. Dürr 60,59, 15. Riedelsperger 60,98. – Zwischenstand im Gesamtweltcup: 1. Girardelli 215 Punkte, 2. Zurbriggen 179, 3. Wenzel 172, 4. Heinzer 125, 5. Müller 121, 6. Höflehner 113, 7. Wirnsberger 111, 8. Bürgler 107, 9. Hangl 93, 10. Lüscher 92, ... 15. Wasmeier 74. – Stand im Abfahrts-Weltcup nach sechs Rennen (fünf zählen): 1. Höflehner 107 Punkte, 2. Wirnsberger 80, 3. Müller 65, 4. Heinzer 64, 5. Zurbriggen 59. – **Weltcup-Super-Riesenslalom** der Damen in Arosa: 1. Kiehl (Deutschland) 1:25,07, 2. Twardokens (USA) 1:25,41, 3. Figini (Schweiz) 1:26,06, 4. Charvatova (CSSR) 1:26,34, 5. Hess (Schweiz) 1:26,50, 6. Gerg (Deutschland) 1:26,63, 7. Walliser (Schweiz) 1:26,76, 8. Fernandez-Ochoa (Spanien) 1:27,18, 9. Mösenlechner (Deutschland) 1:27,23, 10. Graham (Kanada) 1:27,26, ... 22. K. Stotz 1:29,49, 23. Gersch 1:29,75, ... 29. S. Stotz (alle Deutschland) 1:30,64.

SKI NORDISCH

Weltmeisterschaften in Seefeld, 20-km-Langlauf, Damen: 1. Nykkelmo 0:59:19,1 Std., 2. Pettersen 0:59:37,5, 3. Böe 0:59:43,5, 4. Aunli (alle Norwegen) 1:00:05,8, 5. Romanowa (UdSSR) 1:00:22,1, 6. Risby (Schweden) 1:00:40,6, 7. Smetanina 1:01:02,6, 8. Wassiltschenko 1:01:10,2, 9. Stepanowa (alle UdSSR) 1:01:32,1, 10. Klimkova (CSSR) 1:01:33,5, ... 21. Jäger 1:03:56,0, ... 37. Buhl 1:07:35,6, ... 40. Rombach (alle Deutschland) 1:10:13,1. – **Spezialspringen**, Normalschanze: 1. Weissflog („DDR") 225,3, 2. Felder (Österreich) 216,0, 3. Bergerud (Norwegen) 214,6, 4. Deckert („DDR") 212,8, 5. Vettori (Österreich) 212,5, 6. Ostwald („DDR") 211,2, 7. Puikkonen (Finnland) 210,9, 8. Holland (USA) 209,6, 9. Parma (CSSR) 209,1, 10. Berg (Norwegen) 208,3, ... 22. Klauser 189,3, ... 24. Steiert (alle Deutschland) 187,5. – **50-km-Langlauf**, Herren: 1. Svan (Schweden) 2:10:49,9 Std., 2. de Zolt (Italien) 2:11:52,6, 3. Aunli (Norwegen) 2:12:37,7, 4. Härkönen (Finnland) 2:13:17,5, 5. Becvar (CSSR) 2:13:33,5, 6. Mogren (Schweden) 2:13:34,9, 7. Kirvesniemi (Finnland) 2:13:47,2, 8. Sachnow (UdSSR) 2:13:52,5, 9. Holte (Norwegen) 2:14:23,6, 10. Bellmann („DDR") 2:14:25,5, ... 30. Dotzler 2:21:26,6, ... 36. Schneider 2:22:58,9, ... 51. Zipfel (alle Deutschland) 2:31:00,3.

RODELN

Weltmeisterschaft in Oberhof („DDR"), Endstand, Herren: 1. Walter 3:02,959 Min., 2. Hoffmann 3:03,564, 3. Müller (alle „DDR") 3:03,570, 4. Danilin (UdSSR) 3:03,996, 5. Huber (Italien) 3:04,014, 6. Vogel („DDR") 3:04,370, 10. Schettel 3:05,270, 11. Hackl 3:05,767, 13. Rzeznizok (alle Deutschland) 3:06,305.

BOB

Viererbob WM in Cervinia, Endstand: 1. „DDR" I (Lehmann/Trübner/Voge/Grummt) 4:14,06 Min., 2. „DDR" II 4:14,63, 3. Schweiz I 4:14,81, 4. Schweiz II 4:15,31, 5. Italien II 4:15,69, 6. Österreich I 4:15,72, ... 10. Deutschland II (Kopp/Oechsle/Neuburger/Metzler) 4:17,91.

BIATHLON

Weltcup, 10-km-Rennen in Antholz (Italien): 1. Eder (Österreich) 30:59,3 Min./0 Fehlschüsse, 2. Angerer (Deutschland) 31:16,2/0, 3. Bulygin 31:24,6/0, 4. Shalna 31:28,5/0, 5. Kaschkarow 31:43,0/2, 6. Zenkow (alle UdSSR) 32:06,8/0, 7. Rötsch 32:09,7/5, 8. Jacob (beide „DDR") 32:13,8/0, 9. Fritzenwenger (Deutschland) 32:36,1/1, 10. Kvalfoss (Norwegen) 32:41,4/4, ... 14. Höck 33:07,6/1, ... 18. Pichler 33:43,2/2, ... 28. Reiter (alle Deutschland) 34:24,8/2. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Katschkarow 124 Punkte, 2. Zenkow 121, 3. Rötsch 105, 4. Eder 82, 5. Sehnisch („DDR") 74, 6. Shalna 72, ... 9. Fritzenwenger 61, 10. Jacob 59, ... 12. Angerer 56. – **4x7,5-km-Staffel:** 1. Sowjetunion 1:38:37,6, Std., 2. „DDR" 1:39:05,1, 3. Deutschland I (Fritzenwenger, Höck, Angerer, F. Fischer) 1:40:22,4, 4. Frankreich 1:42:11,3, 5. Deutschland II (G. Fischer, Reiter, Pichler, Hiemer) 1:42:24,0.

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiel: Bromwich – Queens Park 0:0. – **FA-Pokal:** zweite Runde: Birmingham – Norwich 1:1. – dritte Runde: Blackburn – Portsmouth 2:1, Wigan – Chelsea 0:5. – vierte Runde: Barnsley – Brighton 2:1, Everton – Doncaster 2:0, Grimsby – Watford 1:3, Ipswich – Gillingham 3:2, Leicester – Charlisle 1:0, Luton – Huddersfield 2:0, Manchester United – Coventry 2:1, Nottingham – Wimbledon 0:0, Orient – Southampton 0:2, Sheffield – Oldham 5:1, York – Arsenal 1:0.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 20, 29, 34, 38, 39, Zusatzzahl: 35. – **Spiel 77:** *3 9 4 7 8 1 1*. – **Toto:** **Elferwette:** 1, 0, 2, 2, 1, 1, 2, 0, 1, 2, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 27, 29, 30, 31, 35, 41, Zusatzspiel: 23. (Ohne Gewähr).

BASKETBALL

Meisterschaft wird zum Spiel mit Protesten

dpa, Hagen

Die Zwischenrunde der deutschen Basketball-Meisterschaft der Männer – in ihrem Austragungsmodus ohnehin umstritten – wird mangels sportlicher Höhepunkte immer mehr zur Plattform von Prozessen und Protesten. Nach dem weiterhin ungelösten „Fall Bamberg/Heidelberg" in der Gruppe B zeichnet sich auch in der bisher problemlosen Gruppe A eine handfeste Auseinandersetzung am grünen Tisch ab. Der mit dem SSV Hagen noch um die Teilnahme an der ersten Play-off-Runde konkurrierende TSV Bayer 04 Leverkusen reklamiert den Amateurstatus des von Hagen für die Zwischenrunde verpflichteten Amerikaners Graylin Warner, der als Nachfolger seines wegen Drogenproblemen gefeuerten Landsmanns Toone engagiert wurde. Der 23 Jahre alte schwarze Flügelspieler soll, Leverkusener Ermittlungen zufolge, in den USA als Profi gespielt haben. Sollte sich der Verdacht bestätigen, droht den Westfalen nachträglich der Verlust der beiden siegreichen Zwischenrundenspiele in Osnabrück und in Köln, an deren Gewinn Warner maßgeblichen Anteil hatte.

Möglicherweise kann sich Leverkusens Einwand als unerheblich für den Einfluß auf den Kampf auf Platz zwei erweisen. Denn Hagen konterte den Protest mit einem auch ohne Warner erzielten 63:62-Sieg über die Leverkusener. Bei 30:12 Punkten für Hagen – Leverkusen weist bei noch drei ausstehenden Spielen 24:18 Punkte auf – reicht den Westfalen ein Sieg, um trotz des drohenden Abzugs von vier Zählern den westdeutschen Erzrivalen im Rennen um die Teilnahme an der Play-off-Runde abzuhängen. Dennoch spielte Hagen gegen Leverkusen wegen des ungelösten „Falles Warner" unter Protest. Die Hagener wollen nun ihrerseits den Nachweis erbringen, daß Leverkusens Amerikaner Buzz Harnett im Sommer ebenfalls in den USA als Profi tätig war.

Die Play-off-Runde haben wie im Vorjahr bereits Titelverteidiger ASC Göttingen (34:6 Punkte) und der DTV Charlottenburg (26:14) in der Gruppe B, sowie der BSC Köln (36:6) in der Gruppe A erreicht.

LEICHTATHLETIK / Mögenburg sprang 2,30 m

Carl Lewis ausgepfiffen, Zola Budd umjubelt

sid, Bonn

Eine Woche nach der enttäuschenden Premiere der Hallen-Weltspiele in Paris hielten sich die Leichtathleten immer noch zurück. Nur wenigen gelang es, mit Klasseleistungen auf sich aufmerksam zu machen. So erzielte Olympiasieger Carl Lewis bei den 78. Millrose Games in New York, seinem ersten Start in diesem Jahr, im Weitsprung ausgezeichete 8,50 m, und Mary Decker (USA) sorgte mit 4:22,01 Minuten für das drittschnellste Hallen-Meilenrennen der Frauen aller Zeiten.

Doch ausgerechnet diese beiden Ausnahme-Athleten mußten sich von den 18 328 Zuschauern im Madison Square Garden Pfiffe gefallen lassen. Während Mary Decker, vor ihrem Sturz im 3000-m-Finale bei den Spielen in Los Angeles noch Liebling der Nation, schon beim Betreten der Bahn ausgebuht wurde, ließen die Fans bei Carl Lewis ihrem Unmut freien Lauf, weil dieser den Wettbewerb nach dem vierten Versuch vorzeitig beendete. Bereits bei seinem Olympiasieg in Los Angeles hatten ihn die Massen im Coliseum aus dem gleichen Grund gnadenlos ausgepfiffen. Und so kritisierte Lewis nach dem Wettbewerb das Verhalten der Zuschauer: „Die Fans kommen nur, um Rekorde zu sehen. Das ist nicht gut für den Sport, weil die Anforderungen zu hoch sind. Heute haben wir wieder gesehen, was dabei herauskommt. Weil keine Bestleistung erzielt wurde, steht morgen wieder in der Zeitung, daß das Meeting nicht so gut war. Doch das stimmt nicht."

Carl Lewis und die meisten Fans wußten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß noch ein US-Hallenrekord folgen sollte. Im Hochsprung der Männer steigerte Jim Howard die Bestmarke von Jeff Woodard um einen Zentimeter auf 2,34 m. Er bezwang dabei den Olympia-Zweiten Patrick Sjöberg aus Schweden (2,31).

Etwa zur gleichen Zeit lieferte Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg aus Köln mit 2,30 m in Simmerath einen glänzenden Saison-Einstand. Dahinter kamen Gerd Nagel (Oberursel) und Carlo Thränhardt (Köln) mit 2,26 m auf die Plätze zwei und drei. Hallen-Weltrekordler Thränhardt mußte anschließend zusehen, wie Mögenburg dreimal nur knapp daran scheiterte, seine Bestmarke um einen Zentimeter auf 2,38 m zu steigern. Bei den Frauen siegte die Wattenscheiderin Brigitte Holzapfel mit der persönlichen Hallen-Bestleistung von 1,94 m.

Mit viel Beifall bedacht wurde die in Südafrika geborene Weltklasse-Mittelstreckenläuferin Zola Budd bei den britischen Hallenmeisterschaften in Cosford. Die 18jährige, die erst kurz vor Olympia die britische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, stellte bei ihrem Sieg über 1500 m mit 4:11,20 Minuten eine britische Hallen-Bestleistung auf. Schon während des Rennens erhielt die zierliche Barfußläuferin vom begeisterten Publikum „Standing Ovations".

HANDBALL / Nur Lob für den TV Lützellinden

Tiefschlag für Meister Großwallstadt in Prag

sid/dpa, Prag/Frankfurt

Nur wenig Lob gab es für das Quartett des Deutschen Handball-Bundes (DHB) in den Viertelfinalspielen des Europapokals. Lediglich der Frauen-Bundesligaklub TV Lützellinden erreichte im IHF-Pokal, vergleichbar mit dem UEFA-Pokal im Fußball, nach einem überzeugenden 24:10 (Hinspiel 14:17) über FS Besancon das Halbfinale im Europapokal und schaffte damit den größten Erfolg in der Vereinsgeschichte.

Damit hat es sich dann auch an positiven Nachrichten, sonst gab es nur noch Niederlagen: Meister Großwallstadt scheiterte in der CSSR am Cup-Verteidiger Dukla Prag (15:24), Frauenmeister und Vorjahresfinalist Bayer 04 Leverkusen (16:24 gegen Spartak Kiew) sowie der VfL Sindelfingen beim CSSR-Pokalvertreter Druzstevnik Topolniky (14:21) hatten wie schon in den Hinspielen keine Chance.

Nach dem 23:21 vor 14 Tagen in Elsenfeld rutschte der TV Großwallstadt auf dem glatten Prager Parkett mit 15:24 kräftig aus. Der deutsche Meister vermochte sich nicht wie im Hinspiel nach einem Formtief zu steigern und verlor ohne seinen Abwehrchef Ulrich Gnau (Knieoperation) und die leicht verletzten Paul, Damm und Müller auch die spielerische Linie. Der 22malige CSSR-Meister, fast identisch mit dem Nationalteam, geriet vor 1100 Zuschauern nie in Gefahr. Torwart Siegfried Roch und Peter Meisinger, der nach seinem Rücktritt vor knapp einem Jahr noch einmal das Trikot von Großwallstadt übergestreift hatte, gehörte noch zu den Besten.

Wenn überhaupt, dann hatten die 400 Schlachtenbummler aus Großwallstadt und Umgebung bestenfalls in den ersten 30 Minuten Hoffnung. Denn nach dem schnellen 8:3-Start der Prager verkürzte Großwallstadt bis zur Pause noch auf 8:10. Dann folgte jedoch ein krasser Leistungsabfall des deutschen Meisters. Dukla Prag steigerte sich in einen Spielrausch und zog über 13:8 und 20:9 unaufhaltsam davon.

Mit entscheidend für den klaren Erfolg der Prager war das taktische Geschick von Trainer Jiri Vicha. Der frühere Weltklasse-Torwart ließ Martin Schwalb und Michael Paul in Manndeckung nehmen. Damit waren die besten Großwallstädter ausgeschaltet. Auch der 64malige Nationalspieler Peter Meisinger konnte den Umschwung nicht herbeiführen. Der 30jährige Meisinger erzielte zwar vier Treffer, doch bei der Abwehrarbeit war er meistens überfordert. Hier machte sich der Trainingsrückstand am deutlichsten bemerkbar.

Martin Schwalb und Michael Paul, gewöhnlich die Garanten für Tore, erzielten diesmal nicht ein einziges Feldtor. Sie scheiterten immer wieder an dem Weltklasse-Torwart Michail Barda. Und sie begingen noch den Fehler, immer flach zu werfen, doch so war Barda überhaupt nicht zu bezwingen.

MOTORSPORT / Rallye Monte Carlo künftig unter der Regie des französischen Automobil-Bundes

Röhrl auf glatten Straßen ohne Mühe zum ersten Ziel

sid, St. Etienne

Ohne Probleme erreichten der zweimalige Weltmeister Walter Röhrl aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer auf Audi Sport Quattro nach der Anfahrt-Etappe der 53. Rallye Monte Carlo das Zwischenziel in St. Etienne, und mit ihnen auch alle anderen Favoriten. Allerdings brachten die Straßen Frankreichs bereits einen Vorgeschmack auf die ersten Sonderprüfungen: Schnee und Glatteis machten die Fahrt auch für die Allrad-getriebenen Autos von Audi und Peugeot zu einer unangenehmen Rutschpartie. Dadurch scheinen auch Röhrls Chancen zu sinken.

Das Winterwetter schuf bereits die ersten Organisationsprobleme. Die dreizehn von Barcelona aus gestarteten Teams drohten in Zentralfrankreich steckenzubleiben, weil ein heftiger Schneesturm die Straße zwischen Rodez und Aubrac unbefahrbar gemacht hatte. Die Veranstalter leiteten die kleine Karawane kurzentschlossen um. Als einziger Ausfall wurde der französische Privatfahrer Dominique Gauthier gemeldet. Nach etlichen Absagen der 131 gemeldeten Teams waren am Sonntagnachmittag noch 115 dabei.

Ab 1986 soll die Rallye Monte Carlo unter voller sportlicher Kontrolle des französischen Automobilsport-Verbandes stattfinden. Dies entschied die Berufungskommission des Automobil-Weltverbandes (FIA) in letzter Instanz in Paris. Bislang wurde diese Rallye stets unter Federführung des Automobilclubs von Monaco (ACM) gestartet. Mit dieser Entscheidung könnte ein neuer Konflikt um die berühmteste Rallye der Welt hervorgerufen werden. Als Hintergrund für den seit Wochen schwelenden Streit gilt, daß der Vorsitzende des französischen Verbandes, Jean-Marie Balestre, auch die Sportabteilung FISA im Automobil-Weltverband leitet.

Mit der neuen Entscheidung versucht die französische Organisation offenbar, den direkten Zugriff auf das Ereignis zu erlangen, der ihnen diesmal noch verwehrt wurde.

SPORT-NACHRICHTEN

Rückrunde soll beginnen

Frankfurt (sid) – Die Vereine der zweiten Fußball-Bundesliga wollen am Wochenende (2./3. Februar) in die Rückrunde starten. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bei den 20 Vereinen, die ihre Plätze für bespielbar erklärten.

Überraschung im Pokal

London (dpa/UPI) – York City, ein Klub der dritten Division, sorgte für die größte Überraschung in der vierten Runde des englischen Fußball-Pokals. Er schlug Arsenal London 1:0.

Angerer wieder in Form

Antholz (sid) – Biathlon-Olympiasieger Peter Angerer präsentierte sich bei seinem ersten Start nach überstandener Knieverletzung schon wieder in guter Form: Beim 10-Km-Weltcup-Rennen im italienischen Antholz lief er im Siitonen-Schritt in 31:16,2 Minuten und ohne Schießfehler auf den zweiten Platz.

Zindler: Bestes Ergebnis

Amersfort (sid) – Mit einem dritten Platz über 200 m Schmetterling (2:17,02) erzielte die Kölnerin Petra Zindler das beste Ergebnis für den Deutschen Schwimmverband beim internationalen Schwimm-Meeting im niederländischen Amersfort.

DSB rät zur Absage

Frankfurt (sid) – Der Deutsche Sportbund (DSB) hat dem Deutschen Rugby-Verband (DRV) wegen der von Südafrika praktizierten Apartheid-Politik von einer für 1985 oder 1986 geplanten Wettkampfreise nach Südafrika abgeraten.

Düsseldorf schied aus

Budapest (sid) – Der deutsche Tischtennis-Rekordmeister Borussia Düsseldorf schied durch eine 3:5-Niederlage im Halbfinale des Europapokals gegen den den zweimaligen Cup-Gewinner BVSC Budapest aus. Dagegen erreichte der ATSV Saarbrücken nach einem 5:4-Sieg über Spartacus Budapest das Endspiel im ETTU-Pokal der Frauen.

Finale mit Top-Besetzung

Key Biscayne (sid) – Die beiden in der Weltrangliste führenden Tennisspielerinnen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA) bestreiten erwartungsgemäß das Endspiel beim mit 150 000 Dollar dotierten Turnier in Key Biscayne (Florida). Für das Endspiel im Doppel qualifizierten sich neben Kathy Jordan/Elizabeth Smylie (USA/ Australien) überraschend auch die beiden Sowjetrussinnen Cherneva/Sawschenko.

HSV siegte im Lokalderby

Hamburg (sid) – Mit 1:0 durch ein Tor von Eric Soler gewann Fußball-Bundesligist Hamburger SV das Freundschaftsspiel gegen den Zweitligisten FC St. Pauli. Die beiden Hamburger Traditionsklubs standen sich zum 113. Mal in einem sogenannten Lokalderby gegenüber.

Langer erlebt Formtief

Los Angeles (sid) – Auch in der zweiten Runde der „Los Angeles Open" fand der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) nicht seine gewohnte Form. Bei dem mit 400 000 Dollar dotierten Turnier spielte er eine 76er Runde und rutschte auf den 32. Platz zurück.

Peter Solar überragte

Langen (sid) – Der aus der Tschechoslowakei stammende Peter Solar (28) war der überragende Gewichtheber beim Bundesliga-Kampf zwischen dem KSV Langen und SV Bayer Wuppertal (776,2:655,5). Im Superschwergewicht lagen seine Leistungen im Reißen (185,0 Kg) und im Zweikampf (405,0 Kg) zwar über den deutschen Rekordmarken, doch können sie nicht als Deutsche Rekorde anerkannt werden, weil Solar noch nicht deutscher Staatsbürger ist.

300 Mark für Dosenwurf

Osnabrück (dpa) – Eine Ordnungsstrafe von 300 Mark plus 7,50 Verfahrenskosten muß der Basketball-Bundesligaklub BC Giants Osnabrück für den Dosenwurf eines Zuschauers beim Zwischenrundenspiel gegen den SSV Hagen zahlen, der zu einer Spielunterbrechung geführt hatte.

Vergeer Europameister

Eskilstuna (sid) – Der Holländer Hein Vergeer wurde im schwedischen Eskilstuna Eisschnellauf-Weltmeister im Großen Vierkampf. Der 23jährige stand bereits vor dem abschließenden 10 000-m-Finale als Sieger fest, da er die drei Rennen 500, 1 500 und 5 000 m für sich entscheiden konnte.

Pankraz, M. Krug und der falsche Eislersong

Eine der von Pankraz am höchsten geschätzten Anekdoten spielt zwischen dem Schauspieler Manfred Krug und dem Regisseur Bertolt Brecht. Beide übten einst, Anfang der fünfziger Jahre, in Ost-Berlin eine ländliche, soz-realistische Aufbauschnulze von Strittmatter ein, in der auch Musik vorkam. Der damals noch sehr junge Krug hatte hinter der Bühne auf der Gitarre ein FDJ-Lied zu zupfen, und er *zupfte falsch*. Brecht stellte den Falschspieler zur Rede, und der verteidigte sich mit dem Hinweis, die FDJ-Gruppen auf dem Dorf wären ja keine Meister, sie würden ein so kompliziertes Lied (es war von Hans Eisler komponiert) auch falsch spielen. Brecht bedachte das Argument und antwortete dann: „Gut, aber spielen Sie es mir morgen richtig vor. Und dann können Sie es mit Absicht falsch spielen."

Die Geschichte zeugt zunächst von der Präzisions- und Perfektionswut Brechts. „Wenn schon falsch, dann aber richtig!" Das war nicht nur eine Bühnenmaxime des berühmten Dramatikers, sondern auch seine bevorzugte Lebensmaxime. Nachdem er sich zum Marxismus bekehrt hatte, dachte er gar nicht daran, die Kanten der Doktrin abzuschleifen oder ihre Fußangeln mit Stiefmütterchen zu bepflanzen, im Gegenteil, er stellte Kanten und Fußangeln geradezu genußvoll heraus. In der „Maßnahme" behandelte er ausdrücklich das Thema, daß die Partei ein Mitglied, das sich Abweichungen zuschulden kommen läßt, gelegentlich auch ohne Gesetz und Erbarmen umbringt. Und als ihn Propaganda-Einsatzleiter dazu überreden wollten, „beim Klassenfeind", nämlich in West-Berlin, „für die Demokratie" zu agitieren, antwortete er in (gespieltem?) Erstaunen: „Aber wieso denn, wir sind doch für Diktatur!"

Fast noch interessanter und aufschlußreicher als Brechts Part in besagter Anekdote ist freilich der von Manfred Krug. Er nimmt vorweg, was heute unter jungen Kunstadepten allgemein üblich geworden ist: Man strengt sich nicht mehr an, weil das, was von einem verlangt wird, ohnehin keiner Anstrengungen bedarf. Ein paar Eisenbrokken zusammenzulöten und eine kahle Glühbirne darüberzuhängen – dazu bedarf es keiner langen, komplizierten Ausbildung auf der Kunstakademie mehr; wenn die Gesellschaft bereit ist, das lässige Arrangement als Kunstwerk zu akzeptieren, weshalb sich dann noch anstrengen?

Typisch auch die naive Schläue in der Rechtfertigungs-Argumentation von Krug. Das Falschspielen, von Brecht als subjektives Unvermögen durchschaut, erscheint unversehens als raffiniertes Kalkül, als dramaturgischer Realismus von äußerster Feinheit, als hohe Kunst. Man befindet sich, so wird suggeriert, kraft höherer Einsicht von vornherein im Einklang mit den Forderungen der Zeit. Brechts Beharren auf der Einstudierung der Falschheit wirkt demgegenüber, so witzig es im ersten Moment auch klingen mag, beinahe altmodisch. Der Mann hat offenbar noch nie etwas von Intuition und angeborener Genialität gehört.

Wenn es nach ihm ginge, so müßte wohl tatsächlich noch jeder Kunstschüler, bevor er ans freie Jonglieren mit Brocken und Margarine-Ecken herangelassen wird, ein traditionelles Gesellenstück abliefern, *um damit zu beweisen*, „daß er überhaupt malen und bildhauern kann". Wo gibt es denn noch so was! Die Lehrer in den Akademieklassen haben ja selber kaum noch Ahnung von traditioneller Gesellenkunst. Schauspielschüler beispielsweise lernen, zur Verzweiflung vieler gestreßter Theaterleiter, nicht mehr sorgfältig artikulieren und deutlich sprechen. Warum auch, wenn in den meisten neuen Inszenierungen sowieso nur genuschelt werden darf?

Unsere Anekdote zeigt Brecht also *nicht in der Offensive, sondern in* der Defensive, wie ja auch seine Weigerung, die Diktatur propagandistisch als Demokratie zu verkaufen, bereits hoffnungslos vorgestrigen Biedersinn offenbarte. Als ob nicht gerade dort, wo Brecht zuletzt wirkte, schon jedes Kind wüßte, daß es einen „Neusprech" gibt, wonach Krieg Frieden, Angriff Verteidigung, Unterdrückung Freiheit und eben auch Diktatur Demokratie zu bedeuten haben! Das Insistieren auf einer akkuraten Einübung des Falschspiels ging beim armen Herrn B. allem Anschein nach Hand in Hand mit einem Insistieren auf klarer politischer Sprache – und das zu einer Zeit, da sich bei den Politikern die Erkenntnis durchsetzte, daß unklares, verwaschenes Sprechen und unverfrorenes Umkehren der Begriffe das wirksamste politische *Instrument* überhaupt sein können.

Unterliegen bedeutet allerdings keineswegs immer unrecht haben. Auch wenn sich kein einziger Politiker daran hält, kann die Forderung nach einer klaren, unmißverständlichen Politikersprache durchaus ihren guten Sinn haben, ganz zu schweigen von der Forderung nach künstlerischer Perfektion und Akkuratesse. Mit Pfuscharbeit läßt sich gewiß keine neue Kunstrichtung etablieren, sowenig wie mit politischer Falschmünzerei eine *neue Moral*, und das gilt *sowohl* für die Regierung als auch für die Opposition. Zwar glauben einige deutsche Chefredakteure allen Ernstes, aus der grünen Anmalerei ehemals roter Doktrinen erwüchse allmählich so etwas wie eine neue Jahrhundertkultur, aber alles, was bisher daraus erwachsen ist, war eine weitere Senkung der politischen Standards in Bonn und anderswo.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Pfusch in der Kunst. Weit davon entfernt, neue Normen aufzurichten, baut er lediglich die alten ab, um ein Trümmerfeld und einen Schrotthaufen zu hinterlassen. Wer beim „Falschspielen" nicht vorher für eine präzise Kenntnis der Spielregeln sorgt, der kann letztendes weder richtig noch „richtig falsch" spielen. Er kann nämlich bald überhaupt nicht mehr spielen, oder, um es noch einmal mit Brecht zu sagen: Ihm ist nur allzu bald jede Farbe recht, wenn sie nur grau ist.

Pankraz

Phädra und die sozioökonomischen Verhältnisse: Darmstadt spielt Per Olov Enquists „Verdunklung"

Antikes Öl gegen Juckreiz am Schenkel

Phädra, die Gattin des Theseus, verliebt sich in ihren Stiefsohn Hippolyt, den Jünger der keuschen Artemis, und wird von ihm abgewiesen. Bei Euripides bringt sie sich um und hinterläßt die Verleumdung, Hippolyt habe sie vergewaltigen wollen. Auf Bitten des Theseus tötet Poseidon den Jungen, aber Artemis klärt den Vater auf, und der sterbende Sohn versöhnt sich mit ihm. Ein Stück also zu Ehren des Hippolytoskultes. Auch bei Racine bringt Poseidon den Tod, aber die noch lebende und reuige Phädra vergiftet sich und enthüllt sterbend ihrem Mann die Wahrheit. Das sind die zwei großen, ernsten Phädra-Stücke. Die zwei Dutzend spätere Bearbeitungen sind betuliche Beschwichtigungen oder parodistische Belustigungen.

Jetzt wurde in Darmstadt eine neue Phädra des Schweden Per Olov Enquist unter dem Titel „Verdunklung" als deutschsprachige Erstaufführung gegeben. Phädra läßt Hippolyt verleumden, Theseus schickt den Sohn, der sich überdies als pazifistischer Aussteiger entpuppt, als Vogelfreien mit Kopfgeldprämie in die Fremde, um ihn zu List, Gewandtheit und Selbstverteidigung zu zwingen und einen Mann aus ihm zu machen. Aber wenige Stunden später wird der Junge von Kopfgeldgierigen ohne jede Gegenwehr erschlagen, Phädra schleudert dem verhaßten Theseus triumphierend die Wahrheit ins Gesicht und bringt sich um.



Tragödie in schwedischer Psycho-Fassung: Christiane Pauli als „Fedra" in der Erstaufführung von „Verdunklung" FOTO: GÜNTER SCHRECKENBERG

Enquists gehobene Sprache ist lyrisch zart und gleichzeitig aristophanisch grob. Phädra schildert ihrer Amme detailliert ihre masturbierenden Hippolytphantasien, beim drastischen Verführungsversuch bleibt Hippolyt impotent, und am Ende ist gerade das für Theseus das Empörendste: „Er hat keinen hochgekriegt? Das fehlt gerade noch. Ein ganz junger Mensch. Mein Sohn. Ein innerer Zerfall, man glaubt es kaum. Wo führt das hin?" Das Publikum wiehert. Der Erfolg ist unzählbar: Das alte erotische Thema, die Verhöhnung der Mythen als flunkernde Bemäntelung für Räuberei und Mädchenschändung („Die Helden entleerten sich in ihre Opfer, als wären sie Kloaken"), hineinverwobene aktuelle Reizwörter sozialkritischer, pazifistischer, emanzipatorischer Natur, nicht zu vergessen die Selbstparodie des moralischen Heuchlers Theseus – das ergab einen hochmodernen Unterhaltungsabend, gesalbt mit etwas antikem Öl. Also konnten die Darmstädter jubelnd ihre Lieblinge Christiane Pauli, Claudia Messner, Charlotte Asendorf, Heinrich Sauer, Christoph Gaugler, Georg Marin, den Regisseur Ansgar Haag und den Bühnenbildner Erich Fischer feiern, auch wenn die Rollen nicht aus einem Guß vorgeführt wurden.

Sie konnten nämlich gar nicht aus einem Guß gegeben werden. Nur – daß das am Autor liegt, das kam in der dichten Abfolge verblüffender Reize niemandem zum Bewußtsein. Fischer hat das Theater mit Tüchern behängt, auf denen Weisheiten des Psychoanalytikers Erich Fromm geschrieben stehen. Auf ihn bezieht sich Enquist in seinen Arbeitsnotizen. „Nimmt man dem Menschen die Hoffnung, bleibt Haß auf das Leben zurück ... Wenn der Mensch nicht etwas erschaffen oder Eindruck machen kann, kann er dem unerträglichen Gefühl von Lebensuntauglichkeit und Nichtigkeit nur entgehen, wenn er das Leben, das er nicht erschaffen kann, zerstört ... Die bösartigen Formen von Aggressivität sind nicht angeboren. Also können sie erheblich abnehmen, wenn die gesellschaftsökonomischen Verhältnisse durch Verhältnisse ersetzt werden, die dazu beitragen, daß sich die wirklichen Bedürfnisse und Möglichkeiten des Menschen voll entwickeln können ..."

Also fühlt sich Phädra überflüssig, unnötig. Für ihren Mann ist sie kein gleichwertiger Mensch, sondern eine *gelegentliche Kloake*. Im *übrigen* reist er umher und vergnügt sich mit anderen, und sie sitzt sinnlos zu Hause. Ihre Amme durchschaut das und sagt: „Das Jucken sitzt nicht zwischen deinen Beinen." Doch dann merkt Enquist, daß er noch andere Motive nötig hat. Oder er hätte den Mythos ändern müssen. *Gewiß* ist der jetzige Zustand mit diesem sporadisch heimkehrenden alternden Mann nicht erfreulich, aber – als sie ihn heiratete, war er ein begehrenswerter Kerl, und just in diesem ersten Augenblick verliebte sie sich schon in den jungen Stiefsohn. Als das Unheil anfing, spielten Fromms Thesen nicht die geringste Rolle. Also, so mußte Enquist sich sagen, muß neben dem Abscheu gegen den alternden Ehemann noch etwas anderes herbei, eine Sehnsucht nach Gleichwertigkeit. Auch das also kommt zur Sprache. Aber jetzt dürfte ihr Auge erst in der Zeit ihrer Frustration auf Hippolyt gefallen sein.

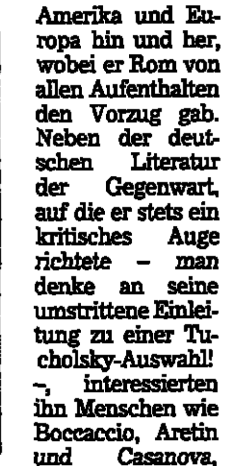
Mit einem Wort, ein erfolgreiches, bühnenwirksames Stück, aber man darf ihm nicht zu genau in die Eingeweide sehen. Sowieso ist die These, Eheleute kämen besser miteinander aus, wenn die sozioökonomischen Verhältnisse geändert werden, eine lächerliche nichtssagende Auskunft. Wir leben im Jahrhundert der leeren Worte, die Kasse machen. In Schweden, lieber Enquist, seid ihr schon weiter. Da kann man im Nu seiner Kinder beraubt werden; die „Gesellschaft" traut sich zu, sie besser zu richtigen Menschen zu machen. Das sind dann die unmenschlichen Folgen experimenteller sozioökonomischer Weisheit.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Freund der Poeten: Hermann Kesten wird 85

Manhattan und zurück

Mit der Vollendung des 85. Lebensjahres hat der aus Nürnberg stammende Hermann Kesten heute fast alle seine „Freunde, die Poeten" überlebt, denen er nicht weniger als vier Bände mit Porträts und Erinnerungen gewidmet hat. Es ist bezeichnend, daß einem von dem ausgedehnten Œuvre des Schriftstellers, der vier Jahre lang auch Präsident des deutschen PEN-Zentrums war und einer seiner drei Ehrenpräsidenten ist, zuerst die Bücher einfallen, in denen er sich so liebevoll mit seinen Zeit- und Berufsgenossen beschäftigt hat.



Romanischer Romancier: Hermann Kesten FOTO: TAPPE

Denn seit er mit seinem Erstling, dem *gleich* erfolgreichen Roman „Josef sucht die Freiheit", 1927 die literarische Szene Berlins betrat, ist er als Cheflektor des Gustav Kiepenheuer Verlages, und nach der Emigration bei Allert de Lange in Amsterdam, immer gern in die Rolle des Anregers, Helfers und Bewunderers geschlüpft.

Sein eigenes Schaffen als Romancier wandte sich zum Teil von der Gegenwartsthematik ab und historischen Stoffen zu, insbesondere der spanischen Geschichte. In „Die Kinder von Gernika" gingen die Zeitgeschichte und seine Neigung zu spanischen Hintergründen eine Verbindung zu einem bewegenden Werk ein.

„Ich lebe nicht in der Bundesrepublik" bekannte er gemeinsam mit anderen in einem Taschenbuch. Doch das Appartment in Manhattan wurde auch nicht zu seiner Heimat. Gemeinsam mit seiner Frau, die ihm im Jahre 1977 durch den Tod genommen wurde, reiste er unaufhörlich zwischen Amerika und Europa hin und her, wobei er Rom von allen Aufenthalten den Vorzug gab. Neben der deutschen Literatur der Gegenwart, auf die er stets ein kritisches Auge richtete – man denke an seine umstrittene Einleitung zu einer Tucholsky-Auswahl! –, interessierten ihn Menschen wie Boccaccio, Aretin und Casanova, dessen Biographie er geschrieben hat, am stärksten.

Als Stilist ist er genau wie Heinrich Mann von französischen Vorbildern geprägt; so ist der romanische Bestandteil Europas kräftig in seiner zarten, schmächtigen Person repräsentiert. An Ehrungen und Preisen – so 1974 der Georg-Büchner-Preis und 1977 der Nelly-Sachs-Preis – hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht an Mitgliedschaften in Akademien. Zu seinem Geburtstag hat das PEN-Zentrum der Bundesrepublik eine Hermann-Kesten-Medaille für besondere Verdienste um verfolgte Autoren gestiftet.

HELLMUT JAESRICH

Tragödin aus Leidenschaft: Maria Becker wird 65

Ein Hut für den Vamp

Der berufliche Start Maria Bekkers war ungewöhnlich schwer. Als Tochter der einst bekannten Schauspielerin Maria Fein in Berlin geboren und in Wien aufgewachsen, hatte sie dort gerade das Reinhardt-Seminar absolviert, als die Nazis einmarschierten. Sie wollte, da sie „rassisch unerwünscht" war, nach England emigrieren. Aber ein Blick auf die unendlichen Schlangen vor dem britischen Generalkonsulat sagte ihr, daß sie es so nie schaffen würde. Also kaufte sie sich eine Fahrkarte nach Berlin, in der Berechnung, dort nach dem „Anschluß" weniger Schwierigkeiten *zu haben. Sie hatte* auch keine, als sie beim britischen Konsulat um ein Visum bat. Durch Zufall erfuhr jedoch das Schauspielhaus Zürich von ihrer Existenz und lud sie ein. Von ihrem letzten Geld kaufte sie sich einen Hut, mit dem die Achtzehnjährige glaubte, wie ein Vamp zu wirken und das Schauspielhaus entsprechend beeindrucken zu können.



Fluchtpunkt Zürich: Schauspielerin Maria Becker FOTO: BUNK

Doch beim Vorsprechen überzeugte sie überhaupt nicht, nur der Dramaturg und spätere Direktor Kurt Hirschfeld spürte das große Talent und setzte ein Engagement durch. Ihr Glück und Unglück: Sie stand nicht, wie die meisten Anfänger, auf einer kleinen Bühne mit mittelmäßigen Schauspielern, sondern neben den besten Mimen aus Deutschland und Österreich, die unter Hitler nicht mehr spielen durften. Manchmal war sie deshalb von Minderwertigkeitskomplexen erfüllt, hatte Verzweiflungsausbrüche – aber sie schaffte es, die Anerkennung der berühmten Kollegen und des Publikums zu erreichen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" prophezeite: „Hier wächst, wenn nicht alles täuscht, eine große Tragödin heran." Bald spielte sie jeden Klassiker und agierte in den Uraufführungen vieler Stücke von Brecht, Bruckner, Thornton Wilder, Giraudoux, Sartre, *die man in* Deutschland nicht spielen durfte. Nach dem Krieg sah man sie in Wien und Berlin, Gustaf Gründgens holte sie nach Hamburg, sie trat in München auf und gründete zusammen mit Will Quadflieg eine Theatergruppe, die Erstaunliches leistete. Die Truppe besteht übrigens immer noch, und es vergeht kaum ein Jahr, ohne daß die Becker etwas inszeniert oder auch spielt. So gehört sie zu jenen Künstlern, die nicht Schluß machen wollen, weil sie nicht Schluß machen können. Ihre lebenslange *Leidenschaft* für das Theater beschert uns wieder und wieder Stunden höchsten Genusses.

CURT RIESS

Modemuseum Paris: Kleidung in der Literatur

Madame Bovarys Gäste

Hübsch war er, der Hut, der mir die Sicht auf die Bühne nahm! Ein wundervolles Exemplar, ein Hut von riesenhaften Ausmaßen, geschmückt mit Blumen, Bändern und Rüschen ... ein Basar, eine Festung!" Wenige Schriftsteller behandeln so ausführlich und humorvoll die Beziehungen zwischen Mode und Literatur wie Miguel Zamacoïs in seinem Gedicht „Hut im Theater". Doch bei fast allen großen Romanciers finden sich Hinweise auf die Kleidermode, und auch viele Theaterstücke und Gedichte vermitteln dem Leser die Mode ihrer Zeit.

Deshalb hat sich das Pariser Mode- und Kostümmuseum im Palais Galliera einmal der Bedeutung der Mode für die Literatur vom 13. Jahrhndert bis heute zugewandt. Den roten Faden der Ausstellung „De la mode et des lettres" bilden kurze Zitate aus der französischen Literatur, vom Rosenroman im 13. Jahrhundert bis zu Vivan, Sartre, Butor und Nathalie Sarraute. Die dort erwähnten Kleidungsstücke werden ausgestellt, meist an sehr lebensnah drapierten Schaufensterpuppen. So sieht man *Zamacoïs' armen Theaterbesucher* in der zweiten Reihe einer Loge, fast vollständig verdeckt von zwei jungen Damen mit prunkvollen Hüten von außergewöhnlicher Größe.

So wird der Besucher von vielen bedeutenden Autoren durch die *Kleidersitten der Jahrhunderte* geführt. Zwei Protagonisten des Rosenromans tragen die typische Tunika des Hochmittelalters. Agrippa d'Aubigné wirft König Heinrich III. seine tatsächlich sehr weibliche Kleidung vor. Für die Zeit bis zum 17. Jahrhundert mußte sich das Kostümmuseum mit Bildern begnügen. Für die letzten 300 Jahre aber sind detailgenau bekleidete Figuren und Figurengruppen zu bewundern. Man sieht die um 1720 getragene „robe volante", ein langes Kleid ohne Taille, das aus Madame de *Montespans Umstandsmode* hervorgegangen ist, und liest die harte Kritik Liselottes von der Pfalz, die keine solcherart gekleidete Frau in ihrer Gegenwart duldete. Diderot, als Puppe nachgebildet, trauert einem alten Morgenrock nach.

Im 19. Jahrhundert jagen sich die Modeströmungen. Hier ist allerdings die unübersichtliche Anordnung besonders ärgerlich. Sie beeinträchtigt das Vergnügen an der Ausstellung. Einer ihrer Höhepunkte ist zweifellos die stilecht bekleidete, vielköpfige Hochzeitsgesellschaft der Emma Bovary aus Flauberts Roman. Proust-Leser können die Romanheldin Odette de Crecy in Seidenkleidern und Négligés bewundern. Die ausgestellten Kleidungsstücke veranschaulichen die Funktion der Mode in der Literatur: Durch die Kleidung werden Charaktere lebendig, Emotionen verständlich oder Protagonisten ironisiert.

Die Accesoires kommen dabei nicht zu kurz. Eine umfangreiche Melonen-Kollektion mitsamt ihrer literarischen Darstellung oder eine bildliche wie schriftliche Anleitung zum Binden der Krawatte für den „internationalen Dandy" fehlen nicht. Die ersten Klappschirme sind ausgestellt, und man liest vergnügt die erstaunten Kommentare der Zeitgenossen (bis 14. April; Katalog: 50 Francs).

MICHAEL SIEBERT

Insel der Unseligen: Harry Kupfer inszeniert Leoš Janáčeks „Katja Kabanowa" an der Kölner Oper

Wenn die Wolga immer im Kreis herum fließt

Die Aufführung ist musikalisch so großartig wie szenisch desaströs. Janáčeks „Katja Kabanowa" wird vom Regisseur Harry Kupfer an der Kölner Oper geradezu hingerichtet. Er kommt dem Stück nicht bei und malträtiert es doch andauernd. Man sieht das erst mit Ärger, dann mit peinlicher Betretenheit. Kupfer und seine Mitstreiter Reinhart Zimmermann (Bühnenbild) und Reinhard Heinrich (Kostüme) haben offenbar gar nichts begriffen von dem, was sie da auf die Bühne bringen sollten.

Man hat das Werk mehrfach sehr gut gesehen in den letzten Jahren, etwa von Horres in München oder von Schlöndorff in Frankfurt. Da zollte man der Vorlage von Ostrowskijs „Gewitter", diesem Tennessee Williams aus dem orthodoxen Rußland, Tribut und fand doch gleichzeitig jene Überhöhung in der Art großer Tragödie, die Janáčeks mitleidsvolles O-Mensch-Musizieren verlangt. Natürlich sind andere Lösungen möglich, und danach hat Kupfer wohl gesucht. Gefunden hat er sie nicht.

Da bleibt also einerseits die russische Ikonographie in den Kostümen erhalten: Bilderbuchgestalten wie von Dostojewskij, alkoholumdunstet, mit strähnigem Haar und langem Mantel. Aber sie spielen gar nicht am zugehörigen folkloristischen Wolgaufer, sondern auf einem *schrundigen, kahlen Felsen, der* gekrönt wird von einem Wettermast mit Blitzableiter. Die Insel der Unseligen als Trivialsymbol. Sie dreht sich in einem fort, so daß einem vom Zuschauen ganz schwindelig wird. Das aber stimmt nicht einmal vom Symbolwert: Wenn es denn für „Katja Kabanowa" eine charakteristische und bedeutungsvolle Bewegung gibt, dann ist es das Fließen der Wolga, der unendliche Strom, der verrinnt und nichts wiederbringt; ganz sicher nicht diese zyklische Kreisbewegung Kupfers mit ihrem Rhythmus von Mittag, Abend, Nacht und Morgen. Alles ist unwiederbringlich in diesem Stück. Es gibt kein Zurück und keinen Neuanfang. *Das macht hier erst die* Tragödie aus. Die Musik mit ihrem immer wieder aufrauschenden Fluß des Wassers artikuliert das überdeutlich. Aber Kupfer hat nicht zugehört und ein falsches Bild gefunden mit seinem töricht sich drehenden Felsen.

Auf ihm hetzen und jagen, springen und rennen, stolpern und straucheln die Menschen herum. Einen vernünftigen, weil einsehbaren Grund gibt es dafür nicht. Der unkontrollierte Bewegungsdrang gehört offenbar zur Befindlichkeit dieser Menschen. Es ist dieser pure Verlegenheits-Aktionismus, der sich immer dann breit macht auf der Bühne, wenn dem Regisseur nichts Plausibles einfällt. Offenbar gibt es auch einen ganz ähnlich gelagerten Dekorations-Aktionismus. Den befriedigt Reinhart Zimmermann hier, in dem er plötzlich eine falsche Adolf-Luther-Lichtplastik auf der Hinterbühne enthüllt. Dann glitzert und gleißt es, *und man sieht nicht mehr so genau*, was sich auf der Felseninsel tut.

In Nadine Secunde, der Katja, läßt sich an diesem Abend eine junge dramatische Sopranistin entdecken. Aus solchem Holz sind Stimmen geschnitzt, die länger als nur einen Sommer halten. Helga Dernesch gibt der alten Kabanicha starkes und böses Profil. Matthias Hölle ist der alte Dikoj, die so schwer zu besetzenden drei großen Tenorpartien sind bei Günter Neumann (Boris), Robert Ilosfalvy (Tichon) und Josef Protschka (Kudrjasch) in allerbesten Händen. *Gerd Albrecht animiert Orchester* und Ensemble zu jenem emphatischen Ton, den Janacek braucht. Gehört hat man Janáčeks Oper fürwahr selten besser als jetzt in Köln.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Erster Chamisso-Preis für türkischen Autor

AP, München

Der Türke Aras Ören ist der erste Träger des mit 15 000 Mark dotierten Adelbert-von-Chamisso-Preises. *Die Universität München* teilte mit, der von der Robert-Bosch-Stiftung eingerichtete Preis solle künftig jährlich an Schriftsteller vergeben werden, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, deren Werke aber der deutschen Literatur zuzurechnen seien. Der Preis wird von der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in Verbindung mit dem Institit für Deutsch als Fremdsprache der Universität München verliehen. Ören wurde 1939 in Istanbul geboren und lebt seit 1969 in Berlin. Seine Gedichts- und Erzählungsbände seien „poetische Zeichen für die Probleme, Nöte und Hoffnungen der unter uns lebenden Ausländer". Ein mit 5000 Mark dotierter Förderpreis wurde zudem an den syrischen Erzähler Rafik Schami vergeben.

Darmstädter Akademie vergibt Frühjahrspreise

dpa, Darmstadt

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt hat ihre Frühjahrspreise der Übersetzerin Elisabeth Schnack aus Zürich und dem italienischen Germanisten Mazzino Montinari zugesprochen. Frau Elisabeth Schnack erhält den Johann-Heinrich-Voß-Preis für Übersetzung für ihre Vermittlung eines umfangreichen Teils der irischen, englischen und amerikanischen Literatur. Mit dem Friedrich-Gundolf-Preis für Germanistik im Ausland wird der italienische Germanistikprofessor Montinari aus Pisa geehrt. Er habe sich besonders mit seiner „außerordentlichen Arbeit" an der großen „Kritischen Gesamtsausgabe der Werke Friedrich Nietzsches" verdient gemacht. Die beiden Preise sind mit jeweils 10 000 Mark dotiert.

Vier „Golden Globes" für Formans „Amadeus"

AP, Beverly Hills

Gleich viermal ist der Mozart-Film „Amadeus" mit einem der begehrtesten Filmpreise, dem „Golden Globe" der Auslandspresse-Vereinigung von Hollywood, ausgezeichnet worden. Drei „Golden Globes" holte sich der auf einem Roman von E. M. Forster basierende britische Film „A Passage to India". Zu den übrigen Preisträgern gehören Stevie Wonder für den „besten Film-Song" und „Magnum"-Darsteller Tom Sellek als „bester Schauspieler in einer Fernsehserie".

Fellini dreht Film über Fred Astaire

AFP, Rom

Federico Fellini beginnt heute in Roms Cinecitta mit den Dreharbeiten für seinen neuen Film „Fred e Ginger". Die Hauptrollen von Fred (Astaire) und Ginger (Rogers) spielen Marcello Mastroianni und Giulietta Masina, außerdem treten Doppelgänger von Papst Johannes Paul II., Königin Elizabeth, Verdi und Garibaldi auf. Der Film erzählt die Geschichte von zwei Altstars des Musicals, die nach 20jähriger Vergessenheit vom Fernsehen neu entdeckt werden.

Sailer Direktor der Frankfurter Alten Oper

AP, Frankfurt

Der bisherige Hauptredaktionsleiter Theater und Musik des ZDF, Rudolf Sailer (54), tritt am 1. Februar sein neues Amt als Direktor der Alten Oper in Frankfurt an. Seit der fristlosen Entlassung von Ulrich Schwab, die noch rechtshängig ist, wurde das Haus kommissarisch geleitet.

Spoleto im Zeichen des Fernen Ostens

M. v. Z. Spoleto

Spoletos 28. „Festival zweier Welten" (26. Juni bis 14. Juli) steht nach der Eröffnung mit Puccinis „Fanciulla del West" und Paisiellos „Barbier von Sevilla" im Zeichen des Fernen Ostens. Zum ersten Mal in Europa gastieren hier die Opern von Sechuan und Nanking sowie das Tanztheater von Butho. Das Programm enthält außerdem das Moissejev-Ballett, das Spanische National-Ballett, Les Grands Ballets Canadiens und Strehlers Bekket-Inszenierung des Piccolo Teatro.

Kenny Clarke tot

AFP, Paris

Der Jazz-Schlagzeuger Kenny „Klook" Clarke ist in Montreuil-sous-Bois bei Paris gestorben. Clarke war 71 Jahre alt. Der schwarze Musiker, in Pittsburgh/USA geboren, war mit Charlie Parker, Thelonius Monk, Charlie Christian und Dizzy Gillespie ein Pionier des Be-Bop in den 40er Jahren. Er gehörte zu den Gründern des legendären Modern Jazz Quartet und nahm im Lauf seiner Karriere über 300 Platten auf. Seit 1956 lebte Clarke in Paris.

U-Bahn-Schützen droht keine Mord-Anklage

SAD, New York

Der als „New Yorker U-Bahn-Schütze" bekanntgewordene Ingenieur Bernhard Goetz (37), dessen Fall nicht nur in den USA erregte Diskussionen über die Frage der Selbstjustiz ausgelöst hat, wird nach einem Spruch der Anklagekammer (Grand Jury) nicht wegen versuchten Mordes an vier jungen Männern belangt. Die Anklage wird lediglich auf illegalen Waffenbesitz lauten.

Vor seinem Beschluß sah sich das Gericht ein Videoband mit einem Geständnis des Angeklagten an. Darin bekannte Goetz, in Tötungsabsicht geschossen und erst dann das Feuer eingestellt zu haben, als die Munition ausging.

Staatsanwalt Robert Morgenthau erklärte später: „Der Gerichtsentscheid gibt natürlich niemand einen Freibrief, auf Leute zu schießen, die einen schief angeschaut haben. In jedem künftigen Fall werden die Umstände wieder neu geprüft werden müssen." Er hoffe, die Öffentlichkeit werde „keine falschen Rückschlüsse" daraus ziehen.

Die Anklage gegen Goetz umfaßt drei Punkte – das illegale Tragen einer geladenen Waffe am 22. Dezember, als er die Schüsse in der U-Bahn abgab, und den illegalen Besitz zweier weiterer Pistolen, die in seiner Wohnung gefunden wurden.

Goetz, in dem viele Amerikaner eine Art Helden sehen, der ein Fanal setzte, befindet sich nach Hinterlegung von umgerechnet 150 000 Mark Kaution auf freiem Fuß und muß sich zur offiziellen Anklageerhebung am 6. Februar vor Gericht einfinden. Auch ohne Mordanklage drohen Goetz als Höchststrafe sieben Jahre *Gefängnis*.

Der Anwalt von Goetz, Joseph Kelner, zeigte sich befriedigt über die Entscheidung der aus 23 Mitgliedern bestehenden Anklagekammer. Bei seinem Mandanten habe der Spruch „das Vertrauen in unser Rechtssystem" gestärkt, sagte Kelner.

Mit Sicherheit wird die Entscheidung des Gerichts die erregte öffentliche Debatte über den Fall noch verstärken, da eine starke Minderheit glaubt, daß Goetz „überreagiert" habe, als er vor Weihnachten in der New Yorker U-Bahn vier schwarze Jugendliche niederschoß, die ihn umringten und Geld von ihm forderten. Einer der vier ist seit den Schüssen querschnittsgelähmt und liegt seit 16 Tagen im Koma.

Das New Yorker U-Bahnnetz wird seit langem von einer Welle der Gewalt heimgesucht. Alltäglich ereignen sich in den Zügen Überfälle und andere Verbrechen, so daß selbst die New Yorker, die die Schüsse des Angeklagten verurteilen, seinen aufgestauten Zorn verstehen können. Goetz, ein selbständiger Ingenieur und Elektronikspezialist, war 1981 schon einmal überfallen und ausgeraubt worden, weil er sich nicht gewehrt hatte.



Baron Arnaud de Rosnay (links mit Blütenkranz auf der Südseeinsel Tahiti) galt in den siebziger Jahren als Playboy Nummer eins in der Pariser Gesellschaft. Der stets braungebrannte Hüne, der im November vergangenen Jahres vom chinesischen Festland aufgebrochen ist, um auf dem Surfbrett Taiwan zu erreichen, hat sein Ziel nicht erreicht. Er ist im Südchinesischen Meer verschollen. FOTOS: DPA

Die letzte Fahrt eines großen Abenteurers

JOCHEN LEIBEL, Paris

Arnaud de Rosnay ist verschollen. Am 24. November vergangenen Jahres startete der 38jährige Adelige auf einem Spezial-Surfbrett vom chinesischen Festland Richtung Taiwan. Der 1,90 Meter große blonde Hüne hatte zehn Tage für die Überquerung angesetzt. Er kam nie auf der national-chinesischen Insel an. Amerikanische und chinesische Suchflugzeuge haben jetzt ihre Nachforschungen eingestellt. Der „Surf-Baron" aus Paris gilt offiziell als verschollen.

Seine blonde junge Frau Jenna allerdings, Amerikanerin und Ex-Surfweltmeisterin, will jedoch auch zwei Monate nach dem Verschwinden ihres Mannes noch nicht an seinen Tod glauben. „Vielleicht hatte er Schwierigkeiten und wurde von einer chinesischen Dschunke an Bord genommen."

Arnaud de Rosnay hatte sich erst in den letzten Jahren zu einem ernstzunehmenden Sportler gewandelt. Unvergessen sind in Frankreich seine Eskapaden als *„enfant terrible"* der High Society. Er fuhr in einem schwarzen Rolls-Roys, aus dem er über Lautsprecher hübsche Mädchen auf der Straße zum Einsteigen aufforderte. Zum Tafeln bei „Maxim's" erschien er mit einem Handköfferchen – darin war sein persönliches Tischbesteck – selbstredend aus Gold. Zu seinen engen Freundinnen zählten Brigitte Bardot, Bianca Jagger und Millionärstochter Isabelle Goldsmith.

Nebenbei arbeitete er als Star-Fotograf und bekam von der Zeitschrift „Vogue" schon mit 18 Jahren ein Honorar von 10 000 Dollar im Monat. Der „tolle Baron" – sein Bruder ist ein angesehener Wissenschaftler im Pariser Institut Pasteur – war immer schon ein hervorragender Geschäftsmann. So erfand er, angeblich „aus Spaß", das Gesellschaftsspiel „Metropolis" (ähnlich „Monopoly") und verkaufte davon an den König von Saudi-Arabien gleich sieben Exemplare aus purem Gold.

Schließlich entdeckte er bei einem USA-Besuch das Surfen. Ohne Begleitschiff überquerte er den Pazifik zwischen den Marquesas-Inseln und dem Tuamotoarchipel bei Tahiti. Surfer bezweifelten, daß Rosnay die 900-Kilometer-Fahrt tatsächlich durchgeführt habe. Die Authentizität der angeblichen Rekordleistung wurde nie bewiesen.

Dafür überquerte der Franzose aber später die Behringstraße zwischen den USA und der Sowjetunion – und wurde von den Russen verhaftet, bevor man ihn im Sonderflugzeug triumphierend nach Moskau transportierte.

Die Solo-Fahrt im Südchinesischen Meer sollte der letzte große Alleingang des Barons werden. Seiner jungen Frau, die ihm vor einem Jahr eine Tochter geschenkt hatte, hatte er versprochen, nach dieser Fahrt mit seinen „Wahnsinns-Unternehmungen" aufzuhören. Doch Arnaud de Rosnay hatte nicht mehr die Zeit, „zahm" zu werden. (SAD)

Wechselbäder zwischen mild und kalt

dpa, Hamburg

Launisch wie im April hat sich das Wetter in Deutschland am letzten Wochenende gezeigt. Während milde Meeresluft am Samstag für Temperaturen bis plus acht Grad sorgte, sackte gestern aufgrund eines Zwischenhochs mit kalter Polarluft die Quecksilbersäule binnen Stunden – so in Hessen – auf minus fünf Grad ab. Die von Regen, Schmelzwasser und Neuschnee vermatschten Straßen verwandelten sich in der Nacht in eisglatte Bahnen. Gestern morgen kam es zu mehreren Unfällen mit Blechschaden. Der Kälteeinbruch ist jedoch nur von kurzer Dauer: Ein atlantisches Tief bewegt sich auf Deutschland zu und soll mildere Temperaturen mit Tauwetter bringen. Für West- und Norddeutschland kündigten die Meteorologen für heute vormittag noch Schnee an, der im Tagesverlauf in Regen übergehen soll. Bis zur Wochenmitte soll die Temperatur bis auf zehn Grad über Null im Rheintal klettern.

Mysteriöse Bluttat

AP, Offenbach

In einem Einfamilienhaus in Rodgau-Jügesheim im Kreis Offenbach hat die Polizei gestern morgen drei tote Frauen mit Schußverletzungen am Kopf gefunden. Nach einem telefonischen Hinweis fanden Polizeibeamte das erste Opfer, eine 35jährige Frau aus Maintal, hinter der Eingangstür. Unmittelbar neben ihrer Hand habe sich eine Pistole vom Kaliber 6,35 Millimeter befunden. Im Wohnzimmer lag die Leiche der 44jährigen verheirateten Hauseigentümerin, in einem Raum des ersten Stocks deren 74jährige Mutter. Über den mußmaßlichen Tathergang und *mögliche Motive lagen gestern nachmittag* noch keine gesicherten Angaben vor.

Telefon angeschaltet

AFP, Tel Aviv

Wegen unbezahlter Gebühren hat die staatliche israelische Telefongesellschaft am Wochenende 1000 Telefonleitungen der israelischen Armee zeitweilig abgeschaltet. Wie ein Sprecher der Gesellschaft mitteilte, belaufen sich die Telefonschulden des Verteidigungsministeriums gegenwärtig auf rund 35 Millionen Dollar. Von der Maßnahme waren jedoch Kommandostellen nicht betroffen.

Erdbeben in Argentinien

AP, Mendoza

Bei einem Erdbeben in Westargentinien sind am Samstag morgen sechs Menschen getötet und mindestens 150 verletzt worden. Dies teilte der argentinische Katastrophenschutz am Samstag mit. Das Epizentrum des Bebens lag bei der Stadt Godody Cruz nahe der Provinzhauptstadt Mendoza. Die schwersten Erdstöße hatten die Stärke sieben auf der Richter-Skala. In Godoy Cruz stürzten mehrere Gebäude ein, darunter das mehr als 100 Jahre alte Carmen-Krankenhaus. In Mendoza gab es keine Opfer.

LEUTE HEUTE

Mit Bedauern

Wegen eines Streites über die Einweihung eines neuen Rathauses hat Spaniens König **Juan Carlos** seine Teilnahme an den 1200-Jahrfeiern der arabischen Moschee in Córdoba abgesagt. Hintergrund der Geschichte: Der kommunistische Bürgermeister Córdobas, **Julio Anguita**, hatte gefordert, daß das Rathaus vom König persönlich eingeweiht werde. Andernfalls, so drohte er, würden die Feiern ohne ihn ablaufen. Der Monarch ließ daraufhin erklären, daß er „mit Bedauern" seine Teilnahme absage. Doch das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen zu sein. Der Bischof von Córdoba, **José Antonio Infantes**, der für die Organisation der Feiern verantwortlich ist, kündigte an, daß die offiziellen Festlichkeiten verschoben werden.

Unter Verschluß

Die Witwe des verstorbenen Schauspielers Richard Burton, **Sally Hay**, will nicht, daß die Tagebücher des Stars, die in einem Schweizer Banksafe liegen, veröffentlicht werden. Wie das amerikanische Wochenblatt „National Enquirer" weiß, schlug sie jetzt sogar ein Angebot von umgerechnet neun Millionen Mark aus, das ihr ein Verlag machte. Die Tagebücher des zweimaligen **Liz-Taylor**-Gatten Burton sollen so viele intime Details aus seinem Leben enthalten, daß ihre Veröffentlichung einen „Riesenskandal" zur Folge hätte. Zahllose Leute, so Sally Hay, müßten sich „vor Scham und Schande" verkriechen, falls die Tagebücher veröffentlicht würden.

Beim Abflug

Nona Summers, *Londoner Modeschöpferin und Nachtklub-Chefin*, ist auf dem Flughafen Heathrow von der Polizei festgenommen worden: Die 37jährige hatte Kokain in der Reisetasche, als sie nach Amerika fliegen wollte. Frau Summers war unter anderem durch ihre Geschäftspartnerschaft mit Sir Winston Churchills Enkelin **Charlotte Hambro**, mit der sie in Chelsea vor Jahren ein Tanzstudio betrieb, in die Klatschspalten geraten. Vor gut sieben Jahren übernahm sie gemeinsam mit Ehemann **Martin** (45) – einem Kunsthändler – den „Regine's"-Nightclub.

„Wunderofen" aus Peine bleibt kalt

Umweltfreundliches Heizungssystem wird von Genehmigungsbehörden blockiert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Sonntagsreden der Politiker in Sachen Umweltschutz und neue Technologien klingen in Richard Vetters Ohren wie Hohn. Seit Jahren ist der *Handwerksmeister* aus Peine darum bemüht, die Zulassung für sein an sich marktreifes Heizsystem zu erlangen. Ebensolange aber währt sein Kampf mit den Behörden, werden immer neue Gutachten angefordert, die das Genehmigungsverfahren verzögern.

Vetter, dessen Erfindung von Experten als ebenso einfach wie genial bezeichnet wird, steht Gewehr bei Fuß. Die Reihe der Interessenten an seinem „Wunderofen" ist groß. Immerhin sind bereits rund 300 dieser Anlagen installiert. An ihrer Funktionstüchtigkeit gibt es nichts zu deuteln. Die Betreiber bestätigen ihre Wirksamkeit.

Dies gilt vordergründig für die Heizkostenersparnis: Vetters Ofen benötigt nur die Hälfte der Heizenergie konventioneller Anlagen. Für den Konstrukteur aber ist ein anderer Tatbestand sehr viel wichtiger. Das System arbeitet überaus umweltfreundlich. Bereits Ende 1982 bescheinigte ihm der Technische Überwachungs-Verein in Hannover, daß der im Brennstoff enthaltene Schwe*fel zu über 92 Prozent zurückgehalten* wird.

Wie ratlos die etablierte Lehrmeinung auf dieses Ergebnis reagieren kann, wird in einem Gutachten des Berliner Instituts für Bautechnik deutlich. Der damit befaßte Sachverständige konnte „sich nicht erklären, wo die *Masse* des *Schwefels* geblieben sein könnte". Weiter heißt es in dem Berliner Befund: „Daß Rauchgas durch Eindüsen von Wasser vom Schwefeldioxyd befreit werden kann, widerspricht allen uns bisher erreichbaren Erfahrungen." Genau dies, so Vetter verbittert, ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Heizanlagen beläßt Vetter die heißen Abgase, die sonst durch den Schornstein in die Luft geblasen werden, im geschlossenen System. Ein zusätzlicher Wärmetauscher kühlt die Abluft soweit ab, bis sie kondensiert und auf diese Weise alle Schadstoffe bindet. Die verbliebene Abluft wird durch Sprühwasser verflüssigt und in einem Katalysator neutralisiert. Der geringe Rest, *abgekühlt auf unter 30* Grad Celsius, wird über ein Kunststoffrohr nach außen geleitet. Ein Schornstein ist überflüssig.

In dringlichen Briefen an das zuständige niedersächsische Sozialministerium und andere Behörden bat Vetter in den vergangenen Monaten und Jahren um die *Beschleunigung* des Genehmigungsverfahrens. Trotz Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig und der Stadt Peine blieb die Reaktion zurückhaltend.

In Hannover beruft man sich auf das ausstehende Gesamtgutachten des *TÜV. Inzwischen hat der Fall* Vetter Schlagzeilen gemacht. Die Tatsache, daß die bereits installierten Anlagen praktisch illegal weiterbetrieben werden, spricht für das schlechte Gewissen der Genehmigungsbehörden.

WETTER: Schnee und Regen

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs westlich der Britischen Inseln überqueren Nordrhein-Westfalen. Sie führen milde Meeresluft heran.



Vorhersage für Montag:
Stark bewölkt bis bedeckt, im Bergland neblig-trüb und anfangs Schneefall, der rasch in Regen übergeht. Dabei früh und vormittags Schnee- und Eisglätte. Höchste Temperaturen um 5 *Grad, auch im höheren Bergland* Tauwetter. Tiefstwerte in der Nacht zu Dienstag um 2 Grad. Mäßiger bis frischer und böiger Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Zeitweise Regen, weiterhin verhältnismäßig mild.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	-2°	Kairo	21°
Bonn	1°	Kopenh.	-7°
Dresden	-2°	Las Palmas	18°
Essen	0°	London	1°
Frankfurt	2°	Madrid	4°
Hamburg	-5°	Mailand	-2°
List/Sylt	-5°	Mallorca	15°
München	0°	Moskau	-14°
Stuttgart	-1°	Nizza	10°
Algier	12°	Oslo	-16°
Amsterdam	-1°	Paris	3°
Athen	16°	Prag	-1°
Barcelona	11°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	-16°
Budapest	4°	Tel Aviv	24°
Bukarest	3°	Tunis	11°
Helsinki	-23°	Wien	4°
Istanbul	15°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 8.05 Uhr, Untergang: 17.06 Uhr; **Mondaufgang**: 11.14 Uhr, Untergang: 1.16 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

J. R. oder Gentleman – das ist hier die Frage

SIEGFRIED HELM, London

Ist J. R. ein Wohltäter der Menschheit, weil er seinen Fans Gelegenheit zum Abreagieren aufgestauter Aggressionen gibt – oder ist er gemeingefährlich, weil seine Fans der Ansteckungsgefahr durch den J. R.-Bazillus schutzlos preisgegeben sind?

Die Vorgänge, die sich in diesen Tagen in England bei der öffentlich-rechtlichen BBC und dem kommerziellen Fernsehen um die TV-Serie „Dallas" abspielen, lassen nur eine Diagnose zu: Der (Un)Geist von J. R. hat Englands Fernsehen infiziert. Seit die kommerzielle Anstalt „Thames Television" der BBC den Straßenfeger „Dallas" wegschnappte, wo er schon seit sechs Jahren als Dauerbrenner wöchentlich 13 Millionen Zuschauer fasziniert, ist in England ein Fernsehkrieg ausgebrochen, und der wird nach allen Regeln von Strategie und Taktik geführt, wie J. R. sie oft genug vorexerziert hat.

Bei diesem Streit geht es um die Frage: Ist es zulässig, daß dieser Neureiche aus Texas die traditionsgeheiligte Leitvorstellung vom englischen Gentleman mit Füßen treten darf? Genau wie J. R. hat „Thames"-Intendant Bryan Cowgill nach Ansicht von BBC-Programmdirektor Michael Grade gehandelt, als er sich in die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen der BBC über den Ankauf weiterer 26 „Dallas"-Folgen einmischte und als knallharter Preistreiber die BBC um „ihren" Superknüller brachte.

Zahlte die BBC bisher 104 000 Mark pro „Dallas"-Folge, so zahlt „Thames Television" für die neue, 26teilige Serie 198 000 Mark pro Folge. Das ist ein neuer Rekord für den Ankauf amerikanischer TV-Serien in *England. Cowgill, der schon vor die*sem Coup in der Branche den Spitznamen „J. R." trug, sicherte sich bei der US-Vertriebsgesellschaft „World Wide" gleichzeitig das Vorkaufsrecht für alle künftigen „Dallas"-Folgen. „Das nenne ich Rowdytum", wetterte BBC-Boß Grade, „eine hinterhältige, schäbige Geschäftemacherei".

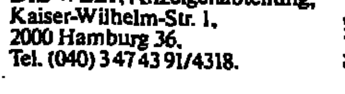
Inzwischen sieht es so aus, als habe der rüde Preistreiber seine Rechnung ohne den Wirt gemacht. Cowgill wurde zu John Whitney zitiert, dem Generaldirektor der IBA, der Aufsichtsbehörde aller 15 kommerziellen TV-Anstalten. Der warf ihm vor, gegen ein ungeschriebenes Gesetz verstoßen zu haben, das seit Jahr und Tag praktizierte „Gentlemens's Agreement" der öffentlich-rechtlichen BBC und der Kommerziellen, einander beim Programmeinkauf in den USA nicht in den Rücken zu fallen.

Cowgill hat „gewildert". Damit hat er allen Programmeinkäufern die Preise verdorben. Er möge der BBC ihre Serie umgehend zurückgeben. Andernfalls werde man ihn auf seinem teuren Import sitzenlassen und die Übernahme von „Dallas" durch die Partner zur landesweiten Ausstrahlung boykottieren. Dann sei die teure Serie *nur noch in London zu* sehen. Doch Cowgill denkt nicht daran, klein beizugeben: Die Werbesätze für die Hauptsendezeit bei „Dallas" würden sicherstellen, daß er nicht in die roten Zahlen komme.

Inzwischen hat die BBC in diesem TV-Krieg eine neue Offensive gestartet, mit der Ankündigung, daß in der laufenden Serie noch anstehende Dutzend „Dallas"-Folgen aus dem Programm zu nehmen und erst im September weiterzumachen – just zu dem Zeitpunkt, wenn „Thames" seinen so teuer eingekauften 26-Teiler aufs Publikum loslassen will. „Dallas" kontra „Dallas" also. Oder: „Dallas" doppelt. J. R. würde sich in diebischer Freude die Hände reiben ob solcher Kämpfe bis aufs Messer. Ganz neue „Dallas"-Perspektiven eröffnen sich. Da hat sich ein Liebling der Ewings (bei Thames) gerade scheiden lassen, doch in der nächsten Folge (der BBC) ist er mit seinem alten Partner – noch oder wieder? – ein Herz und eine Seele.

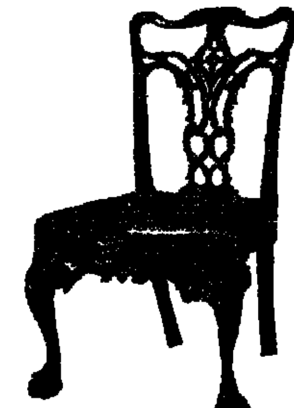
Die auf Sex und Macht abgestellte Serie würde sich unversehens zur Gattung Situationskomödie mausern. Das würde „Dallas" neue Zuschauerschichten erschließen. Denkbar wäre auch eine *Massenflucht* der *„Dallas"*-Fans, wenn ihre texanischen Lieblinge plötzlich im Gewand des absurden Theaters daherkämen. Es wird sicher noch einige Zeit vergehen, bis diese Partie zu Ende gespielt ist.

Edeltraut Pipping, Chefeinkäuferin von Programmen aus der angelsächsischen Welt für die ARD, hütet das Geheimnis der deutschen „Dallas"-Preise wie eine Rheintochter den Nibelungenhort. In Deutschland halte man viel von Gentlemen und Ladies: „Der Denver Clan ist doch so etwas wie ein Markenzeichen des ZDF, wir würden nicht daran denken, hier als Konkurrent aufzutreten", sagte sie uns. (SAD)



ZU GUTER LETZT

„Das Brockhaus-‚Superhirn' zum ‚Spitzen-Bleistift-Preis'." Buchhändler-Anzeige für das 26bändige renommierte deutsche Lexikon.



Möbel



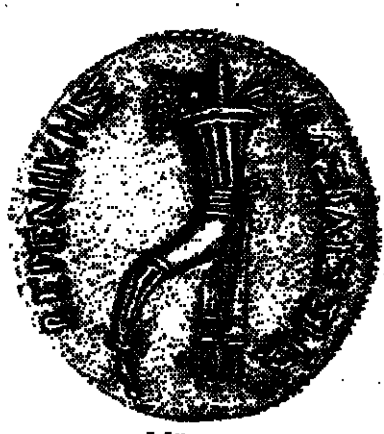
Uhren



Präkolumbianische Kunst



Impressionistische Meisterwerke



Münzen

